

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement Preis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 2.00 Mk., frei im Haus, Einzelnummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsblatt. Die Rheinische Post 10 Pfg. Postabonnenten in die Postzeitung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. — Monat Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die leuchtigste Spalte Kolonnenzeit oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Injertien für die nächste Nummer müssen die 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 5. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Privatangestellten.

Im Oktober 1903 veranlaßten Organisationen der Privatangestellten zur besseren Aufklärung über die wirtschaftliche Lage und das Versicherungsverhältnis dieser Berufsgruppe statistische Erhebungen. Von 200 000 ausgegebenen Fragebogen wurden 157 390 beantwortet. Das Reichsamt des Innern sagte eine Bearbeitung dieser Fragebogen im Jahre 1904 zu. Im Reichstage erklärte der Staatssekretär v. Voskresenski am 14. März d. J., daß die auf Grund dieser Arbeit ausgearbeitete Denkschrift noch an demselben Tage dem Reichstage zugehen werde und teils eines aus ihrem Inhalte mit. Diese Denkschrift ist vor einigen Tagen den Reichstagsmitgliedern als Drucksache Nr. 226 zugegangen. Sie umfaßt 116 Quartseiten mit reichlichen statistischem und mathematischem Material. Die Privatangestellten erhofften von der Denkschrift eine Unterlage für die gesetzgeberischen Schritte, die „zur Befestigung der drückenden Ungewißheit ihrer Lage, die Sicherung gegen die Folgen des Alters, die Invalidität und die Fürsorge für die Hinterbliebenen“ notwendig seien. Einer solchen Unterlage bedurfte es für diejenigen nicht, denen die Lage dieser Bevölkerungsschicht kein Geheimnis war und die den Grundsatze vertreten, daß jeder Arbeiter, mag er betitelt sein wie er wolle, seines Lohnes wert ist und daß das Gemeinwesen in der Lage und verpflichtet ist, für alle seine Zugehörigen für die Fälle des Alters, der Invalidität, des Unfalls und für eine Hinterbliebenenfürsorge einzutreten. Freilich waren und sind das im Deutschen Reich lediglich und ausschließlich die Sozialdemokraten.

Die Denkschrift beweist, daß gerade diejenigen, die, wie der nationalliberale Abgeordnete Zehr v. Herrnsheim, liberale, konservative und Zentrumsabgeordnete in den letzten Jahren reichliche Worte für die Erfüllung der Wünsche der Privatangestellten und über die angeblich riesigen Gehälter dieser Arbeiterkategorie durch das industrielle und landwirtschaftliche Unternehmertum verschwendet hatten, auch auf diesem Gebiete die Wirklichkeit mit außerordentlich rosigter Brille angesehen hatten. Die angeführten Erhebungen bezeugen, daß die Sozialdemokraten durchaus recht hatten, wenn sie behaupteten, auch diese Arbeiterkategorie werde von dem großindustriellen und landwirtschaftlichen Unternehmertum lüderlich schlecht bezahlt. Den bürgerlichen Parteien liegt daran, den Privatangestellten einzureden, sie seien eine besondere Sorte neuen Mittelstandes, die nicht mit den Arbeitern, sondern mit den Unternehmern dieselben Interessen hätten, also auch als Scharfmachergehülften gegen die Arbeiter sich gebrauchen lassen müßten. Die Ergebnisse der Denkschrift sind geeignet, auch die dümmelhaftesten Privatangestellten davon zu überzeugen, daß sie Lohnarbeiter des Unternehmertums sind, deren geistige und körperliche Arbeitskraft von diesem genau wie die jedes anderen Lohnarbeiters ausgebeutet wird und daß ihre Interessen nicht mit denen des Unternehmertums, sondern mit denen der Arbeiterklasse solidarisch sind. Gleichzeitig können die Privatangestellten aus der Denkschrift entnehmen, daß ihre soziale Lage genau wie die aller anderen Lohnarbeiter schon heute eine erheblich bessere wäre, wenn einige erfüllbare, längst vor der Organisationsbewegung der Privatangestellten gestellten Anträge der Sozialdemokraten nicht von den Parteien und der Regierung abgelehnt worden wären, die heute von „Wohlmollen“ für die Privatangestellten überströmen. Ja, wenn das lippenbereite „Wohlmollen“ der bürgerlichen Parteien ein Nahrungsmittel wäre, so wären, wie neulich zutreffend Singer rückfichtlich der unteren Beamten ausführte, die Privatangestellten längst in besseren Verhältnissen.

Wie steht es mit den Einkommensverhältnissen der Privatangestellten? Freiherr von Heyl zu Herrnsheim beteuerte in derselben Sitzung, in der die Konkurrenzklauseil-Unbill seines Betriebes festgesetzt wurde (am 14. März 1907): „unter 3000 bis 4000 Mark wird ein tüchtiger kaufmännischer oder technischer Beamter kaum eine Stelle in einem anständigen großindustriellen Betriebe annehmen.“ Die Denkschrift hat 154 843 Fragebogen als brauchbar bearbeitet. Brauchbar geantwortet haben also 24,9 Proz. von den 621 825 Personen, die nach der Berufsstatistik von 1895 als Privatangestellte in Landwirtschaft, Bergbau und Hüttenwesen, Industrie, Handel und Verkehr anzuspüren sind. Das Ergebnis der Enquete über die Einkommensverhältnisse ist ein so erheblich von der Heyl'schen Annahme abweichendes, daß danach rund 90 Proz. aller Betriebe keine „anständigen“ sind. Die Denkschrift stellt als Ergebnis der Erhebungen folgendes Resultat fest:

Einkommensstufen	Anzahl der befragten Privatangestellten in nebenbezeichneten Einkommensstufen			
	überhaupt		von 100 der Gesamtzahl	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1.	2.	3.	4.	5.
unter 1000 M.	4 777	1 860	3,18	38,96
1000 bis unter 1250 M.	17 235	1 410	11,49	29,45
1250 " " 1500 "	18 568	698	12,37	14,48
1500 " " 1800 "	23 871	460	15,91	9,61
1800 " " 2100 "	24 410	202	16,27	4,22
2100 " " 2400 "	17 155	61	11,43	1,27
2400 " " 2700 "	15 254	47	10,17	0,98
2700 " " 3000 "	6 239	1	4,16	0,02
3000 " " 3600 "	10 016	16	6,67	0,33
3600 M. und darüber	11 544	5	7,69	0,10
Ohne Angabe	987	82	0,66	0,68
Zusammen	150 056	4 787	100,00	100,00

Die Denkschrift fügt dieser Tabelle hinzu:

Bei den männlichen Personen ist die Einkommensstufe von 1500 bis 2100 M. mit 16,27 Proz. am stärksten besetzt; ihr folgt die Stufe 1000 bis 1500 M. mit 15,91 Proz., dann 1250 bis 1500 M. mit 12,37 Proz., während 11,49 Proz. der Stufe von 1000 bis 1250 M. und fast ebensoviele (11,43 Proz.) der Stufe 2100 bis 2400 M. angehören. 7,69 Proz. haben ein Einkommen von über 3600 M. Bei den weiblichen Personen gehört die höchste Zahl der ersten Stufe unter 1000 M. mit 38,96 Proz., dann die Stufe 1000 bis 1250 M. mit 29,45 Proz., dann die Stufe 1250 bis 1500 M. mit 14,48 Proz., während 17,21 Proz. ein Einkommen von über 1500 M. beziehen. Bringt man als Durchschnitt der einzelnen Stufen für die männlichen Personen in der ersten Stufe 764 M., in der höchsten Stufe 3600 M. und im übrigen das Mittel in Ansatz und entsprechend für die weiblichen Personen 710 M. in der untersten Stufe, 3700 M. in der höchsten Stufe und im übrigen gleichfalls das Mittel und läßt man die ohne Angabe der Einkommensstufen nachgewiesenen Personen aus der Berechnung heraus, so ergibt sich als Einkommensdurchschnitt

für die männlichen Personen	$\frac{907\ 754\ 258}{149\ 000} = 2064,51$ M.
weiblichen	$\frac{5\ 390\ 675}{4\ 785} = 1125,56$ M.

Die außerordentliche Tiefe der Gehaltsverhältnisse macht folgende — bei Annahme der Heilsivahrheit als Wahrheit überraschende — Feststellung des Umfanges der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung erklärlich: von den in die Erhebung einbezogenen Personen sind auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung versichert:

beim männlichen Geschlecht	58,12 %	zwangswelste
	10,17 %	freiwillig
zusammen	68,29 %	
beim weiblichen Geschlecht	92,44 %	zwangswelste
	1,13 %	freiwillig
zusammen	93,57 %	

Wäre der im Jahre 1899 von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag angenommen, die Zwangsversicherungspflicht für alle Personen mit einem Jahreseinkommen bis 3000 M. einzuführen (statt 2000 M.), so wären heute rund 87 Proz. der männlichen und nahezu sämtliche weibliche Privatangestellte versicherungspflichtig. Das war einer der sozialdemokratischen Anträge, den der Reichsfinanzminister mit dem agrarischen Rhinoceros-Leichenstein als „perfidie“ zu bezeichnen die Güte hatte.

Die Sozialdemokraten waren sogar so „perfidie“, daß sie seit 1899 verlangt haben, die Kosten für die Versicherung sollen durch eine Einkommensteuer auf hohe Jahreseinkommen oder durch eine Reichsvermögenssteuer auf hohe Vermögen aufgebracht werden. Die Denkschrift, die bürgerlichen Parteien und die Regierungen gegen eine Fortentwicklung einer auf Anerkennung der Gleichberechtigung aller Arbeiter mit den übrigen Staatsbürgern beruhenden Sozialreform nehmen einen anderen Standpunkt ein. Sie wollen, daß die sogenannte Sozialreform nur eine Weiterentwicklung der Idee sein soll, die der staatlichen Armenpflege zugrunde liegt, und zwar mit der Maßgabe, daß die Armenlast von den starken Schultern der Befähigten auf die schwachen Schultern der mit Sozialreform Begünstigten gelegt werde. Daher sollen die Angestellten wie alle Arbeiter die Lasten der Versicherung selbst tragen: die Hälfte direkt, die Hälfte in Form des von den Unternehmern zu entrichtenden, von vornherein feststehenden Teiles des Lohnes; ein Teil endlich soll die Form eines Reichszuschusses erhalten, also wiederum infolge der indirekten Steuern auf notwendige Nahrungsmittel zum übergroßen Teil von den Rinderwohlhabenden und Hilfsbedürftigen aufgebracht werden. Ferner müssen nach dem Rezept der bürgerlichen und sozialreformierenden „Renten“ so schmal sein, daß sie kaum für den allernotdürftigsten Unterhalt ausreichen können. Nach dieser Richtung ist interessant, was die Denkschrift über die Privatversicherung der Privatangestellten mittelst und was sie unter einem Gestrüpp mathematischer Formeln als Zukunftsbild entwirft.

Es besteht neben der reichsgesetzlichen Invalidenfürsorge eine anderweitige Fürsorge durch den Abschluß von Versicherungen für Privatangestellte. Von der Gesamtzahl der befragten männlichen Privatangestellten haben bei einer Privatversicherungsgesellschaft 28,2 Proz. eine Lebensversicherung, 7,9 Proz. eine Pensionsversicherung und ebenfalls 7,9 Proz. eine Witwenversicherung abgeschlossen; 26,1 Proz. sind bei einer Privatversicherungsgesellschaft gegen Unfall versichert. Außerdem sind 9086 Personen oder 6,1 Proz. an Pensions- und Witwenkassen beteiligt, die von der angestellten Firma eingerichtet sind. Von diesen zahlen 7796 selbst Beiträge; soweit darüber Angaben gemacht sind, zahlen 7085 Beiträge in einer Gesamthöhe von jährlich 469 751 M., somit kommen im Durchschnitt auf jeden Angestellten 66,30 M. Daneben leisten die Firmen noch für 5271 Angestellte Beiträge in Höhe von 439 172 M. oder im Durchschnitt für jeden jährlich 83,32 M. Endlich sind noch 2706, gleich 1,8 Proz. der befragten Angestellten anderweitig durch ihre Firma auf Pension versichert; davon leisten 1913 eigene Beiträge in Höhe von jährlich 127 504 M. oder im Durchschnitt auf den Kopf 66,65 M., während von den Firmen für 2205 Angestellte Beiträge in Höhe von 184 495 M. oder im Durchschnitt für jeden 83,67 M. jährlich gezahlt werden. Die von den Firmen eingerichteten Pensions- und Witwenkassen gewähren 5274 (58 Proz.) der bei ihnen Versicherten einen Rechtsanspruch auf die Versicherung, während von den von ihren Firmen anderweitig auf Pension Versicherten 1926, gleich 72,5 Proz., einen solchen Rechtsanspruch haben. Die Gesamthöhe der jährlichen Versicherungsbeiträge ist von 84 077 Privatangestellten oder 22,71 Proz. aller Befragten angegeben und beträgt zusammen 4 641 831 M., so daß im Durchschnitt jeder dieser Privatangestellten einen jährlichen Versicherungsbeitrag von 136,22 M. zahlt.

Die Kosten einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung berechnet die Denkschrift folgendermaßen: Wenn man die Pensions- und Hinterbliebenenbezüge der Privatangestellten nach den für die Reichs- und Staatsbeamten maßgebenden Grundätzen regelt und außerdem noch eine Heilfürsorge nach den Bestimmungen des Invalidengesetzes einführen will, wären hierfür als Jahresbeitrag 19 Proz. des jeweilig bezogenen Dienstverdienstes zu erheben. Läßt man die Gehaltssteigerung außer Ansatz und bemisst die Bezüge unter Zugrundelegung der Pensionssätze des Reichsbeamtengesetzes nur nach einem stets gleichbleibenden Gehaltsbeitrag, so sind rund 14 1/2 Proz. des Dienstverdienstes erforderlich. Wenn man diesen Satz auf das ermittelte Jahreseinkommen von rund 2100 M. anwendet, so würde im Durchschnitt für jeden Privatbeamten als Jahresbeitrag die Summe von 304,50 M. zu zahlen sein. Hierfür würde nach zehn Dienstjahren eine Invalidenpension von 525 M., eine Witwenrente von 210 M. und eine Waisenrente von 42 M. für jedes Kind zahlbar sein, nach 20 Dienstjahren eine Invalidenpension von 875 M., eine Witwenrente von 350 M. und eine Waisenrente für jedes Kind von 70 M., nach 30 Dienstjahren eine Invalidenpension von 1225 M., eine Witwenrente von 490 M. und eine Waisenrente von 98 M. und nach 40 Dienstjahren eine Invalidenpension von 1575 M., eine Witwenrente von 630 M. und eine Waisenrente für jedes Kind von 126 M. Würde man nur einen Jahresbeitrag von rund 150 M. jährlich erheben, so würde man die Hälfte dieser Bezüge, also nach 40 Dienstjahren eine Invalidenpension von rund 780 M., eine Witwenrente von 315 M. und eine Waisenrente für jedes Kind von rund 63 M. gewähren können.

Aus der Denkschrift sei endlich noch das Ergebnis der Umfrage über die Stellenlosigkeit mitgeteilt, wiewohl naturgemäß nach der Art der Veranlassung gerade auf diesem Gebiet die Stellenlosigkeit weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Von den männlichen Privatangestellten waren in den Jahren 1899 bis 1903 insgesamt 16 465 = 11 Proz. aller befragten Angestellten stellungslos. Bei den weiblichen Personen stellt sich die Zahl auf 1009 oder 21 Proz.

Die Denkschrift ist eine für die großindustriellen und landwirtschaftlichen Unternehmer beschämende Urkunde über ihre rücksichtslose Ausbeutung auch des „neuen Mittelstandes“. Die mit so viel wohlwollenden Redensarten für die von ihnen dem Elend Preisgegebenen betriebene Agitation geht dahin, die ihnen obliegende Fürsorgepflicht auf die Privatangestellten und die übrigen Arbeiter abzuwälzen. Sache der Privatangestellten wäre es, die Gelegenheit zu ergreifen, der modernen Organisation der Arbeiterbewegung sich anzuschließen und im Verein mit allen Arbeitern die bürokratische Armenpflegeanstalt mit obligatorischer Zahlungspflicht für die Arbeiter — genannt soziale Fürsorgeanstalt zu verwandeln, deren Kosten aus der Besteuerung der hohen Einkommen und Vermögen zu zahlen sind. Das wäre eine wahrhaft „nationale“ Aufgabe. Sie zu erfüllen werden die führenden Rhinocerosse solange ablehnen, bis die von ihnen durch nationale Phrasen und Mißhandlung des Wortes Sozialreform Genasführten sich darauf besonnen haben, daß aller Reichtum der herrschenden Klasse nichts als gefrorene Arbeit der von ihr Ausgebeuteten ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. April 1907.

Die Haager Friedenskomödie.

Das Vorspiel zur Haager Friedenskonferenz gestaltet sich immer mehr zu einer diplomatischen Intrigantenposse. Auf die Versicherungen der offiziellen Presse, daß sich bei der Unterhaltung des deutschen Kanzlers mit Tittoni über die Friedenskonferenz die Uebereinstimmung beider großen Staatsmänner herausgestellt habe und deshalb dieses Mal nicht, wie in der Algerastrage eine Extratour der italienischen Diplomatie zu erwarten sei, antwortet die russische Regierung — allem Anschein nach nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf freundliches Zureden — mit einer offenen Zirkularnote, in der sie kurz die Stellung klärt, welche die verschiedenen Mächte zu ihren Vorschlägen eingenommen haben. In der Note heißt es nach der Meldung der offiziellen Petersburger Telegraphenagentur:

Die diplomatischen Vertreter Rußlands im Auslande sind heute ersucht worden, den Mächten eine Zirkularmitteilung über die zweite Friedenskonferenz zuzustellen. Die Mitteilung konstatiert, daß das im vorigen Jahre ausgearbeitete russische Programm für die Arbeiten der Konferenz von allen Mächten angenommen worden ist, und gibt die Vorbehalte an, die bezüglich des Programms von verschiedenen Mächten gemacht worden sind. Drei Regierungen, nämlich die der Vereinigten Staaten, Spaniens und Großbritanniens, schlagen vor, das russische Programm durch die Frage der Abgrenzung der Küstungen zu vervollständigen; die amerikanische Regierung fügt dem noch die Frage der Art und Weise der Bedeckung der Staatsschulden hinzu. Einige Staaten behalten sich ferner das Recht vor, der Konferenz Vorschläge über solche Fragen zu unterbreiten, die auf das russische Programm Bezug haben, in demselben aber nicht besonders aufgeführt sind. Die englische und die japanische Regierung erklären, daß sie sich freie Hand darüber vorbehalten, an einer Beratung über Punkte des russischen Programms, die ihrer Ansicht nach zu einem befriedigenden Ergebnis nicht führen können, sich nicht zu beteiligen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn machen in der allgemeinsten Form denselben Vorbehalt in dem Wunsche, sich jeder Diskussion zu enthalten, die nicht zu einem praktischen Ausweg führen könnte. Die russische Regierung erklärt, indem sie ihrerseits einen diesem letzteren Vorbehalt ähnlichen macht, daß sie ihr ursprüngliches Arbeitsprogramm der Konferenz aufrecht erhält. Die Zirkularmitteilung teilt schließlich mit, daß der russische Vertreter im Haag beauftragt worden sei, an die niederländische Regierung das Ersuchen zu richten, die Konferenz für den 15. Juni d. J. einzuberufen zu wollen.

Danach hat also nicht nur, wie bisher angenommen wurde, England den Antrag auf eine Einschränkung der Küstungen gestellt, sondern neben Spanien, dessen Stellungnahme sich aus gewissen Verwandtschaftsverhältnissen und der elenden Lage seiner Finanzen zur Genüge erklärt, hat auch Uncle Sam sich diesem Antrage angeschlossen, obgleich kaum eine andere Macht zurzeit die Flottenrüstungen so energisch betreibt wie die nordamerikanische Union. Aber die Sache wird noch interessanter. Dasselbe England, das die Abrüstung fordert, erklärt gemeinsam mit Japan, daß es sich vorbehalten müsse, an der Beratung jener Punkte des russischen Programms nicht teilzunehmen, die seiner Ansicht nach nicht zu einem „befriedigenden Ergebnis“ zu führen vermögen, das heißt die liberale englische Regierung — und mit ihr Japan — lehnt von vornherein ab, in eine Erörterung darüber einzutreten, inwieweit das Kapurrecht beschränkt und feindlichen Schiffen eine Zusage in neutralen Häfen gewährt werden könne. John Bull ist also für die Abrüstung — selbstverständlich nicht für eine einfache unbedingte Abrüstung, sondern für eine schön verpackte Abrüstung, die allerlei Hinterfährchen läßt — dagegen ist er nicht für eine Wüderung des heutigen barbarischen Seekriegsrechts. In dieser Hinsicht behält sich England vor, die Uebermacht, die ihm nicht nur seine Flottenflotte, sondern auch seine über die ganze Welt verstreuten Häfen und Kohlenstationen bieten, rücksichtslos nach mittelalterlichem Kriegsrecht gegenüber dem Gegner auszunutzen.

Andererseits wieder machen nach der russischen Note Deutschland, Oesterreich-Ungarn und zum Teil auch Rußland den Vorbehalt, sich „jeder Diskussion zu enthalten“, die nach ihrer Meinung nicht „zu einem praktischen Ausgang“ führt, also, wenn ihnen die Erörterung der Abrüstungsfrage nicht paßt, einfach auf die Teilnahme der Beratung über diese Frage zu verzichten. Ein Verzicht, der jede Beschlusfassung verhindert, denn auf dergleichen internationalen Konferenzen wie die Friedenskonferenz wird nicht nach Mehrheiten abgestimmt; es gelten vielmehr nur einstimmig gefaßte Beschlüsse als bindend.

Besser als durch diese russische Zirkularnote kann kaum demonstriert werden, daß die Haltung aller Mächte, wie wir schon wiederholt ausgeführt haben, lediglich durch ihr Eigeninteresse oder richtiger durch das Interesse ihrer kapitalistischen Klasse bestimmt wird. Aber mit diesem Interesse der kapitalistischen Klasse ist das des Volkes keineswegs identisch; und besonders das deutsche Volk hat, nicht das geringste Interesse daran, die herrschenden Klassen Deutschlands in ihrem Flottenrüstungsrausch zu unterstützen und ihnen die Mittel zur Durchführung ihrer imperialistischen und kolonialpolitischen Pläne zu liefern. Das deutsche Volk begrüßt, wie schon im gestrigen Leitartikel dargelegt wurde, den Abrüstungsgeboten mit Freuden. Es empfindet die stetigen Rüstungen als eine schwere ihm aufgebürdete Last, und ist bereit, jede Möglichkeit zu ergreifen, dem an seinem Marke gehenden Betrüben Einhalt zu tun — auch wenn diese Möglichkeit von England in dessen eigenem Interesse geboten wird.

Ein „liberaler“ Staatsmann.

Feilich, der langjährige bayerische Minister des Innern, der 73jährig endlich seinen Abschied genommen, ist ein interessanter Typ süddeutsch-bayrischer Beamtenentum. Er ist ein verzweigter protestantischer Freiherrnsfamilie Oberfrankens — für die er in seiner Amtstätigkeit redlich gesorgt hat — hat er es durch Glück und Fleiß zu der höchsten Stellung gebracht, in der er ein gut Teil der bayerischen inneren Politik beherrschte. Als Kabinettssekretär Ludwigs II. gewann er in seiner Karriere einen guten Vorsprung. Bald brachte er es bis zum Münchener Polizeidirektor. Als struppelloser Polizeimensch bekämpfte er die Sozialdemokratie. Im Entdecken sozialistischer „Verschwörungen“ und „Putche“ nahm er es mit jedem Vorbild auf.

Weiter stieg er die Staffeln hinauf. Regierungspräsident von Oberbayern blieb er nur zwei Jahre. Dann erhielt er

1881 das Ministerium des Innern. Zäh, geschickt, kenntnisreich und fleißig wußte er jeder Situation Herr zu werden. Wo er die anderen nicht duden konnte, wußte er sich anzuschmiegen.

Er wurde Vertrauensmann des Prinzregenten nach Ludwigs II. Ende, das die bayerische Legitimität in mancherlei Unordnung brachte. Von Haus aus Beamtenliberaler, wußte er mit dem Zentrum, als dieses die liberale Landtagsmajorität nach und nach bis zur Einflußlosigkeit herabdrückte, sehr gut auszukommen. Sein Liberalismus brauchte nicht erst abzufärben. Die vielen Ressorts, die er verwaltete, wurden alle den immer stärker werdenden agrarischen Anforderungen dienbar gemacht. Die Miquel war dieser „liberale“ die Stütze und der Träger agrarischer Politik. Die Sozialpolitik betrieb Feilich zunächst rein von polizeilichen Gesichtspunkten aus. Die Sozialdemokratie bekämpfte er mit den kleinlichen Schikanen des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Bis die Sozialdemokratie ihre Vertreter in den Landtag brachte. In hartnäckigem Ringen haben es unsere Landtagsmitglieder verstanden, dem Minister mehr Verständnis und Entgegenkommen in sozialpolitischen Fragen abzutrotzen.

Der bayerische Liberalismus hat es trotz seiner langjährigen Beherrschung des Landtages wohlweislich unterlassen, das veraltete indirekte Wahlrecht zu reformieren. Dem Ansturm der Sozialdemokratie gelang es erst, Zentrum und Regierung zur Reform zu zwingen. Der Liberalismus schmollte mit seinem Götter Feilich, weil dieser ihm nicht für alle Zeiten sichere Landtagsitze zurechtschneiden und garantieren konnte. Die Wahlreform kam ohne die Liberalen. Sie war Feilichs letztes größeres geschäftliches Werk. Man wußte schon länger, daß er den letzten Landtag indirekter Wahl nicht überdauern wolle. Am 31. Mai wird in Bayern zum ersten Male nach dem neuen direkten Wahlrecht gewählt, das dem unermüdeten Kampfe der Sozialdemokratie zu danken ist. An demselben Tage, da der vielgewandte, geschäftsfundige Minister Feilich, der in allen Klaffen und Schlaubheiten ergraut war, seinen erbetenen Abschied erhielt, erließ der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns seinen Aufruf an die Wähler. Mögen sie ihre Pflicht tun. Eine starke Sozialdemokratie ist eine Macht. In Bayern hat sie es bewiesen, indem sie mit dem System Feilich fertig wurde.

Deutsches Reich.

Agrarisch ist Trumpf!

Der Gewerkschaftssekretär vom christlichen Bergarbeiterverbande Franz Rothhäuser in Lilliar bei Köln hatte bei der Betriebsdirektion der Bergheimer Kreisbahn ein mit 51 Unterschriften versehenes Gesuch um Einlegung eines Frühzuges für Arbeiter eingereicht. Durch diesen Frühzug hätte zahlreiche in der Braunkohlenindustrie beschäftigte Arbeiter, die jetzt bereits um 3 1/2—4 Uhr in der Frühe von Hause gehen müssen, ein Weg von 1 1/2—2 Stunden gespart werden können. Die Direktion der Bahn wies die Antragsteller an den Kreisauschuss, von dem dann folgender Bescheid einlief:

„An den Gewerkschaftssekretär Herrn Franz Rothhäuser, Lilliar. Auf das Schreiben vom 15. Dezbr. 1906 betr. Einlegung eines Frühzuges von Blagheim gereicht Ihnen hiermit zum Bescheide, daß mit Rücksicht auf den in der Landwirtschaft vorherrschenden Arbeitermangel es diesbezüglich abgelehnt werden muß, dem Gesuche zu entsprechen, da durch die Einlegung des Frühzuges der Landwirtschaft die Arbeitskräfte vollends entzogen werden würden.“

Die in der dem Gesuche abgeschrieben beigefügten Liste aufgeführten Arbeiter wollen Sie von Vorstehendem in Kenntnis setzen. Graf Weisel.“

Der christliche „Bergknappe“ bemerkt hierzu: „Sind in der Landwirtschaft die Arbeiterverhältnisse so mäßig, ist der Lohn so gering, daß durch Schaffung von Fahrgelegenheit die Arbeiter sofort der Landwirtschaft den Rücken drehen? ... Den notleidenden Agrariern wird im Sommer ein Extra-Wilchzug gewährt, aber auf 51 Gläubigerarbeiter braucht man keine Rücksicht zu nehmen.“

Die Orte, um die es sich handelt, liegen im fromm-katholischen Kreise Bergheim, und die Landwirte, um deren Interesse der Kreisauschuss so sehr besorgt ist, sind durchaus wadere Zentrumskente. So weit geht aber ihr Christentum nicht, daß sie ihren Profit geringer schätzen als Leben und Gesundheit christlicher Arbeiter.

Ein „Hausfriedensbruch“.

Kuerbach (Sachsen), 4. April.

(Privattelegramm)

Wegen Hausfriedensbruchs wurden heute der Genosse Adolf Hoffmann-Berlin zu drei Wochen, die Genossen Köffel und Steinkohl zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Genosse Hoffmann hatte während der Reichstagswahlbewegung als sozialdemokratischer Kandidat im 22. sächsischen Wahlkreise (Reichenbach-Kuerbach) auf den bringenden Wunsch einiger Patienten einer in dem Wahlkreise gelegenen Augenheilklinik, die ihr Wahlrecht zu verlieren fürchteten, diese in den Vlogassen aufgesucht. Die beiden anderen Verurteilten waren seine Begleiter. Wir haben über die Affäre und über die Aufregung der Anstaltsleitung seinerzeit berichtet. Damals hielten wir es nicht für möglich, daß der Anstaltsleitung Vorhaben, den Genossen Hoffmann wegen Hausfriedensbruchs belangen zu lassen, auch nur im vorbereitenden Stadium bei Anklagebehörden und Richtern Erfolg haben könnte. Jetzt ist, wie die Depesche zeigt, sogar eine Verurteilung erfolgt! Wie dies möglich war, das wird uns erst der ausführlichere Bericht begreifen lassen — und vielleicht auch der nicht.

Geschichte eines Wahlauftrages.

Einen recht interessanten Wahlvorfall aus dem dritten Berliner Reichstagswahlkreise erzählt die „Post, Nr. 2“:

„Als dringendes Bedürfnis machte sich bei der diesjährigen Reichstagswahl die Aufstellung eines konservativen Kandidaten für den dritten Berliner Wahlkreis geltend. In der Person des Rechtsanwalts Wredereck war bald der geeignete Kandidat gefunden, ein schwungvoll geschriebener Wahlauftrag schnell fertig. Nun entstand eine Schwierigkeit. Wer sollte den Wahlauftrag unterschreiben, wer die konservative Kandidatur empfehlen? Natürlich konservative Wähler; nur schade, ihre Zahl war klein und gar nicht imponierend. Doch der tüchtige Mann wußte sich zu helfen. Die Wahlen zu den kirchlichen Vertretungen waren eben beendet. Der kirchlich-konservative muß auch politisch konservativ sein. Man nahm der Einfachheit halber einen Wahlauftrag der kirchlich-Positiven und schloß, ohne erst sich der Zustimmung der Personen zu vergewissern, zum Teil die Namen der kirchlich-konservativen Männer unter das Flugblatt für den Rechtsanwalt Wredereck. Nun hatte die Sache Ansehen. Aber einige dieser ohne ihren Willen zur Empfehlung des konservativen Reichstagskandidaten herangezogenen Herren waren selbständiger als man gedacht, und hatten nicht die Absicht, konservativ zu wählen und ungefragt Willkürer zu spielen. Sie wandten sich

mit Beschwerden bald hierhin, bald dorthin. A. beschuldigte B. des Namensmißbrauches, B. beschuldigte wieder A. So'obst noch heute der Kampf hinter den Kulissen.“

Polen dürfen doch nicht sraßlos niedergeschlagen werden.

Der Mann Franz Schulz von der zweiten Eskadron des Posener Manenregiments, welcher während des Randovers am späten Abend im posenschen Dorfe Kabin in einem Resonanz mit politischen Arbeitern den sechzigjährigen Jesidorzyl aus Stajiz mit einem Spaten erschlagen und dabei dessen Körper bestialisch zugerichtet hatte, war bekanntlich vom Kriegsgericht freigesprochen. Das Gericht hatte bei dem Angeklagten Bewußtlosigkeit mit Ausschluß freier Willensbestimmung bei Begehung der Tat angenommen. Dieses Auffehen erregende ungerechte Urteil — über die Verhandlung hatten wir ausführlich berichtet — wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, gestern nach erneuter Verhandlung vom Oberkriegsgericht aufgehoben.

Der Täter wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu der in Anbetracht der überaus rohen Tat, für die reichlich der blöde Fatalismus in höherem Maße, als der Angeklagte die Verantwortung trägt, sehr milde Strafe von einem Jahr e Gefängnis verurteilt. 2 Monate Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. Der Verurteilte wurde in Haft genommen.

Die politische Betätigung der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine

wird seit geraumer Zeit in Gewerkschaftskreisen von Rheinland um Westfalen erörtert. In der „Westdeutschen Arbeiterpost“ beschäftigt sich Bruno Boersch eingehend mit der Frage. Er wägt die verschiedenen Vorschläge, die über diese Angelegenheit gemacht worden sind, und kommt zu dem Ergebnis, daß für die politische Betätigung der Gewerksvereine nur jene Parteilichung in Frage komme, die sich um Raumann, Barth, Gotthein und Potthoff gruppiert. „Diese Leute“, so meint Boersch, „haben durch ihr bisheriges politisches Wirken bewiesen, daß sie weitgehendes sozialpolitisches Verständnis besitzen. Und wenn man hier und da in Gewerkschaftskreisen auch noch gegen diese Leute ein gewisses Mißtrauen hat und nicht recht glaubt, daß sie sich wirklich der Arbeiterinteressen annehmen werden, so liegt es nur an den Gewerksvereinen, sich innerhalb dieser Parteilichung den nötigen Einfluß zu verschaffen. Mögen sie sich hier nur politisch organisieren und der entsprechende Einfluß wird ihnen dann schon zuteil werden.“

Boersch will nun, wie er zur Vermeidung von Irrtümern betont, nicht die Gewerksvereine als solche für irgend eine politische Partei festlegen, sondern nur die Mitglieder veranlassen, sich politisch zu betätigen; das erfordert ihr Recht und ihre Pflicht als Staatsbürger und Gewerkschaftler. Und hierbei läme nur der „soziale Liberalismus“ in Betracht. „Mag auch“, so schließt der Artikel, „die Anhänger dieser Gedanken noch nicht nach Millionen zählen, die Wahrheit muß sich früher oder später nach der einen oder anderen Richtung dorthin Bahn brechen.“

Am Grabe des Liberalismus pflanzt Boersch die Hoffnung der Gewerksvereine auf. Der Liberalismus kann sich selber nicht helfen, was soll er den Gewerksvereinen, einer überlebten Organisation, nützen? —

Ein seltsames Kriegsgerichts-Urteil.

Ran schreibt uns aus Baden: Ein Unteroffizier und drei Reserviere des 169. Infanterie-Regiments fanden jüngst in der kleinen Garnisonstadt Bahz während zweier Tage vor dem Kriegsgericht. Der Grund, wegen dessen die vier Soldaten seit dem 10. Januar in der Untersuchungsstube saßen, ist eine in der Neujahresbestimmung vorgekommene Weisshausrauferei. Der Umstand, daß der vierte Mann goldene Dreschen am Kragen hat, ließ jedoch die Parze zu einem hochnotpeinlichen Halsprozeß werden. Der Unteroffizier Geng zählte in der Anleihe mit den Musketieren und bekam dabei Disput mit dem einen Jecher, der Bauernfreund heißt. Sie stritten sich, nannten sich gegenseitig Loushuben, und der Musketier Koch empfing schließlich vom Unteroffizier Geng eine Ohrfeige. Auf die Aufforderung des letzteren begab man sich auf die Straße, um dort weiter zu raufen. Dabei legte es für den einen und anderen derbe Schmiße ab. Die Zeugen stellten diese Händelei als eine ziemlich harmlose, unter der Wirkung des sehr reichlich genossenen Bieres vor sich gegangene Szene hin. Trotzdem beantragte der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Kunz, gegen die Musketiere Bauernfreund, Koch und Schädel wegen Zusammenrottung, Aufruhrs und Gewalttätigkeiten eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren, gegen den Unteroffizier Geng wegen Mißhandlung und rechtswidrigen Waffengebrauchs zwei Monate acht Tage Gefängnis. Das Gericht verneinte die Anklage wegen Aufruhrs, sprach den Musketier Schädel frei, verurteilte den Koch wegen Vorgesetztenbeleidigung zu vier Monaten Gefängnis, den Unteroffizier wegen vorchriftswidriger Behandlung und Mißhandlung eines Untergebenen zu drei Wochen Mittelarrest und den Musketier Bauernfreund wegen Beleidigung eines Vorgesetzten und tätlichen Vergreifens zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis.

Selbst der Berichterstatter des Amtsblattes findet die Bestrafung der Soldaten zu hart gegenüber der „glimplichen“ Behandlung des Unteroffiziers, der „durch sein Betragen den Hauptanlaß zu den folgenschweren Händeln gab.“

Vom deutschen Anarchistenkongress wird noch gemeldet, daß seine Verhandlungen am zweiten Osterfesttag in einem in der Nähe Mannheim gelegenen Lokal fortgesetzt worden sind. Der Spürsinn der Mannheimer Polizei hatte zur Vereitelung der Tagung nicht gelangt. Es war noch ein Delegierter aus Ausland, Schweiz, Italien, Leipzig und Magdeburg eingetroffen.

Die Anarchisten wollen im August 1907 zu Amsterdam eine internationale Anarchistenkonferenz abhalten. Das Referat über den Generalstreik soll einem deutschen Anarchisten übertragen werden. Ein Antrag, zu diesem Kongress die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften einzuladen, fand Aufnahme. Eine Kommission, bestehend aus Dr. mod. Friedberg, Dexter und Lange-Berlin und Kettenbach-Wiesbaden soll für die Amsterdamer Konferenz eine Prinzipienklärung des Anarchismus ansarbeiten. Zur antimilitaristischen Propaganda wurde beschlossen, daß die Geschäftsstelle der Föderation von Zeit zu Zeit antimilitaristische Flugblätter herausgeben soll. Eine Propagierung des Terrors wurde angelehnt der bestehenden Verhältnisse als schädlich für die anarchische Bewegung“ abgelehnt.

Zur Annahme gelangte der Antrag: „Jeder tätige Anarchist hat aus seiner Religionsgemeinde auszutreten.“

Unter verschiedenen Sympathie-Erklärungen wurde auch eine für Tatjana Dontieff wegen ihres mutvollen Verhaltens gefaßt.

Nach Schluß des Kongresses teilten die Delegierten der Mannheimer Polizeidirektion telephonisch mit, daß soeben (1 1/2 Uhr nachmittags) der Kongress der Anarchisten Deutschlands nach 16stündiger Tagung beendet sei. Nach etwa einer halben Stunde trafen 17 Polizeibeamte im Kongresslokale ein, die Delegierten waren aber bereits sämtlich in Mannheim.

Als eine Anzahl Delegierten abends auf dem Hauptbahnhof eintrafen, wurden Anstiebt und Frauböse (Berlin), Müller (Frankfurt am Main) und Imhoff (Osnabrück a. N.) verhaftet. Nach kurzem Verhör und Feststellung der Personalien wurde ihnen aufgegeben: mit dem nächsten Eisenbahnzug das Weichbild der Stadt Mannheim zu verlassen.

Mit welchem Recht die Mannheimer Polizei solche Ausweisungen verfügt, ist absolut unerfindlich! —

Ausland.

Der Empfang in der Heimat.

Ob England jemals als Streikbrecher-Exportland in erheblichem Maße in Betracht kommen könne, das haben wir alle uns wohl in der uns anergogenen glühenden Bewunderung für die englische Gewerkschaftsbewegung nicht träumen lassen. Dabei brauchte man gar nicht außer acht zu lassen, daß auch in dem Mutterlande der gewerkschaftlichen Organisation noch ein großer Boden für unorganisierte Arbeiter, ja an organisationsunfähigem Menschenmaterial zurückbleiben mußte. Aber das Bild, das die jetzige Auslieferung im Hamburger Hafen bietet, mit dem düsteren Hintergrund der Tausende von englischen Streikbrechern, das hätte vor Jahren der trübste Pessimist als Erfolg englischer Gewerkschaftserziehung nicht zu malen versucht. Daß es sich nicht um Unorganisierte handelt, ist ein schwacher Trost. Viele gewerkschaftliche Kämpfe sind in Deutschland geführt worden, mußten geführt werden, mit einem großen Trost Unorganisierter, der dem Hereszenz der organisierten Arbeiter folgte; aber der Glanz der aufgeklärten Klassenkämpfer fehlte sie mit und hielt sie zusammen. In Oesterreich, in Italien bleibt wahrlich zu organisieren genug. Aber obgleich die Hamburger Reedereipatzen auch hier ihre Werbetätigkeit versuchten, blieb sie so gut wie erfolglos. Nur in England obte sie. Ob man nicht Menschenmaterial und die Umstände der Werbung in allen Einzelheiten kennt, kann man natürlich ein Urteil über die Ursachen dieser Erscheinung nicht mit apodiktischer Sicherheit fällen. Nur das scheint schon sicher, daß es sich bei den Leuten meist um solche handelt, die in dem Glend verwehrt haben, daß der Kapitalismus über sie brachte, und daß vielleicht auch die englischen Behörden den Abzug dieser Elemente nicht ungern sahen. Wie man sie bei ihrer Rückkehr empfängt, zeigt folgende Wolff-Depesche:

London, 4. April. Bei der Rückkehr von britischen Hafenarbeitern aus Hamburg entstanden heute bei der Docksstation Grimby tumultuarische Auftritte. Fünfundzwanzig Ankommenden hatten keine Bahnkarten nach London und erhielten nicht die Erlaubnis zur Weiterreise. Sie verursachten Unruhe, worauf die Polizei die Station absperrete. Eine große Anzahl der Leute war betrunken und prügelte sich. Tausende von Menschen sammelten sich an und verursachten wilde Tumulte. Die Menschenmenge versuchte, in die Station einzudringen, wurde aber zurückgebrängt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Unruhen dauerten mittags noch an.

In dem durch Ferndrucker mitgeteilten Original der Depesche spricht Wolff übrigens von den „besonders nützlichen Elementen“ noch verächtlich als britischen „Streikbrechern“; in der später herausgegebenen gedruckten Depeschenausgabe verhandelt er sie schamig in „Hafenarbeiter“. Nun waren sie sicher zwar Streikbrecher, so gut und so schlecht wie alle Streikbrecher es sind; aber im Leben keine Hafenarbeiter. Denn dann hätten sie den Sklavenschiffen der Hamburger „Eisenbein“-Händler nicht zu entwischen vermocht. Man hat sie davon ziehen lassen, weil sie für die verlangte Arbeit nicht brauchbar waren. — Nun kommen sie in die Heimat. Und die englischen Behörden, die früher Jagd auf Sklavenschiffe machten, möchten die der Kette Entronnenen am liebsten ins Wasser zurückjagen!

Bei dem großen Doderstreik in London standen die Polizeibeamten feilenruhig daneben, wenn die Menge etwa einen aus den Docks herausfahrenden Wagen umstürzte. Der Eigentümer hatte ja zu seinem Schutze das gesetzliche Recht auf eine zivilrechtliche Schadenersatzklage; die Polizei schützte nur das öffentliche Eigentum. Heute arbeitet der Gummischlauch nach dem Muster des festländischen Säbels im Interesse des Privatkapitals, und sei es selbst des ausländischen! Wann werden die „Policemen“ nach Berliner Vorbild den breiten, gelben Revolvergürt um den dicken Bauch schnallen?

Frankreich.

Der Regentsturz.

Die Blätter sehen die Veröffentlichung der Montagninipapiere fort: Der „Figaro“ bringt einen Bericht Montagninis an Ferry über die Ereignisse vom 12. Juli 1906 über die Bemühungen einzelner katholischer Politiker, wie Demps Cochis, behufs Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der französischen Regierung und dem Vatikan. Ein Bericht vom 23. August 1906 beschäftigt sich mit der Aufnahme der päpstlichen Enzyklika „Stavissini“, die bei den Katholiken im allgemeinen und insbesondere bei dem Alexus Stolz und Genugtuung hervorgerufen habe. Ferner teilt Montagnini eine Aeußerung Demps Cochis mit, wonach das Entgegenkommen, das Deutschland dem Vatikan bewiesen habe, einen Affront gegen die französische Republik bilden soll, gegen die verschiedene Mächte eine Art heiliger Allianz zur Bekämpfung des Sozialismus gründen wollen.

Die „Autorité“ veröffentlicht Berichte vom 23. und 25. Februar 1906 über Mitteilungen Pious: in welcher Weise auf einzelne hervorragende politische Persönlichkeiten wie Rouvier, Etienne, Constans, Lengues und Doumer eingewirkt werden müsse. Von dem ehemaligen Minister Lengues heißt es unter anderem: „Rivot wird mit Lengues sprechen, aber Pious verfügt über andere Mittel: Er weiß, daß Lengues 300 000 Franc Schulden hat und daß seine Wiederwahl durch eine Kandidatur der „Action libérale“ gefährdet ist.“ — Auch bei Doumer werde man manövrieren. Doumer strebe die Präsidenschaft der Republik an und bewerbe sich um die Gunst der Katholiken, zu welchem Zwecke er sogar seinen Sekretär als Mitglied in die „Action libérale“ eintreten ließ.

Der „Matin“ veröffentlicht Berichte Montagninis, aus denen hervorgeht, daß Pious, bevor er in der Kammer seine Rede über das Trennungsgesetz hielt, sich erst der Zustimmung des Vatikans vergewisserte. In einem Bericht vom 12. November 1904 teilt Montagnini mit, daß unter den Papieren der Freimaurerloge „Grand Orient“, welche die nationalkatholischen Deputierten Sybelon und Guyot de Villeneuve in die Hände bekommen hatten, sich verschiedene die damaligen Minister Pelletan und Delcassé betreffende Schriftstücke befanden, darunter ein Brief, der zeige, daß Delcassé anfangs gegen die Reise des Präsidenten Loubet nach Rom gewesen sei, daß er sich aber später einem vom „Grand Orient“ gegebenen schwaabischen Vortrags liege vor als Beweis dafür, daß die Reise Loubets im Einklang mit dem „Grand Orient“ entschieden sei, als ein Mittel, um den Bruch mit dem Heiligen Stuhl herbeizuführen.

Dänemark.

Allgemeines, gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer.

Seit dem Jahre 1867 bestehen in Dänemark gesetzlich anerkannte freie Armenanstalten, die in Not befindlichen Personen Unterstützung gewähren, ohne daß damit die üblichen Folgen verbunden sind, die sonst der Armenunterstützung anhaften. Ursprünglich waren diese freien Armenanstalten eine halbstaatliche Einrichtung. Die Geistlichen

waren die Vorstehenden und die Gelder stießen hauptsächlich aus den Sammelbüchern der Kirchen. Das hat sich inzwischen verändert. Während der großen Periode der Arbeitslosigkeit um die Zeit der Jahrhundertwende brachte die Sozialdemokratie einen Vorschlag über Staatsunterstützung der freien Armenanstalten ein neben dem Vorschlage auf Staatsunterstützung zu den Arbeitslosenanstalten der Gewerkschaften, der ja, wenn auch in etwas veränderter Form, vor kurzem endgültig angenommen worden ist. Staatsunterstützung zu den freien Armenanstalten wurde im Frühjahr 1904 beschlossen, und zwar in einem Gesetz, das nach Verlauf von 3 Jahren revidiert werden sollte. Dies ist nun geschehen. Das neue Gesetz über die freien Armenanstalten, die in Zukunft „Hälfstassen“ genannt werden, ist am 25. März vom Folketing in dritter Lesung endgültig angenommen worden. Die Kommunen können nach dem neuen Gesetz ohne Genehmigung der höheren Behörden bis zu 30 Dore pro Einwohner für die Hälfstassen aufwenden. Sie erhalten ein Drittel der Ausgaben aus der Staatskasse ersetzt. Im ganzen ist der Staatszuschuß auf 250 000 Kronen jährlich bemessen. Gebraucht eine Kommune nicht ihren vollen Anteil, so kann sie im folgenden Jahre einen um so viel höheren Zuschuß beziehen. Das Wichtigste am neuen Gesetze ist jedoch eine gründliche Demokratisierung der Verwaltung der Hälfstassen. Sie sind die erste öffentliche Institution in Dänemark, für die das gleiche allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, verheiratete wie ledige, Dienstleute nicht ausgeschlossen, eingeführt wird, und zwar das aktive und passive Wahlrecht. — Das Gesetz gilt vorläufig noch nicht für Kopenhagen, weil hier eine freie Armenkasse nicht besteht, sondern nur eine Unterstützungsvereinigung, die allerdings auch in Zukunft noch Staatszuschuß nach dem Gesetz von 1904 genießt. Voranschläglich werden aber auch für die Hauptstadt bereits im nächsten Jahre Hälfstassen nach dem neuen Gesetz mit der vom Volke gewählten Verwaltung eingeführt.

Rumänien.

Die Bauern sollen nun im ganzen Lande „endgültig“ zur Ruhe gebracht sein. So melden wenigstens übereinstimmend Telegraphen- und Korrespondenz-Bureaus, Gesandtschaft und — nicht zu vergessen — Rumäniens Ministerpräsident Demeter Sturdza, der neue, der starke Mann. Was daran wahr, was unwahr ist, das wird die Zukunft weisen. Einstweilen mütet die Reaktion und küßt ihr Mütchen: Sie unterkühlt, sie stößt nach den „Schuldigen“, sie verhaftet alle „Verdächtigen“. Die Bauern werden bei der Gedächtnis wieder die Leidtragenden sein; dafür spricht schon die Tatsache, daß Grundbesitzer und Pächter der Regierung für deren „energische und umsichtige Verfügungen“ ihren Dank auszusprechen beginnen.

Die Herren Präfecten haben kaum die Aufgabe zugeteilt erhalten: auf die Gutsbesitzer, die Pächter und die Bauern einzuwirken, damit sie sich „gütlich verständigen“, da läßt Herr Sturdza auch schon in alle Winde telegraphieren, daß jene Präfecten-Einwirkung bestens funktioniert. Wie sie gemacht wird, darüber wird allerdings nichts mitgeteilt, aber man kann sich wohl denken.

Jedenfalls glaubt die Regierung, ihrer Sache sicher zu sein; denn sie hat nach einer Meldung aus Bukarest vom 4. April den Befehl gegeben, daß die Truppen in ihre Garnisonen abrücken. Auch König Karl fängt an, sich in seiner Haut wieder etwas wohler zu fühlen. Zugleich mit den ersten Mitteilungen von den Bauernunruhen war die Nachricht verbreitet worden, der arme alte König fühle sich sehr angegriffen, er sei krank und schwach. Nun aber kommt die frohe Kunde: „Das Befinden des Königs ist wieder ein befriedigendes; derselbe erledigt alle Regierungsgeschäfte mit gewohnter Pünktlichkeit.“

Arme rumänische Bauern! Arme rumänische Juden! —

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In Dresden hielt, wie schon telegraphisch gemeldet, am Mittwoch der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe eine Hauptversammlung ab, die sehr stark aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Der Berliner Obermeister Kahardt betonte in seiner Eröffnungsrede, die Arbeitgeber seien durch das terroristische Vorgehen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zur Aussperrung gezwungen worden. Die Aussperrung sei für die Meister nötig geworden, nicht etwa um geringfügiger Lohnunterschiede wegen, sondern lediglich deshalb, um ihre Macht und ihr Ansehen zu schützen. Dadurch hat der Berliner Hauptmeister der Aussperrung selbst bekundet, daß es sich für die Unternehmer nur um eine frivole vom Zaune gebrochene Machtprobe handelt. — Derselbe Herr teilte alsdann noch mit, daß gegenwärtig in 14 Städten 18 000 Holzarbeiter ausgesperrt seien. Dazu seien noch Aussperrungen in Dresden, Leipzig, Halle, Spandau und Bernau gekommen; am 15. April und 1. Mai würden Guben, Oldenburg, Barmen und Görtitz folgen.

Alsdann hielt Stödel aus Berlin eine echte Scharfmacherrede, in der er behauptete, die Aussperrung sei von den organisierten Holzarbeitern vom Zaune gebrochen worden. Obwohl die Löhne weit höher gestiegen seien wie die Lebensmittelpreise, forderte der Holzarbeiter-Verband immer mehr. Für die Arbeitgeber handle es sich tatsächlich bei der Aussperrung um einen Kampf um Existenz und Standesehre. Der Schutzverband werde alles daran setzen, den begonnenen Kampf durchzuführen.

Der wahrheitsliebende Vorsitzende Kahardt teilte sodann noch mit, daß in Berlin 750 Betriebe an der Aussperrung beteiligt seien, die 13 000 Arbeiter ausgesperrt hätten. Der durchschnittliche Tagelohn habe in Berlin 5,45 M. bei einer täglichen Arbeitszeit von rund 8 Stunden betragen. Nirgends habe eine längere als zehnstündige Arbeitszeit bestanden. Die Gehülfen wollten aber immer noch mehr haben. Die Arbeitgeber sollten sich auf keinerlei Konzessionen mit den Aussperrten einlassen, vor allem aber die Arbeitszeit nicht noch weiter verkürzen. Die Arbeiter würden immer übermütiger. In Berlin sei der paritätische Arbeitsnachweis zum Terrorismus gegen die nicht dem Holzarbeiter-Verbande angehörigen Arbeiter mißbraucht worden. In seiner zweiten Rede wies der Berliner Obermeister ferner auf die angeblich wohlgefüllte Kasse des Holzarbeiter-Verbandes hin. Sollte die Aussperrung siegreich durchgeführt werden, müßten auch die Arbeitgeber Opfer bringen. Zunächst sollten durch freiwillige Sammlungen Mittel aufgebracht werden. Sammellisten seien schon in allen Bezirken im Umlauf. Es seien auch schon Mittel eingezogen; dennoch werde es nötig sein, den Vorstand des Schutzverbandes zu ermächtigen, eine Anleihe aufzunehmen.

Die weitere Verhandlung ergab aufs neue, daß die Scharfmacher bei der Aussperrung in Berlin sitzen. In den übrigen Städten herrscht nur bei einem Teile der Holzgewerbetreibenden Aussperrungseifer. Es ergab auch die Debatte, die sonst belanglos war,

daß außerhalb von Berlin bei den Tischlermeistern keine große Neigung besteht, die Kastianen für die Berliner Scharfmacher aus dem Feuer zu holen.

Bei der Durchführung der Aussperrung sollen den Vorschlägen des Vorstandes vom Schutzverband gemäß folgende Maßnahmen getroffen werden: 1. Wöchentliche Kontrolle jedes Betriebes; 2. wöchentliche Versammlungen; 3. Errichtung von Auskunftsbureaus in allen Aussperrungsorten; 4. Nichtaussperrung aller nichtorganisierten und Christ-Dunderscher Holzarbeiter. — Leider sei es nicht möglich, die christlichen Holzarbeiter von der Aussperrung auszuschließen, weil diese sich mit dem Holzarbeiter-Verband solidarisch erklärt hätten.

Sodann verhandelte man über die Aufnahme einer Anleihe für den Aussperrungsfonds. Der Vorstand schlug vor, ihn zu ermächtigen, 100 000 M. aufzunehmen; auf Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Pauli-Potsdam wurde aber beschlossen, eine Anleihe bis zum Betrage von einer Million aufzunehmen und vorläufig davon 300 000 M. frei zu verwenden. Ein Berliner Scharfmacher meinte, angesichts dieses Bewilligungseifers sei es eine Lust zu leben.

Schließlich wurde eine von Pauli-Potsdam eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts angenommen:

Die am 3. April in Dresden tagende außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe erklärt sich mit der bisherigen Politik des Zentralverbandes in dem augenblicklichen Lohnkampf mit der Organisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes nach jeder Richtung hin einverstanden und spricht denselben für die bisherige aufopfernde Tätigkeit den wärmsten Dank aus. Die Forderungen der Arbeiter werden von der Generalversammlung wiederholt als unerfüllbar erklärt und erwartet die Versammlung von den Kollegen in Berlin und den übrigen der in Betracht kommenden Städte, daß diese ungerechten Forderungen auch in Zukunft nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der gesamten deutschen Holzgewerbe mit größter Energie zurückgewiesen werden. Die Generalversammlung verpflichtet sich einmütig, die in der Bewegung stehenden Kollegen nicht nur nach jeder Richtung hin moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Die Versammlung ermächtigt den Zentralverband, um eine tatkräftige Unterstützung gewöhnen zu können, ein Darlehen von einer Million Mark aufzunehmen, für welche alle Bezirksverbände pro Rata der beschäftigten Arbeiter Bürgschaft übernehmen.

Zur Maifeier wurde vorgeschlagen, jeden feiernden Arbeiter drei Tage lang auszusperrn. Pauli-Potsdam offenbarte sich aufs neue als Scharfmacher. Er schlug vor, der Arbeiter, der den 1. Mai feiere, dürfe solange nicht wieder eingestellt werden, bis die Tarifverträge in sämtlichen Städten abgeschlossen seien. Ein Redner warnte davor, die Situation auf diese Weise noch zu verschärfen und ermahnte, den Dessauer Beschluß, wonach die Aussperrung wegen der Maifeier drei Tage dauern solle, hochzuhalten. Schliesslich wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen: Wenn eine Mehrzahl von Arbeitern in einem Bezirksverbande feiert, soll dem betreffenden Verbande freigestellt sein, über den Dessauer Beschluß hinaus zu gehen. Geschieht das, so erkennt die Generalversammlung die Verletzung des Bezirks zu seiner Maßnahme an.

Damit war die Tagesordnung erledigt und die Scharfmacher begaben sich zum Mittagessen.

Am Donnerstag fand wieder eine Versammlung der Aussperrten in Kellers Saal statt. Stimmung und Haltung der Tausende, die sich Kopf an Kopf in den Saal drängten, ließ erkennen, daß sich trotz des langen und harten Kampfes noch keine Spur von Niedergelassenheit und Nulllosigkeit in den Reihen der Aussperrten und Streikenden bemerkbar macht. — Sturjart erstattete den Situationsbericht. Nach den in voriger Woche gemachten Feststellungen betrug die Zahl der Aussperrten und Streikenden am 30. März in Berlin und den Vororten 5900. Zurzeit tagt in Dresden die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, welche Beschluß fassen soll über die weiteren Kampfsmittel der Unternehmer. Zunächst geht ihre Politik dahin, die Aussperrung auf eine Anzahl von größeren Städten auszuweiten. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist es den Bemühungen der Scharfmacher nicht gelungen, den beabsichtigten Erfolg zu erreichen. In Leipzig ist wohl eine größere Zahl von Arbeitern entlassen, jedoch nicht so viele, wie es nach dem Willen der führenden Unternehmer sein sollten. In Dresden hat die Aussperrung nur ein ganz geringes Maß erreicht, sie wird dort auch keinen erheblichen Umfang annehmen, weil viele Arbeitgeber Verträge mit den Arbeitern geschlossen haben. Aus anderen Städten, die für die Aussperrung anzufragen sind, ist noch nichts bekannt. In Spandau haben bis jetzt nur zwei Betriebe ausgesperrt und in der größten Wautischlerlei des Ortes haben 40 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. In Landsberg hat die Innung den Vertrag am 1. April gesündigt. Daß die Situation eine ernste ist, dessen sind sich die Arbeiter bewußt, aber sie sind deshalb nicht etwa mutlos geworden, sondern haben den Mutes erbracht, daß sie kein Opfer scheuen, um den von den Unternehmern herausbesonnenen Kampf durchzuführen. Beiträge von 1 M. bis 3 M. werden von den Verbandsmitgliedern im ganzen Reiche gezahlt. Nach der Absicht der Scharfmacher sollen im Reiche noch 6000—7000 Holzarbeiter ausgesperrt werden. Ob und wie weit diese Absicht verwirklicht wird, das werden die nächsten Tage zeigen. Was den Kampf in Berlin betrifft, so tun auch die Behörden ihr Möglichstes, um die Absichten der Unternehmer zu unterstützen. In manchen Bezirken geht die Polizei jetzt härter als bisher gegen die Streikposten vor. Auch die Steuerbehörde nimmt keine Rücksicht auf die Lage der Aussperrten. Eingehende und Stundung der Steuer sind abgelehnt worden. Die Unternehmer versuchen jetzt, die Mittel, die sie zur Fortführung des Kampfes brauchen, zusammen zu pumpen. Die Generalversammlung in Dresden hat beschlüssig beschlossen, eine Anleihe von 1 Million aufzunehmen. Eine interne Versammlung, die in Berlin am 27. März in den „Residenzallen“ abgehalten wurde, hat die Aufnahme einer Anleihe von 200 000 M. bei der Stralauer Genossenschaftsbank beschlossen, um den aussperrten Unternehmern Darlehen für die am 1. April fällig gewesene Rente zu gewähren. Es sollen auch den Unternehmern Unterstützungen von 80 Pf. pro Tag für jeden Arbeiter gewährt werden. Wer diese Unterstützung erhält, der muß bei Herrn Kahardt einen Wechsel über die Höhe des erhaltenen Betrages hinterlegen. Nicht der Betreffende die Aussperrung zurück, dann wird ihm der Wechsel zur Zahlung präsentiert. Auf diese Weise werden die kleinen Arbeitgeber oft gegen ihren Willen gezwungen, im Kampfe gegen die Arbeiter zu verharren. Hier und da wird versucht, Arbeiter einzustellen unter der Bedingung, daß sie ein Schriftstück unterschreiben, worin sie erklären, nicht Mitglied des Holzarbeiterverbandes, des Handvereins der Tischler oder des christlichen Verbandes zu sein. Vereinzelt haben Arbeiter dies Schriftstück unterschrieben, im allgemeinen wird die Unterschrift abgelehnt, obwohl manche Unternehmer ihren Arbeitern erklärt haben, sie könnten ruhig unterschreiben, denn was heute unterschrieben werde, brauche ja morgen nicht mehr zu gelten. Ein Unternehmer, der gerade dringende Arbeiten fertig zu stellen hat, sagte zu den Vertretern der Arbeiter, Herr Kahardt habe ihm ausnahmsweise erlaubt, auch ohne Unterschrift Arbeiter einzustellen. Aber der Holzarbeiterverband lehnte es ab, unter solchen Umständen seine Mitglieder in Arbeit zu bringen, da sie nach Fertigstellung der dringenden Arbeiten doch wieder entlassen werden würden. Der Christ-Dunderscher Gewerbeverein geht in seinen arbeits-

Berätlichen Maßnahmen immer weiter. Der Vorstand des Gewerkschafts hat sich erboten, seine Mitglieder aus Werkstätten, die augenblicklich keine eiligen Arbeiten haben, herauszunehmen und sie den Weibern zuzuschicken, die dringende Arbeiten zu liefern haben. Bis jetzt ist die von den Unternehmern in Aussicht gestellte Öffnung der Betriebe noch nicht erfolgt. Wenn es geschieht, wird der Holzarbeiterverband zu dieser veränderten Politik der Unternehmer Stellung nehmen. Gegenwärtig sind die Verbandsmitglieder verpflichtet, die bei der Einstellung verlangte Unterschrift zu verweigern und dafür zu sorgen, daß kein Arbeitswilliger in die Betriebe kommt.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Drahtarbeiter ist den Herren Arbeitgebern sehr unangenehm geworden. Schon dadurch, daß nur 13 Mann gegen den Streik gestimmt hatten, haben die Unternehmer eingesehen, daß ihre Vermutung, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht streiken würden, eine unrichtige ist. Die Stimmung der im Auslande befindlichen Drahtarbeiter ist eine gute, umfomehr, als bis jetzt schon 10 Arbeiter, welche ca. 180 Arbeiter beschäftigten, den neuen Tarif durch Unterschrift anerkannt haben. Diese Tatsache hat auch in den Reihen derjenigen Arbeitgeber, welche eine ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeiter einnehmen, große Verwirrung hervorgerufen. Man scheint jetzt schon kein richtiges Vertrauen mehr zu einander zu haben. Wohl ist es einzelnen Arbeitgebern gelungen, einen oder auch zwei von ihnen jetzt im Auslande befindlichen Arbeitern zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, doch wie gering auch diese Zahl ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß von 250 streikenden Arbeitern, darunter 78 Kollegen, welche wegen ihres hohen Alters ausdrücklich die Erlaubnis zum Arbeiten von der Streikleitung erhalten haben, nur ganze fünf Mann zur Arbeit angetreten sind. Daß auch die Polizei die Unternehmer unterstützt durch Verhaftungen und Arrestierungen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Wenn auch die Berliner Polizeibeamten zurzeit den Streikposten gegenüber sich noch sehr zurückhaltend benehmen, so sind die Gendarmen in Tempelhof, wo sich die Fabrik der Firma Karl Lerm und Gebirder Lubowitzig befindet, ganz rabiat geworden. Ohne ersichtliche Ursache sind schon mehrere Streikposten arretiert worden. Die Beamten erlauben sich Nebenarten wie: "Machen Sie, daß Sie wegkommen", "Sie laufen herum wie ein Hund" usw. Aber trotz dieses Verhaltens der Beamten werden die streikenden Arbeiter nach wie vor ihr gesetzliches Recht ausüben und je erregter die Beamten werden, desto ruhiger verhalten sich die Arbeiter. Die Aussichten für einen Erfolg sind die besten. Obgleich die Arbeitgeber durch Annoncen in bürgerlichen Zeitungen Arbeiter bei dauernder Stellung und hohem Lohn" verlangen, will sich keiner für Arbeitswilligendienste hergeben.

Wir erlauben den Zugang nach Berlin für Drahtarbeiter fernzuhalten. — Die Arbeiterpresse Deutschlands wird um Abdruck gebeten.

Die streikenden Leitergerüstbauer versammelten sich am Donnerstag früh im Englischen Garten. Der Vorsitzende Walter und A. Werner vom Zentralverband erklärten, daß die streikenden Ursache hätten, mit der Lage der Dinge zufrieden zu sein. Der Kampf werde mit großer Einmütigkeit geführt und die Unternehmer scheinen selbst nicht zu glauben, daß sie lange Widerstand leisten können. Immerhin müßten alle Kräfte angespannt werden und besonders Mut und Energie sollten die Vertrauensmänner beim Aufziehen der Streikposten verfahren. Bei der Firma A. I. Mann ist es noch nicht gelungen, die Kollegen zum Anschluß zu bewegen. Herr Altmann bestreitet, daß er den Polizisten, nicht aber den Verhafteten eine Zulage gegeben habe; die Polizei erhielten 75 Pf. Stundenlohn wie bisher. Dem Verbands gegenüber sind die Unternehmer wieder sehr mißtrauisch, weil sie wissen, daß er die Interessen der Arbeiter unantwörtlich vertritt. Einige äußerten sich dahin, daß sie mit dem Verbands nicht verhandeln würden und wenn der Streik einige Wochen dauern sollte, auf "einige Wochen" waren die Arbeiter von Beginn des Streiks an vorbereitet gewesen. Die Streikenden appellierten an die Dachdecker, keinerlei Streikarbeit zu verrichten. Wo Nagelarbeiter entlassen werden, weil sie Streikarbeit verweigern, wird sich natürlich die Organisation der Entlassenen annehmen.

Die Speicherearbeiter streiken.

Die in den Getreidespeichern von Berlin und Umgegend beschäftigten Lohnarbeiter versammelten sich am Mittwochabend im Englischen Garten, um die Antwort der Speicher-Besitzer auf den eingereichten Entwurf zu einem neuen und verbesserten Tarifvertrage entgegenzunehmen. Die Antwort lautete:

Berlin, 2. April 1907.

An den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Im Besitze Ihrer gest. Zuschrift vom 24. März mit Tarifentwurf bin ich von endstehenden Speichern beauftragt, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Außer den wenigen Speichern gibt es hier eine große Anzahl wie Produktionspeicher, Franke Söhne, Brotfabrik, Paul Schur, Solon u. Uner, Lohmühlen, Speicher, Salomo, S. u. B. Wiffinger, Frankfurt Gütereisenbahn, Verlags-Kornhaus — welche dieselben Arbeiten ausführen, ohne die gleichen vereinbarten Löhne zu zahlen wie wir.

Es ist daher ausgeschlossen, daß wir zu einem neuen Tarif irgend eine Stellung nehmen, bevor nicht diese genannten Speicher zur gleichen Leistung wie wir herangezogen werden.

Nachdem Sie sich zu diesem Punkte geäußert resp. diese Firmen herangezogen haben, können wir dann eine Kommission wählen, welche mit ihnen in Verhandlung treten wird.

Zu jeder weiteren Auskunft halte ich mich bereit.

Im Auftrage Meisters, Hamburger, Ebrin, Nordbahn-Speicher, Ostbahn-Personenhalle.

Hochachtung

Georg Broß.

Den Versammelten konnte diese Antwort in keiner Weise genügen. Die angeführten Firmen kommen fast sämtlich, soweit gesperrt gedruckt, nicht in Betracht für die in Wochen- oder Stundenlohn beschäftigten Arbeiter; dort wird unter anderen Verhältnissen und im Abholzlohn gearbeitet; mit der Firma Wiffinger ist erst vom 15. April an zu rechnen; es sind der Firma Salomo wird um bessere Verhältnisse gekämpft. Bei der gerade die unterzeichneten Firmen, um welche es sich für die Arbeiter hauptsächlich handelt. Die Versammelten waren immerhin gewillt, eine weitere Aussprache darüber zu pflegen. Als aber die Nachricht kam, daß der Hamburger Speicher am selben Tage 20 Mann ausgesperrt hätte, sah man darin eine Provokation der Arbeiter, die dazu führte, daß sofort mit allen gegen eine Stimme die Arbeitsniederlegung in allen Getreidespeichern beschlossen wurde. Der eine Mann, der dagegen stimmte, erklärte, sich der Majorität zu fügen, und einmütig handten alle zusammen, als es hieß, daß am Donnerstagmorgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Dieser Beschluß wurde in vollem Umfange ausgeführt. Die Aussperrung im Hamburger Speicher war den Arbeitern ein Zeichen, daß die Unternehmer zum Angriff übergehen, und sie wollten mit der Abwehr nicht länger warten. Von den Affordarbeitern werden die Streikenden natürlich kräftig unterstützt werden und die Möglichkeit besteht, daß die Affordarbeiter sich nötigenfalls den Streikenden anschließen.

Die Streikleitung hat Kunde erhalten, daß auf dem Roßbiter Speicher eine Kolonne von der Schutz-Mühle, Stromstraße, in Arbeit getreten ist, um Röhne auszuladen. Es wird von den organisierten Mühlenarbeitern erwartet, daß sie Kenntnis nehmen von dem ausgebrochenen Streik und keinerlei Streikarbeit verrichten.

In der Salomo-Mühle ist der Kampf sehr erschwert worden, indem zwei Vorarbeiter zu Arbeitswilligen geworden sind und Leute anlernen, die Herr Salomo durch seinen Portier Sanna von außerhalb herbeischaffen ließ. Die 20 Streikenden beschloßen, sich

nach anderer Arbeit umzuschauen; auf keinen Fall aber für 40 Pf. Stundenlohn in der Salomo-Mühle wieder anzufangen. Die Versammlung der Speicherearbeiter im Englischen Garten beschloß, die Sperre über die Salomo-Mühle zu verhängen. Damit ist auch den Affordarbeitern nicht mehr gestattet, für Herrn Salomo Arbeiten zu übernehmen. Daß in den Kreisen, wo Salomos Mehl gebraucht wird, Aufklärung über die Verhältnisse in seiner Mühle geschaffen werde, dafür will man fernherhin sorgen.

Ueber den Stand des Streiks in der Landschaftsgärtnerei ist zu berichten, daß bis Donnerstagmittag 41 Firmen bewilligt und unterschrieben haben, die zusammen 117 Gehülfen und Arbeiter beschäftigen. Darunter befinden sich die Zehlendorf-Wannsee-Gesellschaft, sowie die Heimstätten-Aktiengesellschaft Nicolasee. Im Streik stehen 289 Gehülfen, die lediglich aus den Firmen, welche im Verbands der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner von Berlin und den Vororten organisiert sind, stammen. Unter den Streikenden sind 1/2 Verheiratete und 1/2 Ledige. Die letzteren können sobald als nötig abreisen, was vorläufig noch nicht zu geschehen braucht, da die Frühjahrsarbeiten bei dem schönen Wetter sich so häufen, daß die Streikenden alle gut untergebracht werden können. Die Stimmung der Streikenden ist angesichts des Erfolges in der Heimstätten-Aktiengesellschaft, wo die Organisation bisher fast keinen Boden gewinnen konnte, um mehrere Grad gestiegen. Die Streikposten haben, wie es nicht anders zu erwarten ist, verschiedentlich berichten müssen, daß die heilige Hermandad für die Sicherheit der "Arbeitswilligen" alle Mühe aufwendet. Die Hartnäckigkeit der organisierten Arbeitgeber wird trotz all dieser Maßnahmen nicht den Sieg davontragen, da der Zugang von auswärtig kaum bemerkbar ist und ungelernete Arbeitskräfte die besseren Arbeiten nicht ausführen können.

Achtung, Banklempner!

Der Streik bei Schmidt, Charlottenburg, ist mit Erfolg beendet. — Der Betrieb und die Bauten sind frei. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Schneidersperrung.

Die Scharfmacher unter den Unternehmern im Schneidergewerbe haben in Dresden ihre Absicht nicht voll erreicht. Ein großer Teil der in Betracht kommenden Firmen hat es als selbstverständlich erklärt, daß ihre Gehülfen nicht organisiert seien und daher nicht ausgesperrt. Bis jetzt haben 25 Firmen die Kommandos der Scharfmacher vom Arbeitgeberverband befolgt. Rund 200 Schneider sind ausgesperrt worden, doch wurden von anderen Firmen zurzeit organisierte Schneider nicht eingestellt.

In Jena sind von der Aussperrung bis jetzt 51 Gehülfen betroffen worden; davon sind 34 im Verband und 17 im Gewerbeverein der Schneider organisiert. In Weimar beträgt die Zahl der Aussperrten 72, in Erfurt 100, in Arnstadt 30.

Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Die Kreaturen der Wallin und Genossen pfeifen noch wie vor auf die Gesetze, während für gewöhnliche Sterbliche der bekannte Rechtsgrundsatz gilt: "Unkenntnis der Gesetze schützt vor Strafe nicht". Gar idyllisch sieht es im Wallinschen Justizhauskate mit seinen zehn schwimmenden Gefängnissen aus, die von bewaffneten Angestellten bewacht werden, damit niemand entfliehe. Ab und zu gelingt es trotzdem einem unter schwindelhaften Vorpiegelungen nach Hamburg gelodeten deutschen Arbeitswilligen, die ebenfalls auf den Streikbrecherhotellschiffen logieren, per Boot an Land zu fliehen, so auch dem organisierten Bergmann Duschel aus Rübort, dessen Frau tagelang in den Straßen Hamburgs obdachlos umherirrte und sich die reiblichste Mühe gab, ihren Mann aus der Gefangenschaft zu befreien. Die Polizei, an die sie sich wiederholt hilfesuchend gewandt hat, schickte sie an den "Hafenbetriebsverein, dabei bemerkend, daß niemand gegen seinen Willen gefangen gehalten werde. Sie selbst von der Richtigkeit ihrer Behauptung zu überzeugen, hielt die Polizei für überflüssig. Was würde die Polizeibehörde wohl tun, wenn ihr jemand die Mitteilung machte, auf dem Bureau der Schauerleute werde ein Arbeitswilliger widerrechtlich festgehalten? Würde der Betreffende dieselbe Antwort erhalten, wie Frau Duschel? Die den Wallin-Gefängnissen entflohenen Arbeitswilligen haben ihre Erlebnisse im Hamburger Hafen und ihre Adressen dem Bureau der Schauerleute mitgeteilt; die Polizei und die Staatsanwaltschaft brauchen also nur zuzufassen, falls sie gegen die Wallinschen Gefängnisbeamten wegen Freiheitsberaubung (die mit Gefängnis geahndet werden soll) vorgehen gedenken. Falls in dieser Richtung nichts geschieht, gilt der Satz von der "Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staatwesens" für die Republik Hamburg nicht.

Auf die von uns mitgeteilte Resolution der Versammlung der Schauerleute vom Gründonnerstag hat der Hafenbetriebsverein in der Reederpresse geantwortet, daß die neuen Bedingungen — Tag- und Nachtschicht, 5 Pf. Tagelohn, Sonn- und Feiertags- sowie Nachtarbeit eine Mark pro Stunde — nur für diejenigen Schauerleute gelten sollen, die bereit sind, ein einjähriges Kontraktverhältnis mit der famosen Sklavenordnung einzugehen, während für die anderen Schauerleute nach wie vor die alten Bedingungen mit der 30stündigen Arbeitszeit gelten sollen. Die Herren im Hafen, die es sich schon viele Millionen haben kosten lassen und anscheinend bereit sind, weitere Millionen zu opfern, wollen also nicht die ihnen zum Frieden gebotene Hand ergreifen.

Die Zahl der Arbeitswilligen beträgt etwa 4500; sie hat sich in den letzten acht Tagen weder vermehrt noch vermindert, da Jun- und Abgang sich die Waage halten. Trotz dieser großen Zahl Arbeitswilliger wächst die Zahl der im Hafen liegenden Dampfer und Segler von Tag zu Tag. Am Mittwochabend zählte man in sämtlichen Hafenanlagen 28 große Dampfer und 69 große Segelschiffe, das sind 100 Fahrzeuge mehr als der Durchschnittsstand in normalen Zeiten. Die Arbeit im Hamburger Hafen geht schon ganz gut", meinte vor kurzem ein Reederblatt!

Die Lohnbewegung der Zimmerer und Maurer zu Straßburg wurde in friedlicher Weise beendet. In längeren Verhandlungen wurde an Stelle des am 31. März abgelaufenen Tarifes ein neuer Tarif vereinbart. Nach den neuen Vereinbarungen erhalten die Maurer und Zimmerer bei Hochbauarbeiten vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 für die Stunde 50 Pf., vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 53 Pf., bei Tiefbauarbeiten bis 1908 55 und bis 1909 58 Pf. Die Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden festgesetzt, die am Lohnstage um eine Stunde verkürzt wird. Die Paragraphen des alten Tarifes, die das Rauchen auf der Baustelle verbieten und den Begriff der Maßregelung einengen wollten, wurden beseitigt. Zwischen den Bauhilfsarbeitern und der Baugewerksinnung konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Es handelt sich noch um einen Pfennig, den die Arbeiter im Jahre 1908/09 mehr fordern, als die Unternehmer bewilligen wollen.

Husland.

Schuhmacherstreik und Lohnbewegung in Dänemark.

Die Hand-Schuhmacher Kopenhagens haben am 1. April die Arbeit bei den Weibern, die den vorgelegten Tarifentwurf nicht anerkannt haben, niedergelegt. Der Streik umfaßt ungefähr 300 Mann. 50 Meister, die 70 Gehülfen beschäftigen, hatten am Dienstagabend die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt. Für die Provinzhäute sind Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag geführt worden, haben aber noch keine Einigung gebracht. Die Gültigkeitsdauer des alten Tarifvertrages ist bis zum 13. April verlängert worden, um inzwischen, wenn möglich, auf friedlichem Wege ein Übereinkommen zu erzielen.

Aus der Frauenbewegung.

Kindereleid. Die Frauenkonferenz in Mannheim hat eine Resolution angenommen, die auf die zahlreichen Fälle fürchterlicher Mißhandlung und Verwahrlosung von Kindern durch die eigenen Eltern oder Fürsorger hinweist und den Parteigenossen die energische Bekämpfung solcher Schandthaten zur Pflicht macht. Wo der Parteitag hat sich noch eingehender Begründung dieser Resolution angeschlossen. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das im Gegensatz zu der Ausbeutung von Kindern in Gaoerbe und Landwirtschaft bisher seitens der Arbeiterbewegung noch keine planmäßig Behandlung erfahren hat. Und doch sind die Mißstände, die eukhor zu befeigen gilt, nicht allein sehr zahlreich, sondern auch in ihrer Wirkung für die betroffenen Kinder und die ganze Gesellschaft von verhängnisvoller Wirkung. Und es ist Sache der Arbeiterklasse, die auf allen Gebieten für menschenwürdige Zustände und Schutz der Schutzlosen eintritt, hier mit aller Energie und Ausdauer einzugreifen.

Eine fülle traurigster Tatsachen enthält der kürzlich erschienene Tätigkeitsbericht der Zentralkasse für Jugendfürsorge in Berlin für das Geschäftsjahr 1906/07. Die Zentralkasse wurde in diesem Jahre in 400 Fällen in Anspruch genommen gegen 250 in Vorjahre. Von den Hilfsbedürftigen waren 100 im Alter von 6 Jahren, 243 im schulpflichtigen Alter, 150 im Alter von 14 bis 21 Jahren. In 15 Fällen handelte es sich um noch ungeborene Kinder, in zweien ausnahmsweise um Personen über 21 Jahre.

Unter den ehelichen und vorehelichen, deren Gefährdung oder Verwahrlosung in 205 Fällen zur Anzeige gelangte, war 34 mal Mißhandlung die Veranlassung zum Einschreiten. Häufig ist der Fall, daß ein voreheliches oder in einer gerüttelten Ehe geborenes Kind in einer späteren Ehe der Mutter Gegenstand des Hasses und der grausamsten Behandlung wird. In einem Fall fand die Recherchentin das Kind, ein sechsjähriges Mädchen, mit zusammengebundenen Händen auf zwei harten Stühlen liegen, die ihm auch als Nachtlager dienten. Sie stellte fest, daß die Mutter des Kindes und deren Geliebter es häufig in unbarmergütiger Weise schlugen. Es lag entweder mit gebundenen Händen auf Stühlen oder war mit einem Strick am Ofen befestigt. An die Luft kam es nie. Im Gesicht wie am Körper hatte es lange Striemen und dunkelblaue Flecke. Das Kind, das auch infolge schlechter Ernährung völlig abgemagert war und auch geistig den Eindruck völligen Stumpfums erweckte, wurde nach kurzer erfolgreicher Behandlung im Krankenhaus einem Fürsorgerheim überwiesen, wo es fern von der grausamen Mutter prächtig gedeiht.

Viele Fälle ähnlicher Art findet man fortwährend in den Gerichtsberichten der Tagespresse. Es ist bemerkenswert, daß von 34 Fällen nur 5 in normalen Ehen, 11 in verwitweten Ehen vorkamen, wobei jedesmal der Vater der Täter war. In Stiefkinder 13 Fälle; 9 mal war dabei das mißhandelte Kind vorehelich, die Mutter selbst in 6, der Stiefvater in 3 Fällen der Schuldige. Dreimal handelte es sich um geschiedene, zweimal um getrennte Ehen.

Kindereinführung als die böswillige Mißhandlung, aber in der Wirkung oft nicht minder verderblich sind die Fälle grober Vernachlässigung, deren 7 vorkamen. In einem Falle fand man in dem kleinen Nebenraum einer dunklen Kellerwohnung zwei Kinder, die den Eindruck taubstummer Wüsten mochten. In einem Kindergarten für Taubstumme verbrachte, erwieb das eine der Kinder sich als völlig geistig gesund und fähig zu sprechen. Durch die jahrelange Einsamkeit und den völligen Mangel an Pflege und Erziehung war es im Zustande gänzlicher Unentwickeltheit verblieben. Im Kinderheim des Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausnützung und Mißhandlung blüht das Kind prächtig auf, lernt sprechen und holt nun nach, was die Gefühlslosigkeit der Mutter ihm vorenthalten hat.

Selbst Sittlichkeitsverbrechen (fünfmal) an den Kindern seitens des eigenen Vaters wurden gemeldet.

In 59 Fällen war Väterhaftigkeit der Eltern Grund der Vernachlässigung. So 15 mal Trunksucht. In dem einen Falle waren 3 Kinder trunksüchtiger Eltern verwaist, in einem anderen 6 Kinder von 1—13 Jahren durch die Trunksucht der Mutter, die sie sogar zu Diebstählen anhielt, schwer gefährdet. Auch in acht Fällen von Mißhandlungen war Trunksucht des Vaters Ursache. In 30 Fällen waren die Kinder in Gefahr durch unstilligen Lebenswandel der Eltern. Ferner kamen Arbeitslose, Ehetrennungen und anderes in Frage, während in 50 Fällen kein Verstoß von den Eltern, sondern ungünstige Umstände verschiedener Art vorlagen.

Besonderer Gefahr ausgesetzt sind naturgemäß die unehelichen Kinder, deren 57 die Zentralkasse beschäftigten, wobei es sich in einem Teil der Fälle um keinerlei Verstoß handelte. 24 mal war das Kind bei seiner Mutter oder deren Verwandten gefährdet, 2 mal heranzwachsende Mädchen in ständiger Gefahr in der Familie der Großeltern. In zwei Fällen konnte die Zentralkasse den Lebenslauf minderjähriger Prostituierten zurückverfolgen. "Er entzieht", sagt der Bericht, "ebensoviele Anklagen gegen einzelne Dritte wie gegen die gesamten gesellschaftlichen Zustände."

Die vorstehenden Mitteilungen bilden einen kleinen Auszug aus dem reichen Material, das die Zentralkasse veröffentlicht. Und wer mit diesen Verhältnissen näher vertraut ist, der weiß, daß auch das Arbeitsgebiet der Zentralkasse nur den kleinsten Teil der vielen traurigen Fälle, die fort und fort durch unsere Zustände herbeigeführt werden, zu erfassen vermag. Es ist auch oftmals sehr schwierig, wenn die Mißstände und Gewalttätigkeiten noch nicht bis aufs äußerste getrieben sind, ein behördliches Einschreiten oder sonstige Abhilfe herbeizuführen.

Darum ist es die Aufgabe der Arbeiterorganisationen, auf diese Dinge ihr Augenmerk zu richten. Denn ihnen stehen die geeigneten Mittelkräfte zur Verfügung: Leute, wie die Kontrollleure der Krankenkassen, die Einkassierer der Gewerkschaften und sonstige Vertrauenspersonen mannigfacher Art. Sie können in die Häuser, und haben die beste Gelegenheit, denartige Dinge, die naturgemäß das Licht der Öffentlichkeit scheuen, durch die Mitteilungen der Mißbewohner zu erfahren. Wenn diese Organe die Sorge um die geringtätigen und zu Grunde gehenden Kinder zu einer Nebenaufgabe ihres verantwortlichen Amtes machen wollten, würden sie viel des schlimmsten Kummers und Elends beseitigen können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Offenbacher Gewerbegerichtswahlen.

Offenbach (Main), 4. April. (Privatdepesche des "Vorwärts".) Bei der heutigen Gewerbegerichtswahl erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 4395 Stimmen, die Nationalen 598 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten demnach 18, die Nationalen 2 Sitze. Bei der Arbeitgeberwahl eroberten die freien Arbeitgeber 2 Sitze, die Gegner erhielten 18 Mandate.

Bergarbeiterausstand.

Rons, 4. April. (W. G.) In verschiedenen Gruben des hiesigen Bezirks sind Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnhöhung und bessere Arbeitsteilung.

Nach russischem Muster.

Teheran, 4. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Den letzten Nachrichten aus Bagdad zufolge, ist der Leichnam eines russischen Staatsangehörigen, der vor kurzem ermordet worden war, verbrannt worden. Auch ist eine Frau ermordet worden. Die Armenier, welche nach dem Nord geflohen waren, sind begleitet von einer Sicherheitswache von 35 persischen Kosaken, wieder zurückgeführt. Eine unter dem Vorhange eines Beamten aus Teheran stehende Kommission ist mit der Untersuchung der Tat betraut worden. Die Bevölkerung der Subjeweir drohte, alle anständigen Russen zu ermorden, wenn ein Versuch gemacht werden sollte, die Schuldigen zu bestrafen.

Jammerlöhne.

Sollen wir im Reiche der berühmten Sozialpolitik eine einwandfreie Lohnstatistik, die deutschen Ausstellungenstabellen über Arbeiterversicherung wären längst als Potemkinsche Dörfer erkannt. Dekorationen sollen vorläufigen, was nicht vorhanden ist: eine befriedigende, erträgliche soziale Lage der Arbeiter. Wenn man die Verpflegungssätze für Gefangene oder Militärpersonen in Berücksichtigung zieht, dann muß man ein Jahreseinkommen von 1200 M. und einen Tagesverdienst von 4 M. als die Untergrenze des Existenzminimums bewerten. In der deutschen Industrie gibt es aber noch Millionen Arbeiter, die nicht einmal ein Einkommen von 900 M. erzielen. Eine einigermaßen der Wirklichkeit nachkommende Berechnung ermöglichen die berufsgenossenschaftlichen Nachweise. In diesen wird von den gewerblichen Berufsgenossenschaften neben der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen auch eine auf Grund der geleisteten Tagesarbeiten berechnete Arbeiterzahl angegeben in der Weise, daß für je 300 Arbeitstage ein sogenannter Vollarbeiter eingestellt wird; ferner werden neben den arbeitsfähigen wirklich gezahlte Lohnsummen ausgewiesen. Auf dieser Basis läßt sich die pro Arbeitstag gezahlte Lohnsumme berechnen. Allerdings auf vollständige Korrektheit kann auch diese Berechnung keinen Anspruch erheben, aber die Differenzen können immerhin nur wenige Pfennige betragen. In den wenigsten Fällen ist die Dauer der Tagesarbeiten berücksichtigt worden, so daß Ueberstunden und Schichten in die einfache Tageslohn eingerechnet worden sind.

Da finden wir nun unter den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 27, bei denen die Tagesdurchschnittsverdienste unter 3 M. bleiben. Wir machen darüber folgende Aufstellung:

Table with 4 columns: Berufsgenossenschaften, Zahl der durchschnittl. beschäftigten Arbeiter, Geleistete Arbeitsschichten pro Kopf, Tagesdurchschnittsverdienst M. Rows include various industries like Baugetriebe, Fahrzeugbau, etc.

Für diese Tagelöhne müssen teilweise tägliche Arbeitsschichten von 12 und mehr Stunden geleistet werden! Die ermittelten Sätze geben den Durchschnitt an. In allen Industrien kommt aber ein Teil der Beschäftigten über den Durchschnittssatz hinaus, wodurch sich für die übrigen die Tagelöhne noch ermäßigen.

Bei solchen Löhnen und den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen ist es mehr als kühn, von einer ernstlichen Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse zu reden. Ueber 2 1/2 Millionen gewerblicher Arbeiter erzielen im Durchschnitt Tagelöhne von 1,75 M. bis 2,99 M. So steht es im Lande der berühmten Sozialpolitik aus!

Die russische Revolution.

Budget und Duma.

Petersburg, 4. April. Die Beratung des Budgets wird fortgesetzt. Karachewsky (Soz.) erklärt im Namen seiner Partei, die Rechte der Duma bezüglich des Budgets seien unbedeutend; sie werde das Budget nicht bewilligen. — Stegaly (Pole) spricht hauptsächlich von der allgemeinen Politik der Regierung und sagt, diese sei der Feind des russischen Volkes. Die Polen würden nicht aufhören, gegen die Bureaucratie anzukämpfen, solange ihre Rechte beschränkt seien. Das Budget sei ungenügend für die Polen, die nur ein Budget bewilligen würden, das von einem autonomen polnischen Landtage geprüft sei. Die Regierung müsse jedenfalls vor allen Dingen die lokale Selbstverwaltung verwirklichen, damit die Bevölkerung überall sich über ihre dringendsten Bedürfnisse selbst äußern könne, für welche die Regierung dann Abhilfe schaffen müsse.

Der Finanzminister Kozlowetz weist die Behauptung Stegals zurück und sagt: „Es gibt hier keine Feinde des russischen Volkes, hier gibt es Vertreter des Volkes, die durch den Willen des Monarchen berufen sind, um die Wünsche des Volkes vorzubringen, und hier gibt es Minister, die durch den Willen des Monarchen berufen sind, aufmerksam zuzuhören, was in der Duma vorgeht, um die Wünsche des Volkes in Uebereinstimmung mit dem Gelehe und den Mitteln, welche die Regierung besitzt, zu erfüllen — eine schwere Aufgabe, die der Monarch der Regierung übertragen hat.“ Der Minister erklärt weiter, daß die Ausgaben für Polen viel größer seien als die dorthin fließenden Einnahmen. Das russische Volk sei zu diesen Ausgaben gezwungen, weil Polen nicht nur ein kultiviertes Land sei, wie Stegaly gefagt habe, sondern weil es auch ein Land der Horde und der Revolution sei. Das russische Volk unterhalte in Polen eine Armee, weil Polen eine der äußersten Grenzen des Landes sei. Das russische Volk habe schließlich viel zu der Entwicklung Polens beigetragen; es habe dort z. B. eine große Industrie geschaffen. Was die Autonomie, die Rechte der verschiedenen Völker usw. anbetreffe, so könne man davon in ruhigerer Weise sprechen, sobald die Zeit dafür gekommen sei.

Die Rede des Ministers wurde von der Rechten mit Beifall aufgenommen. Zulkowsky (Pole) erklärt zunächst, die Einnahmen Polens hätten im Jahre 1904 mehr als 120, die Ausgaben 111 Millionen Rubel betragen. Es habe nun im Jahre 1906 ein Defizit von

2 Millionen gegeben, und zwar als Ergebnis der anormalen Lage. Der Redner bespricht dann das Budget im einzelnen, besonders die vom Staate geleiteten wirtschaftlichen Unternehmungen und verlangt schließlich, daß diese Unternehmungen dezentralisiert werden. Als hierauf der Finanzminister nochmals die Tribüne betritt, machen sich auf verschiedenen Plätzen der Linken Anzeichen von Ungebuld bemerkbar. Der Minister spricht sich anerkennend darüber aus, daß Zulkowsky die allgemeine Politik nicht berührt habe, und sagt, er glaube der Duma Aufklärungen über verschiedene von Zulkowsky angeregte Fragen geben zu sollen. Sodann weist er mehrere Behauptungen Zulkowskys, die sich auf Mängel in der Organisation des Alkoholmonopols bezogen, zurück.

Der Sozialdemokrat Alexinsky greift in zweistündiger Rede die Regierung an, der er vorwirft, daß sie nur Vertreterin gewisser reicher und vornehmer Kreise sei. Redner verliest eine große Anzahl von Schriftstücken, um Unregelmäßigkeiten im Budget nachzuweisen, und stellt Vergleiche an zwischen den Worten des Finanzministers im Jahre 1906, der damals gesagt habe, daß die Regierung nur die einfache Vollstreckerin des Volkswillens sei, und den Worten, die derselbe vorgelesen in der Duma gesprochen, als er ausführte, daß die Regierung genügend Mittel besäße, um auch ohne Genehmigung des Budgets durch die Duma Ausgaben zu machen. Der Redner behauptet, die budgetären Rechte der Duma seien nur Scheinbare, in Wahrheit sei die Duma eine vollständige Null. Alexinsky geht dann auf Einzelheiten ein bei verschiedenen Ausgaben, die nur den Interessen der Gruppen der reichen Grundbesitzer, Unternehmer und hohen Beamten dienten. Wenn die Regierung die Duma um ihre Genehmigung bitte, so geschehe es, weil sie das Bedürfnis habe, Gelder vor Ausland, ja vor der ganzen Welt zu beschaffen, und weil sie eine neue Anleihe machen müsse. Redner liest dann aus der englischen Zeitschrift „Economist“ vor, die ausgeführt hat, daß die russische Regierung in Zukunft keine Anleihe ohne die Duma aufnehmen würde und die nach der Auflösung der ersten Duma gesagt hat: die Auflösung wäre ein Treubruch. Bei diesen Worten rufen fünf Mitglieder der Rechten: „Herr Präsident, das ist eine Majestätsbeleidigung! Wir verlassen den Saal.“ Präsident Golowin erwidert, jeder Abgeordnete, der den Saal verlassen wolle, könne das tun, Alexinsky habe aber nur aus einer englischen Zeitschrift vorgelesen und nicht seine eigene Ansicht ausgesprochen! (Beifall in der Mitte und links.) Beim Hinausgehen ruft einer der Abgeordneten, Krupensky: „Der Kaiser läßt die Duma auf!“ Alexinsky fährt in seiner Rede fort und verliest einen Antrag der Sozialdemokraten, welcher darauf hinausgeht, daß die Duma sich weigert, das Budget zu genehmigen und es auch nicht an die Budgetkommission überweist! Das, so fährt der Redner aus, sei das einzige, was die Duma tun könne: sie werde dem Volke sagen, daß sie nichts gegen die Mißbräuche der Bureaucratie auszurichten vermöge. Redner legt Verwahrung ein gegen das Verhalten der Kadetten, welche die Interessen der Demokratie dem Vortreiben, sich mit der Regierung zu verständigen, zum Opfer brächten.

Das Verlassen des Sitzungssaales durch die Rechte hat große Erregung im Saale und in den Wandelgängen hervorgerufen. Unter den Abgeordneten, welche den Saal verließen, befanden sich Graf Bobrinsky, Kurischewitsch, Vizepräsident des Verbandes des russischen Volkes, Graf Stenbol, Fernor, Krupensky und Popoff. Roditschew protestiert gegen die Taktik der Sozialdemokraten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Duma siegreich hervorgehen werde aus dem Kampfe, der Rußland auf den Weg von Recht, Gesetz und Freiheit führen soll. Redner kritisiert das Exposé des Finanzministers, welches ihm nicht aufrichtig zu sein scheint, und schließt mit der Aufforderung an die Regierung, gewissenhaft und ohne trügerische Nebenabsichten mit der Duma zu arbeiten. Der Präsident gibt sodann die Erklärung ab, daß dreißig Abgeordnete gegen sein Verhalten bei der Rede Alexinskys Protest eingelegt hätten, weil nach ihrer Auffassung das vorgelesene Zitat aus dem „Economist“ beleidigend für den Kaiser sei. Die Erklärung der dreißig Abgeordneten wird dem Sitzungsberichte beigelegt werden; die Angelegenheit dürfte damit erledigt sein.

Die Sitzung wurde geschlossen. —

In den acht Sektionen der Budgetkommission der Reichsduma ist kein Mitglied der Linken zum Vorsitzenden gewählt worden; sechs dieser Vorsitzenden sind Kadetten, einer ist ein Gemäßigter, und einer gehört der Rechten an.

Der „Auswurf des russischen Volkes“.

Der „Russischen Korrespondenz“ wird telegraphiert: Petersburg, 4. April. Es wird jetzt bekannt, daß der „Verband des russischen Volkes“ am 13. März durch ganz Rußland ein geheimes Zirkular verbreitet hat, in welchem ausgeführt wird, daß die Duma eine revolutionäre Versammlung sei, die es sich zum Ziel gesetzt habe, den Zaren zu entthronen. — Es sollten daher alle Verbandssitzungen den Kaiser bringend telegraphisch ersuchen, die Duma aufzulösen! Um allen denjenigen, die gegen eine derartige Auflösung protestieren, zu zeigen, daß die Duma nicht das russische Volk, sondern nur ein Auswurf desselben sei, sollen am Tage der Auflösung oder an einem der nachfolgenden Tage in ganz Rußland große patriotische Kundgebungen stattfinden gleich denen nach dem Oktobermanifest, und diese Kundgebungen müßten auch, wie die im Oktober, überall Pogroms hervorgerufen! —

Alles in schönster Ordnung —

Petersburg, 3. April. Die auf den von Stolypin unterzeichneten Antrag der Kadetten gewählte Reichsdumakommission für die Prüfung der Frage der Ernährung der notleidenden Bevölkerung hörte heute die Darlegungen des Vertreters der früher von Gurko geleiteten Abteilung für Lebensmittelzufuhr im Ministerium des Inneren an und kam zu dem Schluß, daß der Mangel an Brotkorn in den von der Hungersnot betroffenen Provinzen als völlig beseitigt zu betrachten sei. Der Munizipalrat von Petersburg hat beschlossen, an Stolypin eine Adresse zu schicken, in der dem Ministerpräsidenten Anerkennung für seine männlichen, energischen Reden in der Duma ausgesprochen wird. —

Der Bodenmangel in Rußland.

Das „Zentrale statistische Komitee“ hat vor wenigen Tagen eine „Statistik des Grundbesitzes im Jahre 1905“ veröffentlicht, welche einigen Aufschluß gibt über den Bodenmangel der Bauern und über die Mittel, die der Regierung zur Abhilfe zur Verfügung stehen. Im Jahre 1905 befanden sich im Besitze des Fiskus, der Apanagenverwaltung und verschiedener Institutionen insgesamt 155 006 829 Desjatinen. Davon entfielen: Auf den Fiskus . . . 188 212 003 Desjatinen „ Apanagenverwaltung . . . 7 929 098 „ „ Kirchen . . . 1 840 823 „ „ Klöster . . . 776 655 „ „ Städte . . . 2 131 050 „ „ verschiedene Institute . . . 4 115 910 „

1) Ein Desjatina = 1,08 Hektar.

In Privatbesitz befanden sich 101 700 325 Desjatinen; davon entfielen: auf Geseßschaften und Genossenschaften . . . 15 758 001 Desjat. auf Einzelpersonen: bis 20 Desjatinen . . . 8 207 486 „ von 20—50 Desjatinen . . . 3 294 433 „ über 50 Desjatinen . . . 79 440 405 „

Die Zahl dieser letzteren Desjatiner beträgt 138 898, so daß die durchschnittliche Größe sich auf 594 Desjatinen stellt.

In bäuerlichem Gemeindebesitz befanden sich 138 767 587 Desjat., verteilt auf 12 277 355 Höfe; auf den Hof entfallen somit im Durchschnitt 11,33 Desjatinen. Jedoch weicht die tatsächliche Verteilung des Besitzes erheblich von diesem Durchschnitt ab. Wenn wir die Bauernhöfe nach der Größe ihres Grundbesitzes in Kategorien teilen, so bietet sich folgendes Bild:

Table with 2 columns: Desjatinen, Anzahl Höfe. Rows: Bis 5 Desjatinen, Von 5-8 Desjatinen, 8-20, 20-50, Ueber 50 Desjatinen.

Die Hälfte aller Bauern leidet demnach an akutem Bodenmangel. Ganz besonders groß ist er aber in den zentralen und in den südwestlichen Gouvernements, wo der Prozentfuß Bodenarmer Bauern stellenweise die erschreckende Höhe von 83 Prozent erreicht! Die 13 1/2 Millionen Desjat., die sich im bäuerlichen Privatbesitz befinden, können das Mißverhältnis der Zahl bodenarmer und bodenreicher Bauern kaum zugunsten der ersteren verschieben, da erfahrungsgemäß nur die reicheren Bauern Boden zum Privateigentum erwerben. Andererseits sind aber die völlig landlosen Bauern, d. h. die Proletarier, sowie auch die bäuerlichen Pächter nicht in die Fählung aufgenommen, sodas das Gesamtergebnis in Wirklichkeit noch ungünstiger ausfällt.

Wenn wir acht Desjatinen als normalen Grundbesitz annehmen — was eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen ist, da dies in Gegenden mit minder fruchtbarem Boden als durchaus ungenügend bezeichnet werden muß — so ergibt sich ein Bedarf von 18 655 125 Desjatinen, um dem Bodenmangel derjenigen Bauern, deren Grundbesitz selbst dieses bescheidene Maß nicht erreicht, abzuhelfen. Wieviel will denn nun die Regierung, die sich selbst mit der Fürsorge für die Bauern brüht, an die bodenarme Bevölkerung verteilen? Laut der letzten Erklärung Stolypins in der Duma — ganze 11 Millionen Desjatinen aus den Fiskus- und Apanagenländereien, also etwa halb soviel, als nach den bescheidensten Berechnungen notwendig ist. Das „Zentr. statist. Komitee“ kommt zwar zu dem Ergebnis, daß die Regierung zum Zwecke der Bodenverteilung über einen Fonds von mehr als 28 Millionen Desjatinen verfügt, aber bei näherer Betrachtung finden wir, daß von diesen 28 Millionen Desjatinen 16 Millionen nur auf dem Papier stehen: sie entfallen auf die Wälder der Nord- und Uralgouvernements sowie auf das unfruchtbare Steppengebiet der unteren Wolga, die zum Ackerbau nicht weniger als geeignet sind. Dagegen finden wir, daß der vorhandene Bodenfonds der Regierung in 28 Gouvernements (darunter fast alle des Schwarzerebgebietes, ferner alle diejenigen des Moskauer zentralen Industriegebietes) gegenüber dem Bodenmangel der Bauern ein Plus von 12 1/2 Millionen Desjatinen aufweist! Diese Tatsache, die der Regierung gewiß ebenso bekannt ist, wie jedem, der sich nur einigermaßen für die Agrarverhältnisse Rußlands interessiert, zeigt am besten, welchen Wert die Bauernverpflichtung der Regierung hat; denn solange sie daran festhält, nur Fiskus- und Apanagenländereien zur Verteilung gelangen zu lassen, kann von einer ersten Abhilfe gegen den Bodenmangel keine Rede sein. Wer den berechtigten Forderungen der Bauern nach Boden sättigen will, der muß sich am „heiligen Privateigentum“ der Herren Gutbesitzer vergreifen. Das beweisen auch die neuesten Aufstellungen des „Zentr. stat. Komitees“ mit dankenswerter, wenn auch unbedachtigster Klarheit.

Aus der Partei.

Bezirkepartei der oberheinischen Sozialdemokratie.

Die Parteigenossen der oberen Rheinprovinz, eines 17 Reichstagswahlkreise- und des Fürstentum Birkenfeld umfassenden Agitationsbezirks, hielten an den beiden Ostertagen in Koblenz ihren jährlichen Parteitag ab. Es waren 42 Delegierte, darunter zwei Genossinnen und eine Anzahl Kreisvertrauensleute sowie das Agitationskomitee, das in Köln seinen Sitz hat, erschienen. In seiner Eröffnungssprache wies Genosse Krieger (Köln) darauf hin, daß sich im Agitationsbezirk der oberen Rheinprovinz die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Laufe von zehn Jahren verdoppelt hat. Bei der letzten Reichstagswahl habe die Partei im Bezirke durchaus nicht schlecht abgeschnitten. Was der Reichstagsverband diesmal im gesamten Reiche geleistet hat, sei für den katholischen Westen nichts Neues gewesen; denn diese Kampfweise der Lüge und Verleumdung kenne man hier schon von seiten des Zentrums seit vielen Jahren. Die Produkte der Keritales Lügenfabrik in München-Grabbach ständen den Erzeugnissen des Reichstagsverbandes nicht nach.

Der Parteisekretär des Agitationsbezirks, Genosse A. Hofrichter, befahte sich in seinem Tätigkeitsbericht ebenfalls mit der Eigenart der Agitationsverhältnisse im katholischen Rheinlande: Die Zahl der politisch Organisierten habe wiederum erfreuliche Fortschritte gemacht. Sprunghafte Fortschritte gebe es allerdings in dem schwierig zu bearbeitenden Bezirk nicht; aber ein stetes, unaufhaltsames Wachsen der Bewegung sei zu verzeichnen. Die Zahl der politisch Organisierten liegt bei 3200 im Jahre 1904 auf 4500 im Jahre 1905 und 8750 im Jahre 1906, hat sich also in drei Jahren mehr als verdoppelt. Wenn man damit aber die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen und diejenige der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung Organisierten vergleicht, die sich im ersteren Falle auf 60 000, bei den letzteren auf 30 000 beläuft, so erkenne man, welche ungeheure Arbeit noch zu leisten sei; denn alle jene gehörten doch im Innern mehr oder weniger zu uns. Das Zentrum habe eine geradezu mustergültige Organisation, und seine Hauptstärke liege bekanntlich in der Rheinprovinz. Allein der Regierungsbezirk Köln verzeichne 22 000 Mitglieder des Volksvereins für das katholische Deutschland, der Regierungsbezirk Koblenz 14 000. Die sozialdemokratische Partei aber weist in dem letzteren Regierungsbezirk nur 91 politisch Organisierte auf bei 2000 sozialdemokratischen Wählerstimmen. Genosse Hofrichter betonte dann die Notwendigkeit der Jugendorganisation; das Zentrum wende der Organisation der Jugend gegen früher eine viel größere Aufmerksamkeit zu und suche die Kinder schon gleich von der Schule her in den Zentrumsband zu ziehen. Bezüglich der vom Lande in die Stadt abwandernden katholischen Jugend bestche ein förmlicher Heberweisdienst zwischen den ländlichen und den städtischen Pfarreern, um die jungen Leute keinen Augenblick aus den Augen zu lassen.

Die Einnahmen betragen im Agitationsbezirk an Parteibeiträgen 23 877,50 Mark gegen 15 348 bezw. 11 644 Mark in den beiden Vorjahren. Die Einnahme der Kasse des Agitationskomitees, die sich auf 9074,05 Mark belief, hat sich seit 1898 verzehnfacht. In Agitationschriften wurden im Berichtsjahre verteilt: 150 000 Broschüren, Zentrum und Wahlrecht, 20 000 „Zentrum und Arbeiter“, 80 000 Agitationskalender — weitere 300 in polnischer Sprache, 6000 Broschüren verschiedener Art und

400 000 Flugblätter. Die mündliche Agitation durch Versammlungen wird außerordentlich erschwert durch den Lokalmangel, verursacht durch Herkule und behördliche Saalabreibungen. Das Zentrum spielt sich als Hüter und Schützer der Volksrechte auf und fordert für sich Toleranz und immer wieder Toleranz. Es selber aber arbeitet in solchen Orten und Gegenden, wo es noch uneingeschränkt herrscht, gegen die sozialdemokratische Agitation mit den brutalsten und gemeinsten Mitteln. Daß alle Schwierigkeiten den Vorwärt der Sozialdemokratie nicht aufhalten, zeigen die angeführten Zahlen und Tatsachen.

In der sich an die Berichte des Agitationskomitees anschließenden ausgiebigen Diskussion wurden zahlreiche Anregungen und Wünsche laut, die auf die künftige Agitation fruchtbar einwirken werden. Eine Anzahl Anträge, die sich auf die Werbearbeit beziehen, wurden dem Agitationskomitee zur Berücksichtigung überwiesen. Es wurde von den Diskussionsrednern wiederholt die Wichtigkeit der Meinungsäußerung betont, und vielfach wurde die Teilnahme an der gewerkschaftlichen Organisierung gegenüber der politischen Arbeiterbewegung befragt. Ferner wurde gefordert, angeht die Lügen der Gegner erneut durch Schriften und Versammlungen Aufklärung über die wirkliche Stellung der Sozialdemokratie zur Religion zu schaffen. Es wurde ein dahingehender Beschluß gefaßt.

Über den internationalen Kongress 1907 in Stuttgart referierte Meerfeld (Köln). Der Parteitag beschloß, zwei Delegierte zu entsenden und wählte als solche die Genossen Hofrichter und Meerfeld. — Dann folgte ein sehr instruktiver Vortrag des Genossen B. Müller (Köln) über die für die Agitation und Organisation wichtigsten geschichtlichen Bestimmungen. Hieran schloß sich ein Vortrag des Genossen Hofrichter über die jüngsten Reichstagswahlen. Der Vortrag sowohl als auch die daran anschließende Diskussion zeigten, daß die Parteigenossen gar nicht daran denken, sich „niedergeritten“ zu fühlen. Niemand nahm den Wahlausgang traurig; wohl aber war jeder Redner bestrebt, die nötigen Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen. Insbesondere wurde die Notwendigkeit betont, systematisch daran zu gehen, die für die Sozialdemokratie bei den Wahlen gewonnenen Anhänger zu überzeugen und zielbaren Parteigenossen zu erzielen.

Als Ort, wo das künftige Agitationskomitee seinen Sitz hat, wurde wiederum Köln, als Ort des nächstjährigen Provinzialparteitages Oberstein (Fürstentum Viersenfeld) bestimmt. — Der Leiter, Genosse Hanraath (Aachen), schloß den Parteitag mit einem Rückblick auf die gediegenen, von brüderlichem Geiste getragenen und zu besten Hoffnungen berechtigenden Verhandlungen.

Vorbereitungen zur Reise.

Die Rürnberger Jahrestelle des Verbandes der Bauhelfsarbeiter beschloß, den Weltfeiertag durch vollständige Arbeitsruhe zu begehen. Wer gezwungen ist zu arbeiten, wurde verpflichtet, 1,50 M. in die Lokalkasse zu bezahlen. Die Jahrestelle hat seit Beendigung der Bewegung in 14 Tagen über 600 Neuaufnahmen gemacht und zählt jetzt mehr als 1400 Mitglieder.

Vom Fortschritt der Presse.

Die „Altenburger Volkszeitung“ ist am 1. April in den Besitz einer aus vier Personen bestehenden Gesellschaft m. b. H. übergegangen. Die Firma heißt: „Altenburger Volkszeitung“, Striße u. Co. In das Eigentum der Gesellschaft ist auch das in der Frauenfeldstraße gelegene Haus Nr. 4 übergegangen. Damit ist die „Altenburger Volkszeitung“ in den Besitz eines eigenen Geländes gelangt, das infolge des sich stetig erweiternden Geschäftsbetriebs sich als unumgänglich notwendig erwies. Schon längst waren die bisher gemieteten Räume unzulänglich, und schon lange hatte man sich mit dem Gedanken der Erwerbung eines eigenen Heimats getraut.

Sozialistische Kinder-Sonntagschulen. In England haben die Kinder-Sonntagschulen der Partei sich als sehr gutes Agitationsmittel erwiesen. Der erste Mai soll diesmal in London auch von den Kindern festlich begangen werden. Man wird sie nach dem Hyde Park führen und dort spielen lassen. Die Mittel dazu sollen durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden.

In Glasgovo bestehen heute schon 13 sozialistische Schulen, die darauf ausgehen, eigene Liederbücher und eigene, von freiem Geist erfüllte Schulbücher einzuführen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wahrung berechtigter Interessen hat das Amtsgericht München I der „Münchener Post“ beim dem Genossen Gruber als verantwortlichen Redakteur zugestimmt in einem Beschluß, der die Zulassung der Privatklage einer Tiefbaufirma gegen die „Münchener Post“ ablehnt. Die „Münchener Post“ hatte vor Bezug genannt und die Arbeitsbedingungen der Firma kritisiert. Das Gericht erklärte:

„Den von den Privatklägern angestellten Arbeitern kann unter keinen Umständen das Recht abgesprochen werden, eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Keinerwegen, die zu diesem Zwecke gemacht werden, dienen zur Wahrung berechtigter Interessen und sind darum nicht strafbar, wenn aus ihrer Form oder aus den Umständen, unter denen sie gemacht werden, das Vorhandensein einer Beleidigung sich ergibt. (R.-L.-G. B. § 193.) Der Beschuldigte befindet sich in der gleichen Rechtslage. Er ist Redakteur eines Blattes, das sich die Vertretung der Interessen der Arbeiter zur besonderen Aufgabe gemacht hat. Unter diesen Umständen sind seine Äußerungen, die diesem Zwecke dienen, ebenso zu würdigen, als wären sie von den unmittelbaren Beteiligten selbst gemacht, und stehen in der gleichen Weise unter dem Schutz des § 193 des Reichsstrafgesetzbuches. Das Vorhandensein einer Beleidigung läßt sich im vorliegenden Falle weder aus der Form der Äußerung noch aus ihrem Zusammenhang entnehmen. Die Äußerung ist sachlich gehalten, der Zusammenhang läßt eine beleidigende Absicht nicht erkennen, es liegt auch kein Nachweis dafür vor, daß die darin enthaltenen Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt sind. Sie sind somit nicht strafbar zu erachten.“

Es kommt leider recht selten vor, daß von deutschen Gerichten solche vernünftige Entscheidungen ergehen.

Eine unbefugte Rede. Der Genosse W. Schulz aus Frankfurt a. O. legte am 24. Februar d. J. bei der Beerdigung seines Kollegen Wilhelm Droge in Amerdorf einen Kranz auf dem Grabe des Verstorbenen nieder, indem er dabei sagte: „Im Namen Deiner Organisation lege ich hier diesen Kranz nieder!“ Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erhielt er am 17. März cr. einen amtsrichterlichen Strafbefehl über 6 M. Geldstrafe oder 2 Tage Haft gestellt, weil er unbefugt am Grabe eine Rede gehalten habe!

Straffreiheit

für Wahl- und Urkundenfälscher?

In Nr. 28 unseres Blattes hatten wir von einem besonders flagranten, aber auch typischen Fall von schamloser Verletzung des Wahlgeheimnisses aus dem Kreise Landsberg-Soldin berichtet. Die Wahlkouriers wurden in einem Dorfe unter Mißachtung des Gesetzes nach der Reihe in einem „Arne“ benannten Kasten aufeinander aufgeschichtet. Dann wurde die „Arne“ umgestülpt und sein Inhalt in umgekehrter Reihe als die Stimmzettel abgegeben waren, die Stimmzettel vom Wahlvorsitzer zur Verlesung gebracht. Ein Untergebener des Wahlvorsitzers führte eine Rede, notierte erst der Reihe nach die Wähler, die die Stimmen abgaben, und setzte während der Verlesung der Stimmzettel den einzelnen Namen hinzu, wen der einzelne gewählt hatte. Diese dreifache Ver-

wandlung der geheimen Wahl in eine öffentliche wurde von einem Genossen entdeckt. Der Tatbestand wurde neben anderen Wahlbeeinträchtigungen zum Gegenstand eines Wahlprotestes gemacht und diesem Wahlprotest die Liste beigefügt. Außerdem machte der Entdecker dieser Wahl- und Urkundenfälschung, Schuhmachermeister Hermann Behrend in Gladow i. M. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Von dieser erhielt er dieser Tage folgende Antwort:

Auf Ihre Anzeige vom 7. d. M. wegen Verletzung des Wahlgeheimnisses einzuschreiten bin ich nicht in der Lage, da darin eine nach den Strafgesetzen zu ahndende Handlung nicht liegt. Ich muß es Ihnen überlassen, sich wegen etwaiger Anfechtung der Wahl an die zuständige Stelle zu wenden.

Rame unleserlich.

Diese verblüffende Antwort der Staatsanwaltschaft ist nur durch die Annahme erklärlich, der Anzeigende habe den Tatbestand nicht völlig geschildert oder der Staatsanwalt habe die Darstellung falsch aufgefaßt. Liegt der Tatbestand so, wie wir ihn hier wiederholt geschildert haben, so liegt eine ebenso niederträchtige wie strafbare Handlung vor, die der Staatsanwalt von Amtswegen zu verfolgen verpflichtet ist. Nach der Verfassung (Artikel 20) geht der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Das Wahlgesetz und das Wahlreglement betonen nochmals diesen Grundsatz. Das Wahlreglement hat zur Sicherung des Wahlgeheimnisses die Wahlurkunde und die Isolierräume eingeführt. Es ist ausdrücklich vorgeschrieben (§ 11 des Wahlreglements), daß Vorsorge dafür zu treffen ist, daß der Wähler unbeobachtet seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag. In dem Protokoll ist zu beurkunden, daß der Wähler „seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag steckte.“ Ein Beamter, der in striktem Gegensatz hierzu, zwar wie vorgeschrieben, protokolliert, in der Tat Vorkehrungen trifft, durch die sich ermitteln läßt, wie der Wähler gestimmt hat, macht sich einer mit Zuchthausstrafe bedrohten Wahlfälschung und Urkundenfälschung schuldig. Schon die Aufeinandererschichtung der Kouriers und das Abheben derselben in der geschilderten Weise ist eine solche strafbare Handlung. In dem Fall, dessen Straffälligkeit der Staatsanwalt nach dem oben abgedruckten Bescheid verneint zu haben scheint, tritt noch das komplottmäßige Zusammenarbeiten des Nebenlistenführers mit den Leuten des Wahlvorstandes hinzu. Es muß verlangt werden, daß die beschriebenen Verbrechen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Hoffentlich legt der Antragsteller event. bis zur letzten Instanz Beschwerde ein, denn unsere Rechtszustände können noch nicht so weit gesunken sein, daß Verbrechen und Vergehen wie die in Rußland von der Gallenkenschaft der schwarzen Hundert begangenen Frevel strafflos bleiben, weil sie gegen Volksrechte ausgeübt sind. Die Kassation der Wahl allein reicht nicht aus, um den schamlosen, insbesondere auf dem platten Lande vorgenommenen Wahlfälschungen ähnlicher Art für die Zukunft einen Riegel vorzuschieben.

Der Verbandstag der Portefeuller.

Am fünften und letzten Verhandlungstage wurde zunächst die Debatte über den Abschluß „Zahlstellen“ des Statuts fortgesetzt. Sie führte dazu, daß gegen 2 Stimmen ein Antrag von Heller-Offenbach angenommen wurde, wonach die Gehälter der Lokalkassanten und die Unterhaltungskosten der Büroräume der Zahlstellen aus der Zentralkasse bestritten werden. Ferner wurde gegen vier Stimmen beschlossen, daß die Zahlstellen 10 Prozent der Verbandsbeiträge — statt bisher 15 Prozent — am Ort behalten sollen. Die Summen, die infolge dieses Beschlusses den Zahlstellen verbleiben, werden sich kaum verringern, da die Herabsetzung des Prozentsatzes durch die beschlossene Beitragserhöhung ausgeglichen wird.

Der Abschnitt über den Verbandstag bleibt im allgemeinen wie im alten Statut bestehen. Der Verbandstag findet alle drei Jahre während der Osterwoche statt. In außerordentlich dringenden Fällen können Verbandsvorstand und Ausschuss auch in der Zwischenzeit einen Verbandstag einberufen. Unter den Angelegenheiten, die der Verbandstag zu erledigen hat, wurde neu aufgeführt, daß er den Ort, wo der nächste ordentliche Verbandstag stattfinden soll, festzusetzen hat. Außerdem wurde statt: „Je 150 Mitglieder haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden.“ gefaßt: „Je 200 Mitglieder.“

In dem Abschnitt „Abstimmung“ wurden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen. Die grundlegenden Bestimmungen lauten:

„Abstimmungen werden anberaumt: 1. Vom Verbandstag in Fällen, wo das Urteil der gesamten Mitgliedschaft von Wichtigkeit erscheint. 2. Vom Verbandsvorstand und Ausschuss zur Erledigung dringender Fragen, die den Verband in seiner Gesamtheit betreffen, die Anberaumung eines Verbandstages aber nicht tunlich erscheint. Bei allen Abstimmungen entscheidet die absolute Majorität, jedoch bleibt es dem Verbandstag vorbehalten, in besonderen Fällen ein anderes Abstimmungsverhältnis festzusetzen.“

Die Abschnitte „Verfassungstatut“ und „Presse“ bleiben bestehen wie im alten Statut. Ein Antrag, die Preiskommission abzuschaffen, wurde abgelehnt.

Die Schlußbestimmungen des Statuts nahm der Verbandstag in der vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Fassung an. Sie sind gegenüber dem alten Statut in einzelnen Punkten ergänzt und verbessert.

Darauf wurde das

Streitreglement

zur Beratung gestellt. Der Entwurf, den der Verbandsvorstand ausgearbeitet hat, wurde ohne längere Debatte angenommen. Die Streitunterstützung wird erhöht und zwar für weibliche Mitglieder von 6 auf 7 Mark, für männliche ledige Mitglieder von 9 auf 12 Mark und für männliche verheiratete Mitglieder von 12 auf 15 Mark. Für jedes Kind wird außerdem 1 Mark pro Woche gezahlt. Im übrigen sind die Bestimmungen des Streitreglements inhaltlich dieselben wie im alten Statut, doch sind sie genauer und übersichtlicher abgefaßt.

Am Wahlreglement nahm der Verbandstag keinerlei Änderungen vor.

Damit war die Statutenberatung beendet. Das neue Statut wurde dann auch im ganzen vom Verbandstag angenommen. Die erhöhten Beiträge sollen vom 1. Juli 1907 ab gezahlt werden; die erhöhten Unterstützungsätze treten am 1. Oktober 1907 in Kraft.

Unter „Allgemeinen Anträgen“ wurden Beschlüsse von größerer Bedeutung nicht gefaßt. Ein Antrag, mit Rücksicht auf die starke Ausbreitung der Augenüberläufe „Die sanitären Zustände in den Fabriken und Werkstätten der Portefeulleindustrie“ auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen, wurde dem Verbandsvorstand überwiesen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung: Wahlen wurde zunächst darüber beraten, ob ein zweiter Verbandsvorstand dauernd angefaßt werden soll. Der Verbandstag beschloß, vorläufig von der Anstellung eines zweiten Beamten abzusehen; sollte sich jedoch während der Tarifbewegung die Anstellung notwendig machen, so ist die Stellung auszufüllen. Dann wurden die Gehälter festgesetzt und zwar für den Geschäftsführer (Verbandsvorstand) auf 2400 M., steigend nach dem ersten Jahr um 100 M., dann um 50 M. jährlich bis zum Höchstgehalt von 3000 M.; für den eventuell anzustellenden zweiten Verbandsbeamten und für die Lokalkassanten auf 1800 M., steigend

jährlich um 100 M. bis zum Gehalt von 2100 M., dann um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M. Die Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse werden ganz, die zur Unterstützungsvereinigung zur Hälfte von der Verbandskasse gezahlt.

Das Amt des Verbandsvorsitzenden und Redakteurs soll auch fernerhin von einer Person verwaltet werden. Der Sitz des Verbandes ist nach wie vor Offenbach a. M. Als Verbandsvorsitzender und Redakteur wurde Hermann Weinschild einstimmig wiedergewählt.

Als Verbandskassierer wurde Johann Buch gewählt. Der Sitz des Verbandsausschusses bleibt in Berlin. Als Ausschussvorsitzender wurde Hermann Wolf gewählt. — Dem bis zu diesem Verbandstage provisorisch angestellt gewesene Kassierer Eißig, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, soll das Gehalt für die kommenden 14 Tage weiter bezahlt werden. Ein Antrag, dem Holzarbeiter-Verbande als Sympathiebewegung für den Kampf gegen die Annahmen der Unternehmer 1000 Mark zu geben, wurde dem Verbandsvorstande zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem der Verbandsvorsitzende Weinschild erklärt hatte, daß der Verbandsvorstand sich bereits mit dieser Frage befaßt hat und eventuell über diese Summe hinausgehen will. Jemand ein Gesuch seitens der Holzarbeiter liegt übrigens nicht vor.

Im übrigen wurden beim letzten Punkt der Tagesordnung: „Anträge und Beschlüsse“, Beschlüsse von allgemeinem Interesse nicht gefaßt. Als Ort für die Abhaltung des nächsten ordentlichen Verbandstages wurde Offenbach gewählt. Damit waren die Arbeiten des zweiten Verbandstages der Portefeulleindustrie erledigt. In feierlichen und anfeuernden Worten sprach der Verbandsvorsitzende Weinschild seine Genehmigung über den guten Verlauf und die fruchtbarbare Tätigkeit des Verbandstages aus und forderte zu weiterer unermüdbarer Arbeit für den Verband wie für die Ziele der Arbeiterbewegung auf.

Nachmittags 4 Uhr wurde der Verbandstag mit Hochrufen auf die Organisation und die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

6. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede.

Breslau, 3. April 1907.

In Breslau tagt zurzeit die sechste Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede. Neben einer Reihe für den Verband selbst wichtiger Fragen steht die für weitere Kreise wichtige Frage des Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiterverband auf der Tagesordnung.

Dienstag, abends 8 Uhr, fand im „Kühlen Strand der Ober“ die Begrüßungsversammlung statt. Als Vertreter des Hauptvorstandes sind Friedrich Bischof und Emil Lindner-Hamburg, als Vertreter des Ausschusses Wilhelm Christensen-Kiel anwesend.

Eingeleitet wurde die Versammlung durch einen Gefängnisvortrag des Männergesangsvereins „Niederhori“, der auch im weiteren Verlaufe des Abends noch mehrere Lieder zu Gehör brachte. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Friedrich Bischof-Hamburg, eröffnete hierauf die Sitzung mit einer kurzen Begrüßungsansprache.

Hierauf ergriff der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau, Albert Sperling, das Wort. Er begrüßte die Kollegen, die zum Teil wohl Bedenken getragen haben mochten, ob sie hier nach dem Osten, nach der russischen Grenze, zu kommen vermochten nach alledem, was die Presse im vorigen Jahre aus Breslau hinausgetragen hatte. In ihrer freien Zeit würden sie sich wohl aber davon überzeugen können, daß es in Breslau besser ist als sie sich gedacht haben. Die Kupferschmiede haben sich hier bereits in den achtziger Jahren, noch unter dem Sozialisteneigenschaft, zusammengefunden, aber nur unter großen Mühen und Opfern konnte die Organisation fest zu Fuß fassen. Sie hatte Kämpfe mit der damals noch existierenden Bruderschaft und vor allen Dingen auch solche mit der Polizei zu bestehen. Der Gründer und erstmalige Vorsitzende der Filiale, Köpcke, ist noch bis zum heutigen Tage Mitglied. In den neunziger Jahren wurde die Bruderschaft aufgelöst und ihre Mitglieder traten zum Verband über, mit Ausnahme der in den königlichen Werkstätten beschäftigten Kollegen. Unter lebhaften Beifallsstundgebungen erörterte Redner hierauf die Entwicklung der politischen Arbeiterorganisation in Breslau. Diese Entwicklung ist zum guten Teile denen zu verdanken, die glaubten, durch ein möglichst scharfes Vorgehen die Bewegung zu sprengen. An der Metallarbeiterausperrung im vorigen Jahre, die die Polizeischlacht am Striegarer Platz, die Verwundung unzähliger Personen und die Handhaberei mit sich brachte, waren 30 Kupferschmiede beteiligt. Die Ausperrung traf Familienväter, die oft mehr als 30 Jahre in einem Betriebe gearbeitet hatten, als ein besonders schwerer Schlag. Von ihrer Organisation aber ließen sie sich nicht abdrängen. Die Einführung eines Tarifes hat den Breslauer Kupferschmieden eine kleine Lohnerhöhung gebracht. Redner verweist sodann auf die freundliche Begrüßung, die die „Volksmacht“ der Generalversammlung gewidmet hat. Im allgemeinen ist in Breslau Arbeit zu leisten. Hier erhalten die zurückgebliebenen Elemente die erste Schulung, in anderen Städten lernt man sie bereits als bessere Kräfte kennen. Zum Schluß wünscht Redner, daß die Versammlung ihre Arbeiten zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigen möge.

Zu Vorsitzenden wurden darauf Bischof-Hamburg und Saupe-Wagdeburg, zu Schriftführern Rabe-Dresden und Segel-Dortmund, sowie zur Führung der Rednerliste Garmehr-Rürnberg und Christensen-Kiel bestimmt.

Hierauf gelangten eine Reihe von Formalien, Festsetzung der Geschäftsordnung, Wahl verschiedener Kommissionen usw. zur Erledigung. Beschlossen wurde dabei, das Referat über die Frage des Anschlusses an den Metallarbeiterverband an Scholz-Hamburg und das Korreferat an Hecht-Berlin zu übertragen.

Erster Verhandlungstag.

Begrüßungsschreiben sind eingegangen von Sumatra, sowie aus Aehl (Stahburg), Brandenburg, Kofka, Danzig und Halle (Saale).

Den Verhandlungen wohnte der Vorsitzende des dänischen Verbandes der Kupferschmiede, J. Christensen-Kopenhagen, bei, der vom Vorsitzenden der Versammlung mit warmen Worten begrüßt wird.

Der

Bericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor. Bischof-Hamburg gibt dazu noch einige ergänzende Erläuterungen. Die vorige Generalversammlung fand am Ende einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges statt. Die ungünstige Konjunktur hatte auf die Verhältnisse in der Organisation außerst ungünstig eingewirkt. Das Vermögen betrug nur noch etwa 16 000 Mark, das sich auf die verschiedenen Filialen verteilte. So hat sich der Vorstand veranlaßt gesehen, eine Anleihe in Höhe von zehntausend Mark aufzunehmen. Die Hamburger Generalversammlung führte darauflin eine stufenweise Regelung des Unterstützungswesens ein. Inzwischen hat sich unter einer günstigen Geschäftskonjunktur die Zahl der Arbeitslosen und damit Unterstützungsbedürftigen erheblich gemindert. Alle diese Umstände haben dazu geführt, daß das Vermögen des Verbandes wieder auf 91 000 Mark angewachsen ist. Von den großen wirtschaftlichen Kämpfen an der Unterweser, in Süddeutschland, Schleswig-Holstein, Berlin, Breslau, Dresden, Braunschweig, Hannover usw. wurden auch Mitglieder des Kupferschmiederverbandes in Mitleidenschaft gezogen, jedoch nicht in übermäßig großer Zahl. So war es der Organisation möglich, die in die Kämpfe mit hineingezogenen Kollegen in besserer Weise zu unterstützen. Auch den kämpfenden Arbeitern anderer Berufe gegenüber hat der Verband sein Schuldbüßlein getan. Die Zahl der Filialen stieg in der verfloffenen Geschäftsperiode von 78 auf 88, die Zahl der Mitglieder von 300 auf 4100. Schon die vorige Generalversammlung war von der Notwendigkeit der Anstellung eines weiteren Vorstandsbegleiters

Die Mitteilungen des Vereins zur Förderung gemeinsamer Wirtschaftstätigkeiten der deutschen Elektrotechnik berichten folgendes: Das Geschäftsjahr 1906 war für die deutsche elektrotechnische Industrie die Periode der stärksten Beschäftigung seit ihrem Bestehen, zugleich aber auch der größten Unruhe infolge äußerer Verhältnisse, hauptsächlich des Rohmaterialienmarktes. ...

Aus der Frauenbewegung.

Berlin, Montag, den 8. April, 8 1/2 Uhr, Kommandantenstraße 72, Vortrag Dr. Heinrich Lüg: Die technischen Einrichtungen Berlin. Großlichterfeld und Umgegend, Montag, den 8. April, abends 8 Uhr, im Wirtshaus 'Zum grünen Kranz', Sanktwitz, Callandstraße 27/29, Vortrag Frau Störmer: Mutter und Säuglingspflege.

Vermischtes.

Zur Morbafäre in Weuthen.

Die Vernehmung Libertas durch den Untersuchungsrichter Dr. Kassauer hat gestern vormittag ein interessantes Ergebnis gehabt. Libertas gestand ein, den Mord an dem Arbeiter Josef Bronner aus Charley, den sogenannten 'Seumarktsmord' begangen zu haben; außerdem gestand er ein, in den letzten Jahren noch drei weitere Morde in der Umgegend Weuthens verübt zu haben. Die Mordaten, bei denen die Leberfallenen erschossen oder erschossen waren, blieben damals unaufgeklärt, obwohl die Leichen bald nach der Tat aufgefunden wurden. Jetzt wird das Dunkel dieser Morde durch die Aussage Libertas mit einem Schlag erhellt. Das Motiv aller Taten ist in der Rachsucht Libertas zu suchen. Dieser gestand ferner ein, er habe sich in den letzten Wochen mit dem Gedanken getragen, auch seinen Schwager zu ermorden, sei aber an der Ausübung seiner Tat durch seine Verhaftung verhindert worden.

Der Untersuchungsrichter hat ferner gestern vormittag an die Polizei in Konitz die telegraphische Bitte um Auskunft darüber gerichtet, ob Libertas in der Tat zur Zeit des Mordes dort gewohnt habe. Hierauf wurde mitgeteilt, daß sich in den Akten über die Konitzer Morbafäre der Name Libertas überhaupt nicht finde. Auch in den Gefangenenslisten finde ein solcher Name nicht. Der Ratschlädler, der um jene Zeit wegen eines anderen Vergehens am Wöschpanger verhaftet wurde, sei ein Schlächter namens Schulze gewesen, der seine Strafe verbüßt habe. Auf dem Bürgermeisteramt ist um jene Zeit weder ein Libertas angemeldet noch abgemeldet worden. Auch die Gejellenliste des Schlächters Schulz enthält den Namen Libertas nicht. Doch sollen die Nachforschungen noch einem etwaigen Aufenthalt Libertas in Konitz fortgesetzt werden.

Die Genidstarr. Nach dem Wochenbericht der Welfaster Sanitätsbehörden haben die Fälle von Genidstarr seit dem letzten Donnerstag um 33 zugenommen, so daß sie insgesamt 261 betragen. 136 von diesen sind tödlich verlaufen. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Epidemie zurückgeht; sie hat sich bereits über alle Teile Welfast verbreitet.

Gefranzel. Nach einer Norddeutsche aus Punta Arenas ist das deutsche viermastige Segelschiff 'Balmunia' auf der Reise von Bissagua nach Europa in der Regelhaensstraße bei Bahly Jale am 10. März gestrandet. Schiff und Ladung sind vollständig verloren, die Mannschaft ist gerettet und in Punta Arenas gelandet.

Im Streit erstickt. In Dersfeld bei Soest erstickt ein zwölfjähriger Knabe im Streit einen achtzehnjährigen Vorfahren.

Der Frühling in Russland. Infolge bevorstehenden Eisgangs auf der Wolga und Samara stellt die Samara-Slawj-Bahn die Annahme und Ausgabe von Gütern in Station Samara-Prihat am 21. März alten Stils bis auf weiteres ein.

Eine Falschmünzwerkstätte wurde gestern in Rathenow in der Rhinoverstraße entdeckt. Verschiedene Gipsformen, gefälschtes Geld und Werkzeuge zur Falschmünzerei wurden von der Polizei beschlagnahmt; ein Mann namens August Weder wurde verhaftet.

Ein Fabrikant in der Hölle.

Im 'Rusterlande' hat sich, wie der 'Deutsche Maschinen- und Geizer' erzählt, folgender Fall zugetragen: Ein durstiger Fabrikant, welcher in der Nähe von Offenburg wohnt, hatte auch dem Weine sehr zugesprochen. Als er nun spät abends auf dem Heimweg war, welcher am Waldestrand entlang führte, lag es ihm bald wie Blei in den Gliedern, und so war er, als er über eine Baumwurzel stolperte, nicht mehr imstande, sich zu erheben und schlummerte ein. Ein Mann, der schon zu früher Morgenstunde des Weges kam, um seines Dienstes als Geizer in einer Fabrik zu warten, sah den dunklen Gegenstand liegen und erkannte bald, was dem Schläfer fehlte. Mit größter Mühe schleppte er ihn mit sich in das Kesselhaus und legte ihn dort nieder, damit er, da er kalt freigezogen war, wieder etwas warm würde. Endlich erwachte der Schläfer. Zufälligerweise hatte der Geizer gerade die Feuerung geöffnet, um Kohlen aufzugeben. Als nun der erste Blick des Erwachenden auf die schredliche Blut- und den dabeistehenden ruhigen Geizer fiel, der mit bligenden Augen, eine Schaufel in den Händen, nach ihm hinsah, konnte er nicht anders glauben, als sei er schon an dem Höllenort angelangt und vor Säure und Entsetzen schrie er: 'Ach, lieber Herr Oberkeufel, magen Sie's gnädig mit mir, ich bin in 2. im Rauch gestorben.'

anzuwenden sei, eine nach Wochen bestimmte Frist mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche endigt, welcher durch seine Benennung dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat.

Nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes ist die Versicherung dergestalt erkrankt, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu befürchten ist, zur Abwendung dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem ihr geeignet erscheinenden Umfange eintreten zu lassen. Läßt sie ein Heilverfahren eintreten, so gehen bei Versicherten, welche der reichsgesetzlichen oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterliegen, vom Beginn dieses Heilverfahrens an bis zu dessen Beendigung die Verpflichtungen der Krankenkasse gegen den Versicherten auf die Versicherungsanstalt über. Dieser hat die Krankenkasse ersatz zu leisten in Höhe desjenigen Krankengeldes, welches der Versicherte von der Krankenkasse für sich beanspruchen konnte. Dem Versicherten steht nach §§ 6 und 20 des Krankenversicherungsgesetzes im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein Krankengeld für 26 Wochen zu. Da § 78a des Krankenversicherungsgesetzes (in Uebereinstimmung mit § 187 B.-G.-B.) festlegt: 'Eine nach Wochen oder Monaten bestimmte Frist endigt mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat' so steht dem Erkrankten ein Anspruch auf 163 Tage Krankengeld, nicht wie die verlagte Betriebskasse angenommen hatte, nur auf 162 Tage zu. Unseres Wissens ist die behauptete für Arbeiter nicht unwesentliche Frage zum ersten Male — und zwar wie die angezogenen Paragraphen ergeben, durchaus im Sinne des Gesetzes — vom Obergericht entschieden.

Die Mittelständler in Augsburg.

Ein Verein der Mittelständler in Augsburg hat sich zur Aufgabe gemacht, gegen 'unlauteren Wettbewerb' unreeller Firmen energisch anzukämpfen, und zwar durch Schimpfen und gerichtliche Anzeigerklaffung. In der letzten Generalversammlung hat nun der Vorsitzende die bedauerliche Tatsache konstatiert, daß die meisten Aktionen des Vereins sich 'leider' gegen die eigenen Mitglieder richten mußten! — Die Bestreßenden haben sich wahrscheinlich gedacht, der 'unlautere Wettbewerb' soll nur 'den anderen' verboten werden, für sie selbst seien aber alle Mittel 'lauter' — ganz wie Weinpantischer Sartorius und Genossen im und außerhalb des Reichstages.

Vom Volksschulkind.

Das Volksschulkind wurde vor dem Schöffengericht in Halle durch eine Verhandlung gegen den Baumeister W. von Döllnitz beleuchtet. Dieser ist beschuldigt, seine Kinder ohne Grund vom Besuch der Dorfschule ferngehalten zu haben. Der Angeklagte hatte früher bessere Zeiten gesehen und seine Kinder in der höheren Töchterschule bezw. durch Hauslehrer unterrichten lassen können. Durch Fallissement war er gezwungen, die Kinder in die Dorfschule zu schicken. Er sagt, als besorgter Vater habe er seine Kinder nicht in jene Schule schicken können. Die Klassen seien überfüllt gewesen — ein Lehrer bestimme, daß er in einer Klasse einmal 118 Kinder zu unterrichten habe — und die Kinderkrankheit Scharlach grassierte im Dorfe derartig, das in kurzer Zeit 14 bis 16 Kinder gestorben wären; auch er habe durch Scharlach einen Sohn eingebüßt. Wegen weiterer Ansteckungsgefahr habe er seine anderen Kinder schützen müssen. In der Schule habe es an ausreichenden Desinfektionsmitteln gefehlt. Die interessante Verhandlung mußte vertagt werden. Es soll zum nächsten Termin der Streitpunkt erscheinen, um Auskunft darüber zu geben, ob in der Schule genügend desinfiziert worden ist.

Läge die Döllnitzer Schule nicht in Preußen, so wäre unverständlich, weshalb bei diesen zum Himmel schreienden Umständen nicht sofort auf Freisprechung erkannt und die Akten der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung gegen die Organe übergeben sind, die für ausreichende und gesunde Schulräume verpflichtet sind, durch Nichterfüllung dieser Pflicht aber schuldhaft die Gesundheit der ihrer Obhut anvertrauten Kinder gefährden.

Wo rührt der Arbeitermangel in der Textilindustrie her?

Der Arbeitermangel in der Textilindustrie ist seit längerer Zeit, insbesondere während der gegenwärtigen Hochkonjunktur Gegenstand eifriger Erörterungen in der einschlägigen Fachpresse. Während bisher alles Mögliche und Unmögliche als Ursache dieser Erscheinung zu denken versucht wurde, scheint nun endlich ein Unternehmer die wahre Ursache gefunden zu haben. Er schreibt darüber im 'Konfektionär', daß der Mangel an geschulten Arbeitern für Weberei und Spinnerei darauf zurückzuführen sei, daß es an geeignetem Nachwuchs fehle, denn die junge Generation finde in anderen Industriezweigen zuzugewandert und vor allem lehnendere Beschäftigung als in der Textilindustrie.

In vielen Industrien haben die Arbeiter schon lange ein Mittel gefunden, wodurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden konnten: eine starke Organisation! Die Sklaven der Textilindustrie sind, wie die letzten Reichstagswahlen gezeigt haben, leider zum großen Teil, zumeist infolge der grauenerregenden Arbeitsbedingungen, noch weit ab von dieser Erkenntnis.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalrente.

Zu den Gesellschaften, deren Dividenden einen erheblichen Betrag darstellen, gehören die beiden größten deutschen Schiffahrtsunternehmen. Welche Summen da für das Kapital herauskommen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Company Name, Bruttogewinn, Reingewinn, and years 1903, 1906. Hamburg-Amerika-Linie and Norddeutscher Lloyd are listed.

Die beiden Gesellschaften haben bei Abschreibungen von zusammen rund 84 Millionen Mark im letzten Jahre noch einen Reingewinn von 23 207 950 M. zur Verfügung gehabt. Und wenn die Herren zusammenkommen, um den Profit zu verteilen, dann sind Arbeiterfragen undiskutabel. Man will sich nicht durch Sentimentalitäten die Arbeit des Dividendenschlucks erschweren lassen.

Kognak. Was das oft für Zeug ist, das der andächtige Trinker über die Junge laufen läßt, wenn er sich mal etwas 'Gutes' leisten will und einen Kognak röstert, das wurde kürzlich in einer Verhandlung in Hamburg festgesetzt. Ein Kaufmann war der Raubmittelfälschung angeklagt. Er hatte von einem Kognakfabrikanten 60 Kisten a 12 Flaschen Kognak, pro Kiste zu 10 M. gekauft und diesen 'Herzwärmer' wieder zu 1,10 bis 1,25 M. pro Flasche weiterverkauft. Bei einem seiner Abnehmer wurde der 'Kognak' angehalten; die Untersuchung ergab, daß er aus Wasser, Spirit und Extrakt hergestellt war. Der Fabrikant hatte genommen: 4 Teile 90prozentigen Spirit, 5,7 Teile Wasser und 0,3 Teile Kognakextrakt. Alles ordentlich gefälscht, abgefüllt, Kisten, Flaschen und Storken mit Etiketten versehen, die die hochtönende Firma 'Dumas fils, Kognak', trugen, ergab dann den krasspendenden Lebensstrauch. Der angeklagte Kaufmann behauptete, in gutem Glauben gehandelt zu haben, und erkannte das Gericht aus subjektiven Gründen auf Freisprechung. Welche Mengen solchen Kognaks mögen wohl auf den Markt kommen?

überzeugt, und nur aus finanziellen Gründen mußte damals eine solche Anstellung unterbleiben. Bei der vorjährigen Kaiserfeier aber wurde der Kassierer des Verbandes, Kollege Müller, während der Erfüllung seiner Pflicht plötzlich krank und mußte sechs Wochen das Bett hüten. Es mußte eine Hilfskraft angestellt werden, und als solche wurde Kollege Bernhard Schulz anberufen. Diese Hilfskraft ist bisher beibehalten worden. Das Kartellverhältnis zu den Bruderorganisationen in Oesterreich und in Budapest fand seine Erledigung dadurch, daß sich diese Organisationen mit dem österreichischen Metallarbeiterverbande verschmolzen. Gegenwärtig besteht noch ein Kartellverhältnis zum dänischen Verbands der Kupferschmiede, das sich in recht erfreulicher Weise entwickelt. Der dänische Verband hat auf seiner Generalversammlung seine gesamten Einrichtungen denen des deutschen Verbandes entsprechend gestaltet, so daß insbesondere die reisenden Kollegen beider Organisationen im Auslande die Unterstützung in gleicher Weise erhalten, wie in ihrem Lande. Das Organ des Verbandes, der 'Kupferschmied', erscheint seit 1903 alle vierzehn Tage. Im Zeitalter der Blödsinnigkeiten sei es notwendig, daß sich der Verband nun ein wesentlich erscheinendes Organ schafft.

Lindner-Hamburg erstattet hierauf den Kassenbericht.

Der ebenfalls im Druck vorliegt. Der Verband vereinnahmte in der letzten Geschäftsperiode an Beiträgen 281 947,40 M. Insgesamt balanzieren Einnahme und Ausgabe mit 325 622,02 M. Aus den verschiedenen Ausgabearten seien erwähnt 87 125,22 M. Reiseunterstützung, 49 328,35 M. Ortsunterstützung, 36 018,93 M. Streik- und Gewahrgelternunterstützung, Invalidenunterstützung 3007,68 M., Umzugsunterstützung 2577,50 M., Sterbegeld 16 925 M. und Rechtschutz 178,04 M.

Den Bericht des Ausschusses gibt Christiansen-Niel. Es find über die Tätigkeit des Vorstandes insgesamt nur sechzehn Beschwerden eingegangen, die an sich auch nicht erheblich genug waren, um mit der Tätigkeit des Vorstandes unzufrieden zu sein.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht erstreckt sich auf den übrigen Teil der Vormittagsitzung und wird am Nachmittage fortgesetzt. Aus zahlreichen Orten werden hinsichtlich der Geschäftsführung eine Anzahl von Wünschen vorgebracht.

Ueber verschiedene Beschwerden, die sich im Laufe der Geschäftsperiode angeammelt haben, gibt der Vorstand ausreichende Aufklärung, worauf ihm einstimmig Danksagung erteilt wird.

Inzwischen sind weitere Begrüßungstelegramme eingegangen, und zwar aus Stettin, Kiel, Lüneburg, Bielefeld und Fürstentum.

Die Berichte der Bezirksleiter liegen zumeist ebenfalls gedruckt vor. Vom achten Agitationsbezirk berichtet Wegner-Bielefeld, daß er nur während der letzten zwei Monate der Berichtsperiode als Bezirksleiter fungiert habe. Der Bericht sei nach von seinem Vorgänger verfaßt worden. Seit jener Zeit ist eine Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt worden. Früher verdienten die Kupferschmiede in Bielefeld bei zehnstündiger Arbeitszeit 4,50 M. pro Tag, und nach der Lohnbewegung bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit 4,70 M.

Ebenso fügt Schröder-Leipzig dem Bericht des dreizehnten Bezirkes hinzu, daß außer in Gera in Leipzig selbst zwei Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt worden sind. Ein einwöchentlicher Streik verursachte 450 M. Kosten, die aus der Filialkasse gedeckt wurden, da die rechtzeitige Anmeldung der Lohnbewegung beim Hauptvorstande unterlassen worden war.

Aus den Berichten der Filialen interessiert besonders, daß auf der kaiserlichen Werft in Kiel fast alle Kollegen organisiert sind. Im August vorigen Jahres wurde die neunstündige Arbeitszeit eingeführt. In der Hauptsache wird im Afford gearbeitet. Die sogenannten Wohlfahrtsvereine verdienen Anerkennung. Es sind zwei Bezirke angegliedert und die Arbeiter sind angewiesen, sich auch bei den kleinsten Unfällen sofort nach der Unfallstation zu begeben. Dagegen läßt die Ventilation noch zu wünschen übrig. Die Behandlung durch die Vorgesetzten bietet keinen Anlaß zu irgendwelchen Ausstellungen.

In der letzten Stunde des ersten Tages ging man dann zur Frage des

Anschlusses an den Deutschen Metallarbeiterverband

über. Das Referat war, wie bereits berichtet, Scholz-Hamburg übertragen worden. Redner legte mit Hilfe eines umfangreichen Zahlenmaterials die Vorteile einer Verschmelzung mit dem großen Industrieverbande dar. Scholz wies im Verlaufe seiner Ausführungen darauf hin, daß es für die Mitglieder der Organisation darauf ankomme, wie sie registriert werden, ob der Vorstehende ein Kupferschmied oder ein anderer Metallarbeiter sei. Gegenwärtig, wo der Verband der Kupferschmiede gut dastehet, sei auch die beste Gelegenheit für den Anschluß. Man könne zurzeit vom Metallarbeiterverband für die eigene Branche Konzessionen erlangen, die dieser nicht gewähren werde, falls einmal die Auflösung der Berufsorganisation zu einer Notwendigkeit würde. Letzteres sei aber noch keineswegs ausgeschlossen. Seinen günstigen Stand verbande der Verband der günstigen Konjunktur, während man nie wissen könne, was in Zukunft eine schlechte Geschäftskonjunktur über die Organisation zu bringen vermöge. Zurzeit verfügt der Verband über zwei Beamte und einen weiteren in der Zahlstelle Berlin, deren Zukunft man eventuell nur jetzt sicherstellen könne, wo man dem Metallarbeiterverbande Bedingungen zu stellen vermöge. Eine energische Agitation durch besoldete Gauleiter, wie sie notwendig ist, wäre für den Verband der Kupferschmiede Zeit- und Geldverschwendung. Es tritt dazu, daß an zahlreichen Orten nur eine recht geringe Zahl von Mitgliedern vorhanden ist, die vom Vereinsleben nichts haben, im Interesse ihrer Ausbildung liege der Zusammenschluß. In zahlreichen Betrieben genießen schon heute die Kupferschmiede Erzeugnisse, die durch den Metallarbeiterverband und nicht durch die eigene Berufsorganisation erreicht wurden. Man rede davon, daß eine große Organisation den Unternehmern größere Angriffswaffen für ihre Aussperrungsgelüste biete, man vergesse dabei nur, daß der Angriff um so schwieriger, je größer die Angriffsfläche ist. Der Beitrag ist in beiden Organisationen der gleiche und die Unterstützungsleistungen sind ebenfalls so ziemlich gleichwertig. Redner empfiehlt zuletzt die Annahme folgenden Antrages:

Die Generalversammlung beschließt: Der Zentralvorstand wird beauftragt, unter Hinzuziehung von fünf Kollegen, welche von den fünf größten Filialen gestellt werden müssen, mit dem Hauptvorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Verhandlung zu treten, unter welcher Bedingung ein Uebertritt erfolgen kann. Mit der Bekanntgabe des Resultates über die Verhandlungen hat der Zentralvorstand eine Urabstimmung behufs Anschluß an den Metallarbeiterverband vorzunehmen. Darauf wurden die Beratungen auf Donnerstag vertagt.

Soziales.

Ist das Krankengeld für 163 oder für nur 162 Tage zu zahlen?

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat eine grundsätzliche Entscheidung des Obergerichts über die Frage herbeigeführt, ob die Krankenkassen der Versicherungsanstalt 26 Wochen oder 26 Wochen und einen Tag im Fall des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes zu erstatten haben. Das Obergericht hat, wie die amtlichen Mitteilungen der Berliner Landesversicherungsanstalt berichten, die verlagte Betriebskasse am 3. Januar zur Zahlung von 26 Wochen und einem Tag verurteilt. Nach dieser auch für Arbeiter erheblichen Entscheidung steht dem Erkrankten ein Anspruch auf Krankengeld für 163, nicht nur für 162 Tage zu. Die Gründe dieser Entscheidung gipfeln darin, daß gemäß der Bestimmung des § 78a Absatz 2 des A.-V.-Gesetzes, welche auch für die Berechnung der Krankengeld-Unterstützungsdauer

Achtung! Wähler des 39. Kommunal-Wahlbezirks!

Montag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei Wähler-Versammlungen

Bock-Brauerei II, (früher Norddeutsche), Chausseest. 58,
Hübners Festsäle, Chausseest. 113.

Ueber Kommunalpolitik referieren die Genossen **Pfannkuch** und **Singer**.

Nachher freie Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.

Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Bauanschläger Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Eduard Bernstein** über: „Der Geldlohn und das Realeinkommen des Arbeiters. Eine Kernfrage der Nationalökonomie.“
 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung sämtlicher in der Emaille-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen **M. Groger**.
 2. Diskussion. 3. Unser Streik bei Helingärtner u. Winterberg, und welche Stellung nehmen wir dazu?
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr:

Morgensprache für Reinickendorf und Umgegend
im Lokal von **Muster**, Reinickendorf, Berlinerstr. 29.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegentwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Hermann Haake, Landsbergerstr. 91.
Zahs, Große Frankfurterstr. 132.

Norden:

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
Beruhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Süden:

Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
Karl Stier, Dranienstr. 166.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegentwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.
Landsberger, Friedrichstr. 108.
Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.
Vandenburg, Friedrichstr. 7.
Vandenburg, Lurmsstr. 30.
Eders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan **Eders**, Kaiser Wilhelmstr. 41.
Rietmüller, Rolfenmarkt.

Warenhäuser:

Mag Mannheim, Frankfurter Allee 112.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Die Firma **G. Haake**, Landsbergerstr. 93, hat den Lohn tarif anerkannt, wogegen bei der Firma **Hermann Haake**, Landsbergerstr. 91, das Lohn- und Arbeitsverhältnis in gar keiner Beziehung als geregelt bezeichnet werden kann.

Verband der

Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre.

Verein der Buchdrucker u. Schrift-

gießer für Rixdorf-Britz.
Sonntag, den 7. April, nachm. 2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoppe, Hermannstr. 49:

Vereins-Versammlung.
Vortrag des Kollegen **Hannack**: „Unsere wirtschaftlichen Gegner und ihre Organisationen.“
Zahlreicher Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

- Sonntag, den 7. April:
1. Abt. früh 8 Uhr nach Rehbrück (Lissau), nachmittags 1 Uhr nach Zehlendorf (bei Riel). Start: Bülowstraße 58.
 2. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Stolpe (Bergemann). Start: Urbanstraße 7.
 3. Abt. nachm. 1 Uhr nach Schönwalde (Sportplatz am See). Start: Raritätenplatz.
 4. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Adlershof (Waldstein). Start: Raritätenplatz.
 5. Abt. früh 7 Uhr nach Dranienburg (Braun, Kirchstr. 48), nachmittags 1 Uhr nach Birkenerwerder (Paradiesgarten). Start: Eghum.
 6. Abt. früh 8 Uhr nach Dranienburg, nachmittags 1 1/2 Uhr nach Birkenerwerder. Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30.
 7. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach Wilmersdorf (Wilhelmsau). Start: Grenzstraße 21 bei Wegener.

Montag, den 8. April, abends 9 Uhr, bei **Lorenz**, Markgrafstraße 83:
Vorstandssitzung.

Dr. Paul Caspari, Arzt
ist verzogen nach **Netzerstr. 41**, Eingang Weihenburgerstraße.



Die Norm guter Qualität in Cigaretten unter kritischen Rauchern. Sie zu verlangen ist der Beweis guten Geschmacks.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

haben jetzt wie immer den Vorzug, bei denen, welche das Beste kaufen wollen. Das anerkannt höchst erreichbare, was in Cigaretten hergestellt werden kann.

10 St. 30 Pfennig.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein

Branche Landschafts-Gärtnerei.
Freitag, den 5. April 1907, abends 8 Uhr,
in Miehles Festsälen, Schönberg, Hauptstr. 5/6:

Versammlung der streikenden Landschaftsgehilfen und Gartenarbeiter.
Tages-Ordnung:
Bericht über den Stand des Streiks.

Jede Dame lese!

Direkt aus der Fabrik jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigsten Preisen.
4461L* Jacketts, große Auswahl 3.75 bis 25 M.
Engl. Paletots mit und ohne Futter 6.50 bis 22 M.
Capes in allen Längen 6.25 bis 30 M.
Staub-Mäntel in neuest. Frb. 5.50 bis 23 M.
Sport-Röcke in engl. Stoff 2.50 bis 18 M.
Boleros u. Havelocks, 5.50 M. an.
Fabrik Pelz, 50 Kurstr. 50.
Sonnt. geöffnet.
Vorzeiger dieser Annonce 5 Proz. Rabatt. — Feste billigste Preise.

Wohnhaus

auf dem Lande in einem Industrie-orte unmittelbar an der Bahn, in der Nähe von Berlin, geeignet für Schlosserei, preiswert zu verkaufen. Offerten mit Nr. Z. 97168 Geschäftsstelle d. „Ober-Berliner“, Frankfurt a. O. 445821

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 7. April, vormittags 10 Uhr:
Urania-Vorstellung.

Für Aufführung gelangt: „Die Feuertoten der Erde.“
Billetts sind im Verbandsbureau zu haben. 84/2
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.
Heute Freitag, 5. April, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

Bau-Vertrauensmänner-Sitzung.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Eugen Brückner** über: „Unternehmer-Organisationen“.
 2. Das Bauvertrauensmänner-Regulativ.
 3. Bericht der Vertrauensmänner.
 4. Verschiedenes.
- 105/20
In Anbetracht der uns bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe ist es unbedingt notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.
Die Kollegen, die als Wahlleiter fungiert haben, haben das Material zur Stichwahl in Empfang zu nehmen.
Anfang präzis. Der Vorstand.

Schönster Ausflugsort der Oberhavel.

Restaurant „Eichenheim“, Papenberge bei Spandau.
Gericht am Eichenwald und Wasser. X Saal. X Regeldamp. X Ausspannung. Dampferverbindung von Tegel. X Rasttoren. 43992*

Jedes Jenensia-Rad

ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder R. 60.—, Sozial-Luxus mit Freilauf R. 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Brennabor

Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt **Arend**, **Dickentmann**, **Robl**, **Demko**, **Heber**, **Ryser**, **Salzmann**, **Bader**, **Stol**, **Vanderstuyft** und weitere schreiben ihre Siege dem leichten Lauf der von ihnen benutzten **Brennabor-Räder** zu.

Preisverzeichnis kostenlos.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Das rote Groß-Berlin im Jahre 1906.

In einem stattlichen Heft von 94 Seiten mit zwei Tabellen-Beilagen erstatten die Organe des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend den Jahresbericht für 1906. Es ist mehr als ein nüchternes Tätigkeits- und Klassenbericht, den die Blätter enthalten; die Schrift gibt darüber hinaus ein Stück Parteigeschichte; sie bietet stellenweise dem Agitator und Parteilicheren brauchbares Material und für den künftigen Geschichtsschreiber der Partei wird die Reihe der Jahresberichte, von der der vorliegende der erste ist, wertvolle dokumentarische Angaben sammeln.

Der Inhalt des Heftes gliedert sich in den Bericht des Zentralvorstandes des Verbandes, in den Bericht der Prekominmission, der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, der Lokalkommission, der Stadtverordnetenfraktion Berlins, und in die Berichte der Vorstände der einzelnen acht Wahlkreise des Verbandes Groß-Berlin. Angehängt ist eine vorläufige Uebersicht einiger Ergebnisse der im Vorjahre aufgenommenen Statistik des Verbandes über die Mitglieder der Wahlvereine sowie das Statut des Verbandes.

Die Wahlvereine Groß-Berlins wiesen nach dem Bericht des Zentralvorstandes zu Ende Dezember 1906 64 918 Mitglieder auf, gegen 41 700 im Dezember 1905, so daß sich im ersten Jahre der Zentralisation ein Zuwachs von 23 218 ergibt. (Im Jahre 1902 sollen etwa 29 000, im Jahre 1903 33 000, im Jahre 1904 36 513 organisierte Genossen in Groß-Berlin vorhanden gewesen sein; genaue Zahlen existieren für diese Jahre nicht.) Bezahlt wurden im Jahre 1906 624 109 Mitgliederbeiträge, was einen Jahresdurchschnitt von 52 000 Mitgliedern ergeben würde. Es muß also gegen Ende des Jahres ein starker Mitgliederzuwachs stattgefunden haben. Der statistische Zahlenabend am 23. Oktober stellte 53 060 Mitglieder fest, wobei zu bemerken ist, daß für jeden Wahlkreis mehrere hundert Mitglieder anzunehmen sind, die nicht anzutreffen waren, und die deshalb nicht in die Statistik einbezogen werden konnten.

Der Vergleich des Zuwachses an Mitgliedern im Jahre 1906 mit denen der Vorjahre zeigt ein gewaltiges Steigen nach der vollzogenen Zentralisation. Während von 1902 bis 1903 etwa 4000, von 1903 bis 1904 etwa 3513, von 1904 bis 1905 5187 Mitglieder gewonnen wurden, stieg der Zuwachs im ersten Jahre der Zentralisation auf 23 218. Man geht wohl nicht fehl, wenn man der neuen Organisationsform einen nicht unbedeutenden Anteil an diesem außerordentlichen Wachstum zuschreibt.

Nicht minder erfreulich als die Zahlen der Mitgliederbewegung sind die über die finanziellen Leistungen Berlins. Die Einnahmen und Ausgaben der Kasse des Zentralvorstandes balancieren mit 235 931,17 M. bei einem Klassenbestande von 28 949,90 M., so daß die Ausgaben 206 981,27 M. betragen. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:

An Monatsbeiträgen haben gezahlt der 1. Kreis 460, der 2. 12 450, der 3. 7300, der 4. 48 800, der 5. 3100, der 6. 68 700, Teltow-Beeskow 8200, Niederbarnim 10 000 M., insgesamt 159 010 M. Monatsbeiträge.

Außerdem gingen ein als 5 Pf. Anteil der Zentralkasse an den Mitgliedsbeiträgen 1. Kreis 500, vom 2. 2900, vom 3. 1500, vom 4. 8750, vom 5. 800, vom 6. 15 000, von Teltow-Beeskow 10 000, von Niederbarnim 5000 M., insgesamt 40 950 M.

An diversen Einnahmen, Einzelbeiträgen, Sammlungen für die Ruffen, Sammlungen für die streikenden Buchbinder, Zahlungen für Billets zu den Vorträgen der Genossen Maurenbrecher und Voege und zu Urania-Vorstellungen, Zahlungen für Broschüren u. a. gingen ein 35 971,17 M. Summa 235 931,17 M.

Die Ausgaben gliedern sich wie folgt: Es wurden gezahlt an den Parteivorstand an Beiträgen für elf Monate 135 000 M., für die russischen Genossen 9260,80 M., insgesamt an den Parteivorstand 144 260,80 M., an die Agitationskommission inklusive Referate 21 783,30 M., an die Prekominmission 389,16 M., an die Stadtverordnetenfraktion inklusive Kosten der Gemeindevertreterkonferenz und Projektkosten 3358,25 M., für Drucksachen 4057,10 M., an die Vorwärts-Buchhandlung 3450,05 M., für Inserate im „Vorwärts“ 2857,80 M., für Vortragszettel 728,40 M., für Bildungswecke 5550 M., an die Samariterkolonne 220 M., für die ausgesperrten Buchbinder an die Gewerkschaftskommission 9055,15 M., für Statistik, Prehrentagvorbereitung, Gewerbegerichts-wahl der Arbeitgeber 1865,06 M., an sonstigen Ausgaben (Bureaueinrichtung, Gehälter, Diäten, Schreibmaterial, Reinigung, Porto, Fernspreckgebühren, Aranzspenden usw.) 9050,70 M. Insgesamt Ausgaben 206 981,27 M., Bestand 28 949,40 M.

Die Leistungen an die Hauptkasse der Partei überschreiten bei weitem den „Pflichtteil“ der acht Kreise Groß-Berlins. Der Bericht sagt zu diesem Punkt:

Nach dem Organisationsstatut der deutschen Partei wären für 41 700 Mitglieder 25 020 M. an die Hauptkasse zu zahlen, Berlin hat aber vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906 156 526,39 M. abgeführt. Zu diesen 156 526,39 M. treten noch die Ueberschüsse des „Vorwärts“ mit circa 140 000 M. hinzu, die einzeln direkt beim Parteivorstand eingegangenen Beiträge, die Zuschüsse zur Agitation in der Provinz Brandenburg, der Berliner Anteil an den Russenlisten, so daß man die Leistungen der politischen Partei in Groß-Berlin auf mindestens eine halbe Million veranschlagen muß.

Der in der Abrechnung aufgeführte Betrag von 9055,15 Mark, der an die Gewerkschaftskommission für die streikenden und ausgesperrten Buchbinder gezahlt wurde, drückt nicht die ganze Leistung Groß-Berlins für die Buchbinder aus. An anderer Stelle sagt der Berichterstatter:

Der Verband übernahm 2000 Listen der Berliner Gewerkschaftskommission für die ausgesperrten und streikenden Buchbinder.

Die Sammlungen ergaben bis jetzt das erfreuliche Resultat, daß 14 292,84 M. in den Kreisen eingingen, 14 055,15 M. sind bis heute abgeführt.

Die finanziellen Leistungen Groß-Berlins für die Provinz Brandenburg betragen im Jahre 1903/04 8000, im Jahre 1904/05 9350, im Jahre 1905/06 16 967 M.

Der Bericht sagt darüber weiter: „Nach späteren Ermittlungen... sind nebenher in diesen drei Jahren noch 51 600,96 M. an die Brandenburger Provinz-kreise direkt gegeben worden, so daß Berlin während des erwähnten Zeitraumes im ganzen circa 86 000 M. Zuschüsse geleistet hat.

Im Jahre 1906 (nach Statistiken der [Provinzial-]Konferenz) sind, wie aus unserem Klassenbericht ersichtlich, bereits 21 783,30 M. für Agitation in der Provinz Brandenburg von Berlin ausgegeben worden, doch ist hierbei die gesamte Reichstagswahl-Bewegung 1906/07 nicht inbegriffen, da die Kreisabrechnungen zurzeit noch nicht komplett sind.

Referenten hat das Bureau des Zentralvorstandes vermittelt für Groß-Berlin in 747, für die Provinz Brandenburg in 262, für Gewerkschaftsversammlungen in Groß-Berlin in 135, zusammen in 1144 Fällen. Das Bureau hatte 3480 Eingänge und 10 725 Ausgänge. Außer den zwei General-Versammlungen fanden statt 18 Sitzungen des Zentralvorstandes, 38 des Aktionsausschusses und 19 des geschäftsführenden resp. Aktionsausschusses mit anderen Körperchaften. Das „Mittelungsblatt“ erschien in einer Auflage von 4300 Exemplaren.

Vom Flugblatt gegen das Dreiklassenrecht wurden in Groß-Berlin vor dem 21. Januar 960 000 Exemplare verbreitet. Zum 18. März wurde abermals ein Flugblatt gegen das preussische Wahlrecht verbreitet.

Im Juni-Zahlabend wurde die Broschüre „Gegen Volksverdummung, Volksnebelung und Volksnechtung“ gratis verteilt. Im August-Zahlabend wurde ein Aufruf und Fragezettel der Freien Volksbühne in 30 000 Exemplaren verbreitet; gratis verteilt wurde auf diesem Zahlabend die Broschüre des Genossen G. H. „Schule, Kirche und Arbeiter“.

Für die Landtagswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis wurde am 14. Oktober ein Flugblatt in 200 000 Exemplaren verbreitet.

Gegen Fleischnot und Zollwucher wurde am 13. November ein Flugblatt in 1 000 000 Exemplaren verbreitet.

Im November-Zahlabend wurde eine Broschüre verteilt, in der der Verband der Schneider zum Boykott der Konfektionsfirmen auffordert, die keine Betriebswerkstätten errichten wollen.

Am 19. Dezember wurden 850 000 Flugblätter verbreitet, die sich mit dem Heimarbeiter-schutz-Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befaßten.

- Rassensammlungen fanden statt: am 21. Januar 95 Protestversammlungen gegen das Dreiklassenrecht; am 6. Februar 25 Versammlungen gegen die Zollpolitik; am 18. März 108 Protestversammlungen gegen das Dreiklassenrecht; am 15. Mai 45 Versammlungen gegen die Schulverpfassung; am 13. November 75 Versammlungen gegen Fleischnot und Zollwucher; am 11. Dezember 17 Versammlungen gegen die Heimarbeiter.

Der Verband veranstaltete zwei Vortragszyklen: Genosse Maurenbrecher sprach im Sommer in sechs Vorträgen über „Wendepunkte in der neueren deutschen Geschichte“, Genosse Baege hielt im Oktober Lichtbilder-Vorträge naturwissenschaftlichen Inhalts.

Zum 6. Mai berief der Aktionsausschuß einen Gemeindevertretertag für Groß-Berlin ein, der von 24 Berliner Stadtverordneten, 45 Stadt- und Gemeindevertretern des Wahlkreises Teltow-Beeskow und 43 Stadt- und Gemeindevertretern von Niederbarnim besucht war.

Ueber den Reichstagswahlkampf und die Ergebnisse der Wahlen in Groß-Berlin wird vorgreifend (der größte Teil der Wahlbewegung fällt in das Berichtsjahr 1907) Bericht erstattet. In drei sehr instruktiven Tabellen werden die Stimmzahlen für Berlin aufgeführt. Die erste Tabelle stellt die sozialdemokratischen Stimmen nach den einzelnen Kreisen für 1903 und 1907 gegenüber und berechnet den Prozentsatz unserer Stimmzahl von den Wählern und von den Wahlberechtigten. Der Gesamtgewinn an Stimmen gegen 1903 beträgt danach 82 725.

Die zweite Tabelle stellt die Wahlberechtigten von 1903 und 1907 nach den einzelnen Kreisen gegenüber und führt die Wählenden von 1907 an, worauf zum Schluß berechnet wird, daß 1907 79,1 Proz. der Wahlberechtigten Groß-Berlins gewählt haben.

Berlin bleibt also hinter dem Reichsdurchschnitt von 85,4 Prozent zurück. Die dritte Tabelle zeigt die Stimmen aller Parteien in den einzelnen Wahlkreisen bei den Wahlen von 1903 und 1907.

An Flugblättern sind in Berlin während der Wahlbewegung verteilt worden in Berlin I vier in 127 500, in Berlin II fünf in 457 000, in Berlin III sechs in 280 000, in Berlin IV vier in 880 000, in Berlin V acht in 356 000, in Berlin VI drei in 865 000, in Teltow-Beeskow acht in 1 130 000 Exemplaren und eine Wahlbroschüre in einer Auflage von 76 000 Exemplaren, in Niederbarnim 2 Flugblätter in 327 000 Exemplaren, daneben eine ganze Anzahl von Spezialflugblättern an einzelnen Orten. Zusammen 4 492 500 Flugblätter.

Dem Berichte der Prekominmission ist eine sehr instruktive Anlage beigelegt, eine Tabelle, die Einnahmen und Ausgaben, Auflage und Ueberschuß des „Vorwärts“ von 1897/98 bis 1905/06 zusammenstellt. Danach war die Auflage 1897/98 52 000, 1898/99 53 000, 1899/1900 52 000, 1900/01 55 000, 1901/02 57 000, 1902/03 78 000, 1903/04 81 500, 1904/05 88 000, 1905/06 101 600 Exemplare. Der Ueberschuß stieg in dem Zeitraum von 53 347,75 auf 140 615,85 M.

Der Bericht sagt zum Schluß: „In prinzipieller Beziehung befand sich die Kommission stets in erfreulicher Uebereinstimmung mit der Redaktion. Im Reichstagswahlkampf war der „Vorwärts“ geradezu eine Fundgrube von Material und zwang jeden objektiv Denkenden zur rückhaltlosen

Anerkennung; ebenso fand in der gegenwärtigen Polemik betreffend die Genossen Bernstein, Calwer, Schippel, Braun und Bernhard die entscheidende aber wohlwollende Haltung der Redaktion die volle Zustimmung der Kommission.“

Die weiteren Berichte, die das Heft enthält, werden wir in einem zweiten Artikel besprechen.

Partei-Angelegenheiten.

Wählt mehr Sozialdemokraten ins Rathaus hinein!

Wie sähe es in unserer Gemeindeverwaltung aus, wenn keine Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung säßen? Erst in den letzten Wochen wieder hat unser Stadtparlament in den Beratungen und Beschlüssen über den Stadthaushaushalt uns aufs neue gezeigt, daß dort allein die sozialdemokratische Fraktion ernsthaft den sozialen Fortschritt will. Es ist ein Leichtes, den Nachweis zu führen, daß die Weiterentwicklung der kommunalen Einrichtungen Berlins noch sehr viel langsamer von Statten gegangen wäre, wenn nicht vor nun bald einem Vierteljahrhundert die sozialdemokratischen Rechte in den Reich der freisinnigen Korpse hineingelangt wären. Gewiß, unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung sind machtlos gegenüber der freisinnigen Mehrheit, wenn diese Mehrheit einig ist. Aber daß sie nicht immer einig ist, nicht immer einig zu sein wagt, das ist der unermüdbaren Arbeit unserer Vertreter im Rathaus zu danken. Um wie viel weiter noch wäre Berlin zurückgeblieben in der Erfüllung der sozialdemokratischen Aufgaben der Kommune, um wieviel weniger noch wäre in den letzten zwanzig, den letzten zehn Jahren für die minder leistungsfähige Bevölkerung unserer Stadt getan worden, wenn nicht im Stadtparlament die Zahl der sozialdemokratischen Mahner und Dränger ständig zugenommen hätte, nicht stils umfangreicher und intensiver die Mitarbeit unserer Genossen in den Verwaltungsdeputationen geworden wäre.

Wieviel zu tun noch übrig ist, das wurde uns anschaulich geschildert in einer kommunalwählerversammlung des 39. Wahlbezirks, die vom sozialdemokratischen Wahlkomitee am Mittwoch nach den „Germaniasälen“ (Chausseestraße) einberufen worden war. Der 39. Wahlbezirk (Stettiner Bahnhofsviertel) hat am 19. April die Erziehung eines Stadtverordneten vorzunehmen. Ueber die Bedeutung dieser Wahl sprach der Stadtverordnete Genosse Bruns in einem Vortrage, der einen Ueberblick über einige der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben der Stadt Berlin gab. Bruns wies hin auf die Entwicklung Berlins zur Industrie- und Arbeiterstadt, die in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich vollzogen hat. Je mehr der Anteil der Arbeiterklasse an die Gesamtbevölkerung wuchs, desto deutlicher wurde die Notwendigkeit erkannt, in das Rathaus auch Stadtverordnete hineinzuwählen, die dort gegenüber der liberalen Geldherrschaft die Interessen des werktätigen Volkes wahrnehmen könnten. Der Sozialdemokratie blieb es vorbehalten, den minderbemittelten Bewohnern unserer Stadt tatkräftige Vertreter im Stadtparlament zu schaffen. Die Sozialdemokratie war es, die der bisherige kommunalen Rührwirtschaft entgegenstand. Den zähen Kampf, mit dem Liberalismus, den sie begann, hat sie nicht fruchtlos geführt. Im Schulwesen z. B. erreichte sie manche Verbesserung, die dem Nachwuchs der minderbemittelten Rührbürger — nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der kleinen Gewerbetreibenden, der kleinen Beamten usw. — zugute gekommen ist. Bruns erwähnte die Anstellung von Schularzten und die Herabsetzung der Klassenfrequenz, die der geistigen wie der körperlichen Entwicklung der Schuljugend dienen. Und doch, wie weit ist der äußere Zustand unserer Gemeindegemeinschaften noch davon entfernt, den Ansprüchen zu genügen, die die bemittelte Bevölkerung an eine Schule stellt! Warum, so fragte der Vortragende, schicken die Wohlhabenden ihre eigenen Kinder in den ersten Schuljahren nicht in die Gemeindegemeinschaften? Warum haben die höheren Lehranstalten für diese Abo-Schulen besondere „Vorschuulen“, von deren Aufhebung der Freisinn da, wo er selber zu bestimmen hat, nichts hören mag? Im Gesundheitswesen sehen wir Ähnliches. Durch Eröffnung des Virchow-Krankenhauses sind die schlimmsten Mängel, die viele Jahre hindurch bestanden haben, einstweilen beseitigt worden. Aber der Vortragende hob mit Recht hervor, daß die Stadt hiermit doch noch nicht mal das gegenwärtige Bedürfnis voll gedeckt hat, und daß schon jetzt die weitere Vermehrung der Krankenhäuser in Angriff genommen werden müßte, um das zukünftige Bedürfnis rechtzeitig befriedigen zu können. Wird die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit das tun wollen? Sie, die öffentlichen Krankenhäuser sind ja nur für die minderbemittelte Bevölkerung, wieder nicht allein für die Arbeiter, sondern auch für die kleinen Gewerbetreibenden, Beamten usw. Die Wohlhabenden lassen sich zu Hause behandeln oder gehen in eine private Anstalt. Da braucht also der Freisinn sich nicht zu beeilen.

Wählt mehr Sozialdemokraten ins Rathaus hinein! Möchten alle Wähler dritter Abteilung, die das gesagt sein lassen. Ueberzogen sollten das jetzt auch alle Wähler des 39. Wahlbezirks dritter Abteilung, der ja schon durch einen Sozialdemokraten im Rathaus vertreten war und nun als Ersatz für den bisherigen Vertreter unseren Genossen Arbeitersekretär Adolf Ritter wählen soll. Kein Wähler aus der minderbemittelten Bevölkerung darf einen freisinnigen wählen, kein Wähler des 39. Bezirks darf dem Mann seine Stimme geben, mit dem der Freisinn unter dem Vorwand eines Casell und tiefen Bezirkes entziehen zu können meint. Vor allem darf kein Arbeiter es dahin kommen lassen, daß eine künftige Sozialdemokrat weniger im Rathaus sitzt und ein Casell-Trabant mehr hineinkommt. Bruns zeigte in seinem Vortrag, wie schmächtig die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit samt dem Magistrat die Gemeindegemeinschaften getäuscht hat, wie wenig aus den schönen Versprechungen herausgekommen ist, die von dort aus gemacht wurden, als die Sozialdemokraten weitere Lohnaufbesserungen für die Gemeindegemeinschaften forderten. Das kann keinem Wähler aus der Arbeiterbevölkerung gleichgültig sein. Denn es darf nicht übersehen werden: die Gemeindeverwaltung ist Beispiel und Vorbild für die Privatunternehmer. Sie könnte es im Guten sein, aber der Freisinn sorgt dafür, daß sie es möglichst im Bösen bleibt. Wählt mehr Sozialdemokraten ins Rathaus hinein! Dann wird auch der Freisinn Widerstand gegen die notwendige Erleichterung neuer Einnahmequellen, wie z. B. die Wertzuwachssteuer es ist, immer mehr gebrochen werden. Der Vortragende schilderte die Kämpfe, die um diese, die Grundstückspekulation treffende Steuer, geführt werden mußten und noch nicht beendet sind, weil die im Rathaus herrschende Hausbesitzerklasse nicht will, daß der mühselige Gewinn besteuert wird. Er schloß mit der Mahnung an die Wähler, fort und fort den Einfluß der Sozialdemokratie

auf die Gemeindeverwaltung zu stärken und selbstverständlich jetzt im 39. Wahlbezirk dafür zu sorgen, daß wieder ein Sozialdemokrat gewählt wird, ein neuer Kämpfer für die Forderungen, die die erwerbstätige Bevölkerung an die Kommune stellt.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten durch die Genossen Cohn und Dabertow zustimmend ergänzt. Auch der Reichslügenverband, den der Genosse Bruns als neuen und treuen Bundesgenossen des Freisinnigen gekennzeichnet hatte, wurde in der Diskussion noch näher beleuchtet. Unser Wahlkandidat, Genosse Ritter, war verhindert, an der Versammlung teilzunehmen. Der Versammlungsleiter, Genosse Ernst, erinnerte in seiner Schlussansprache an die Rolle, die der programm- und prinzipienlose Reichslügenverband bei den Reichstagswahlen gespielt hat, und wies hin auf die Strupellosigkeit, mit der diese Menschenfresser die indifferente Wählermasse an die Wahlurne geschleudert hat. Er ermahnte alle Genossen zu eifrigster Agitation, damit am 10. April der 39. Wahlbezirk den Arbeitersekretär Adolf Ritter ins Rathaus hineinwählt.

Waidmannslust und Umgegend. Die Mittelgliederversammlung findet am Sonnabend, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schulz, Wittenau, Hauptstr. 23, statt. Vortrag des Genossen Emil Dittner über „Darwinismus und Sozialismus“. Da sonst noch sehr wichtige Angelegenheiten zu beraten sind, ist das Erscheinen eines jeden Genossen Ehrenpflicht.

Nieder-Dehme. Die Parteigenossen werden auf den am Sonnabend, den 6. April 1907, abends 8 Uhr, in dem bekannten Lokale stattfindenden Wahlabend aufmerksam gemacht. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Berliner Nachrichten.

Wenn Straßenpassanten unter die Elektrische kommen, stellt sich in vielen Fällen heraus, daß die zur Befreiung der Verunglückten vorhandenen Rettungsmittel vollkommen ungenügend sind. Das konnte vor einigen Monaten beobachtet werden, als in der Leipzigerstraße ein Radfahrer unter die Vorderplattform eines Straßenbahnwagens geriet. Drei Viertel Stunden dauerte es, um den Verunglückten aus seiner schrecklichen Lage zu befreien und die gleiche Beobachtung machten Passanten am Donnerstag voriger Woche in der Brunnenstraße, wo abends kurz nach 7 Uhr umher der Mügenstraße ein etwa 10jähriger Knabe beim Ueberfahren des Fahrweges von einem Straßenbahnwagen erfasst und überfahren wurde. Die alarmierte Feuerwehr war zwar schnell zur Stelle, allein es fehlte an den nötigen Rettungsmitteln. Sebevorrichtungen waren nicht zur Stelle! Das Publikum, das ja in dieser Gegend fast nur aus Arbeitern besteht, bemühte sich in lobenswerthem Eifer, den schweren vierachsigen Motorwagen anzuheben, während die Feuerwehrleute mit Wagenweideln an der Stirnwand des Wagens sich abmühten. Es gelang, den Wagen etwas anzulüften, doch nach wenigen Augenblicken sackte derselbe wieder, und nochmals wurde das Anheben vorgenommen. Ergreifend war das zeitweilige leise Wimmern des unglücklichen Kindes. Sieben Minuten vor 8 Uhr gelang es, das Kind hervorzuziehen, das entsehtlich verstümmelt und nahezu verblutet war.

Derartige Unfälle stehen leider nicht vereinzelt im Berliner Verkehrsleben da, und es wird wohl unmöglich sein, sie ganz zu verhindern. Um so mehr sollte man aber bestrebt sein, durch geeignete Rettungsvorrichtungen die Wirkungen solcher Unfälle möglichst zu mildern. In solchen wie oben geschilderten Fällen kommt jede Minute in Frage. — Wie man uns schreibt, besitzen die Werkstätten unserer Staatsbahn sogenannte Hebebocke (Jackrahoben), die ein Gewicht von zirka 80 Pfund haben. Diese Hebebocke sind sehr einfach konstruiert; sie bestehen im wesentlichen aus einem Sockel, in den eine Spindel geschraubt ist. Oben ist der Kopf der Spindel horizontal durchbohrt zum Durchstecken einer Brechstange. Auf dem Kopf ist eine bewegliche Pfanne, die das Abgleiten des zu hebenden Gegenstandes verhindert und das Drehen der Spindel erleichtert. Man ist imstande, mit zwei solcher Hebebocke in wenigen Minuten eine schwere Schnellzugmaschine einen halben Meter mit Leichtigkeit hochzuheben. Für die Straßenbahnwagen würden solche Hebebocke von leichterer Konstruktion genügen. Wenn jeder Wagen zwei solcher Hebebocke mit sich führen würde, brauchte man die Hilfe der Feuerwehr nicht erst abzuwarten; in 3—5 Minuten ist der Wagen angehoben und der Verunglückte hervorgeholt. Diese Geräte beanspruchen sehr wenig Raum, sind sehr handlich und lassen sich gut unterbringen.

Einen gewaltigen Verkehr haben die Osterfeiertage gebracht. Das laue Frühlingswetter hatte Hunderttausende ins Freie gelockt und die Verkehrsmittel genügten auch nicht im entferntesten den an sie gestellten Ansprüchen. Auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn gab es schwere Kämpfe um einen Platz. Gewisse Ziffern hat die Eisenbahndirektion noch nicht feststellen können, doch kann schon jetzt gesagt werden, daß der Verkehr auf der Strecke nach Kottbusch an diesem Ostermontag erheblich höher gewesen ist als im Vorjahre; er betrug 43 000 gegen 38 000 im Vorjahre, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Eisenbahn nur die Fahrgäste einer Richtung zählt; diese Ziffern müßten also zum Vergleich mit denen der anderen Verkehrsanlagen verdoppelt werden. Auf der Strecke Berlin—Grünwald wurden am ersten Feiertage 45 000, am zweiten Feiertage 50 000 Personen befördert. Stündlich wurden 18 Züge von der Station Grünwald nach der Stadt abgefertigt. — Die Große Berliner Straßenbahn hatte den größten Massenverkehr in der Stadt zu bewältigen. Ueber 6 1/2 Millionen Personen hat die Große Berliner Straßenbahn mit den vier vergrößerten drei kleineren Gesellschaften an den Osterfeiertagen befördert. Nach Berliner Gewohnheit sind dabei der „Heilige Abend“ und insgesamt drei „Feiertage“ gerechnet. Unter Anziehung der üblichen Fahrten der Inhaber von Zeitkarten ergibt sich für die 4 Tage ein Verkehr von 5 670 800 Personen. Bei allen vier Gesellschaften war der Verkehr am sogenannten zweiten Feiertage weitaus am stärksten. Auf dem ganzen Netz der vereinigten Gesellschaften wurden an diesem Tage über 1 1/2 Millionen Personen, genau 1 519 035 befördert. Die Große hatte am zweiten Feiertage für sich allein einen Verkehr von fast 1 1/2 Millionen Personen, genau 1 248 040. An zweiter Stelle stand der Verkehr der Westlichen Vorortbahn, die am Ostermontag für sich allein etwas über 1 200 000 Personen befördert hat. Fast ebenso viel entfallen auf die Berlin—Charlottenburger Straßenbahn. Auch die Südliche Vorortbahn brachte es am Ostermontag in diesem Jahre auf einen Verkehr von 30 000 Menschen an einem Tage. Trotz dieser hohen Zahlen war der Verkehr am zweiten Feiertage in diesem Jahre nur bei der Südlichen größer als im vergangenen Jahre. Alle drei anderen Gesellschaften weisen einen kleinen Rückgang auf, der aber durch die Zunahme des Verkehrs an den anderen Tagen meist ausgeglichen wird. Nur die Berlin—Charlottenburger Straßenbahn hatte auch einen etwas geringeren Gesamtverkehr gegen das Vorjahr.

Ueber den Osterverkehr der Staatseisenbahnen liegt bereits die amtliche Zusammenstellung vor. Danach wurden an den letzten vier Tagen vor Ostern auf den Berliner Fernbahnhöfen im Fernverkehr

144 758 Fahrkarten verkauft; die Steigerung gegen das Vorjahr betrug 1,5 Prozent. Ueber den fahrplanmäßigen Personen- und Schnellzüge sind in der Zeit vom 27. März bis 1. April noch 228 Sonderzüge von Berlin und 167 Sonderzüge nach Berlin gefahren worden. Im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wurden am Fahrkartendeckungs am Karfreitag 626 875, am ersten Osterfeiertage 911 514, am zweiten Feiertage 1 082 483 und am dritten Feiertage 575 347, insgesamt 3 178 219 Fahrkarten. Der Vorortverkehr hielt sich somit in der Höhe des Vorjahres.

Glücksfall. Im Berliner Nylverein für Obdachlose nächtigten im Monat März im Männerasyl 19 068 Personen, wovon 7792 badeten, im Frauenasyl 3573 Personen, wovon 832 badeten.

Die verworrenen Grenzverhältnisse in den Vorstädten Berlins werden recht drückend gekennzeichnet durch eine an das „Berliner Tageblatt“ gerichtete Zuschrift, in der es heißt:

„Ich wohne seit vier Jahren in der V.-Straße; als ich die Wohnung mietete, wurde mir vom Wirt der Bescheid, daß das Haus zu Schöneberg gehöre. Ich wurde dort auch polizeilich gemeldet und bezahlte dorthin meine Steuern. Pflötzlich empfieng ich im Januar d. J. von der Gemeinde Wilmersdorf ein Schreiben, daß nach Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 26. September 1905 eine Wohnung, die in verschiedenen kommunalen Bezirken liegt, in dem Gemeindebezirk steuerpflichtig ist, in welchem der überwiegende Teil der Wohnung liegt, und ich daher jetzt zu Wilmersdorf gehöre. (Ich erfuhr erst dadurch, daß das Hinterhaus des Grundstücks auf Wilmersdorfer Terrain liegt.) Ich müßte binnen acht Tagen sämtliche an Schöneberg bisher bezahlten kommunalen Steuern an die Stadt Wilmersdorf nachzahlen, widrigenfalls Exekution erfolgen würde. Entrüftet laufe ich auf das Amt in Wilmersdorf, dort wird mir ein Antrag zur Unterzeichnung vorgelegt, in dem Stundung dieser Steuern bis nach erfolgter Einigung und Verrechnung mit Schöneberg erbeten wird. Ich unterzeichnete diesen Antrag. Darauf erholte ich von der Gemeinde Schöneberg auf einen Antrag meinerseits um Fristverlängerung der Abgabe der Steuererklärung für das Jahr 1907 den Bescheid, daß dieses Schreiben an den Landrat des Kreises Teltow weitergegeben sei, da ich jetzt in Wilmersdorf wohne, und einige Tage darauf erhielt ich vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission des Kreises Teltow den Bescheid, daß mein Besuch bewilligt sei. Ich gab daraufhin meine Steuererklärung an das Landratsamt des Kreises Teltow ab und war nun sicher, daß ich meinen Wohnsitz in der Gemeinde Wilmersdorf hätte. Die inzwischen fällig gewordenen Steuern wurden von der Stadt Wilmersdorf pünktlich erhoben und auch von mir bezahlt. Da erhalte ich plötzlich am 28. März folgendes Schreiben vom Magistrat von Schöneberg:

„Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß Ihre Veranlagung für das Jahr 1906 hier selbst noch zu Recht besteht und Sie daher bis zum Ablauf desselben (31. März 1907) im hiesigen Orte steuerpflichtig bleiben. Gleichzeitig wird Ihnen mitgeteilt, daß die Veranlagung für das Steuerjahr vom 1. April 1907 bis Ende März 1908 ebenfalls hier durch die hiesige Veranlagungskommission erfolgen wird.“

Ich möchte nun die Frage als Preisaufgabe stellen: 1. zu welcher Gemeinde gehöre ich, 2. wohin muß ich meine Steuern bezahlen, 3. wo kann ich eventuell mein Kommunalwahlrecht ausüben? Ich bin in Schöneberg polizeilich gemeldet, und die beiden Städte Wilmersdorf und Schöneberg streiten sich um mich, wo ich Steuern bezahlen soll; postalisch gehöre ich natürlich zu Berlin.“

Diese Zuschrift beweist mehr als zur Genüge, wie unhaltbar die gegenwärtigen Zustände zwischen Berlin und den Vororten und den Vororten unter sich sind. Sie weisen immer deutlicher auf die Schaffung eines „Groß-Berlin“ hin, das schon längst eine wirtschaftliche Einheit geworden ist.

Die Bilettdruckereien der Staatsbahnverwaltung sind noch immer derart mit dem Neubau der Fahrkarten zum 1. Mai in Anspruch genommen, daß die Herstellung der zusammenstellbaren Fahrscheine an Privatdruckereien hat vergeben werden müssen. Für den Eisenbahndirektionsbezirk Berlin allein sind 70 Serien (Nummer 810 bis 880), je in den verschiedenen Klassen und Preislagen, herzustellen. Es ergibt dies eine Gesamtauflage von weit über eine Million Fahrscheine, die nicht allein hier, sondern auf allen größeren Stationen des In- und Auslandes aufgelegt werden. Die von auswärts angeforderten Fahrscheine werden in Umhängeln mit besonderem Aufdruck versandt und außerdem sind die eigentlichen Umschläge für die Vuchfahrkarten herzustellen, deren Anzahl auch über eine halbe Million beträgt. Ohne die Mitwirkung der Privatdruckereien würde die rechtzeitigige Fertigstellung der Fahrkarten zum 1. Mai kaum möglich sein.

Der Schiffsverkehrsverkehr auf der Spree und Havel entwickelt sich jetzt mehr und mehr; die öffentlichen Landeplätze reichen bei weitem nicht mehr aus und die Rähne müssen oft längere Zeit warten, bis ein neuer Platz zum Anlanden geschaffen wird. Es dauert mitunter mehrere Tage, ehe die Ladung gelöscht werden kann. Dieser Stauamt dürfte allerdings die Eröffnung des neuen Hafens in Spandau ein Ende bereiten.

Eine neue Fahrgehwindigkeitsordnung für die Oberpre ist von der Strompolizei erlassen worden. Danach dürfen auf der Spree-Strecke von „Große Kanäle“ bis Plutrug „Fürstentwader Spree“ Schleppdampfer mit beladenen Anhängern und allein fahrende Dampfer von mehr als fünf Meter Breite auf der Vergaher höchstens mit einer Geschwindigkeit von 3,5 Kilometer und auf der Talfahrt Schleppdampfer mit beladenen Zillen mit einer Höchstgeschwindigkeit von sechs, allein fahrende Dampfer von fünf Meter Breite mit einer solchen von höchstens fünf Kilometer in der Stunde verkehren. Dampfer, die leere Zillen schleppen und solche von einer Breite von höchstens fünf Meter, dürfen stromaufwärts eine Fahrgehwindigkeit bis zu fünf, stromabwärts bis zu sieben Kilometer in der Stunde entwickeln.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern im Fabrikraum der Firma Lüderitz u. Bauer, Mauersstr. 80. Dort geriet ein noch nicht 16 Jahre altes Lehmadmchen mit der linken Hand in die Nutmaschine, wobei ihr drei Finger abgequetscht wurden. Die Verunglückte wurde nach dem Richterfelder Arztkrankenhaus gebracht. Der Unfall wird auf das Konto des in diesem Betriebe herrschenden unerhörten Antreiberstems gesetzt. Kurz nachdem das Unglück geschehen, ist eine neue Schutzvorrichtung an der Maschine angebracht worden.

Der Brand der Berliner Elektrizitätswerke hat speziell im Norden Berlins für viele Geschäfte, die Licht und Kraft von der Unterstation Voltastraße beziehen, erheblichen Schaden im Gefolge gehabt. Da die elektrische Beleuchtung versagte, mußten viele Läden wegen Lichtmangels schließen. Andere setzten in Eile die Gasbeleuchtung in stand oder bogen in den Häusern alle überflüssigen Lampen zusammen, um eine notdürftige Beleuchtung zu schaffen. In der Weimarsstraße hatte ein Delikatessgeschäft die Schaufenster mit einigen Dutzend großer Lichter beleuchtet. Den größten Schaden hatten freilich die Besitzer der im Norden besonders zahlreichen Kinematographentheater, welche schließen mußten, da für sie das elektrische Licht eine Lebensbedingung ist. Besonders wurden auch die großen Gastwirtschaften in Mitleidenschaft gezogen, welche die moderne elektrische Beleuchtung eingeführt haben. In vielen starkbesuchten Etablissements mußte man auf die Kerzenbeleuchtung zurückgreifen, die sich selbstverständlich für größere Lokale als unzulänglich erwies. Die altwärdige Beleuchtungsart zeitigte der Komik nicht entbehrende Zustände.

Der Verein Berliner Weißbierwirte hielt seine Prüfung im großen Saale des Arzingervereinshauses, Chausseestraße 88, ab. Das erste Arzingervereinshaus mit seinen Sälen hat nur elektrische Beleuchtung, die infolge des Feuers nicht funktionierte. Jede andere Notbeleuchtung, Gas- oder Petroleumlampe fehlte. Als die Dämmerung herüberkam, stand der ganze Saalbau in Finsternis gefüllt da. Der Wirt mußte das Halbsmittel graues

Porzellan in Anspruch nehmen und schleimgig Hunderte von Stearinkerzen herbeischaffen lassen, die in die Halle ebenso vieler Champagnerflaschen gesteckt mit ihrem fahlen, flackernden Scheine den Räumen ein gespenstiges Kolorit verliehen. Auch die Beleuchtung der Gänge und Treppen, der Garderobenträume und des großen Vorraumes mußte in derselben primitiven Weise erfolgen. Die Gastwirte nahmen dieses Ungemach mit Humor auf und verhandelteso gut es ging, weiter.

Durch einen ungetreuen Beamten ist die Steuerkasse der Berliner Stadthofe um den Betrag von 4068 M. geschädigt worden. Der geschäftsführende Ausschuss macht aber am 17. d. M. zusammengetretenen Stadthofe darüber folgende Mitteilungen: Der Sohn eines im Dienste der Stadt Berlin ehrenvoll ergrauten Beamten war nach abgelegter Prüfung als Buchhalter in der Steuerverwaltung angestellt worden. Des in ihm gesetzten Vertrauens seiner Vorgesetzten, seiner Mitarbeiter und auch seiner Untergebenen hat er sich unwürdig gezeigt. Er verleitete ihn unterstellte Steuererheber in einigen Fällen zu der pflichtwidrigen Handlung, daß sie eingezogene Steuern nicht instruktionsgemäß an die Kasse einzahlten, sondern an ihn abliefern. Auch hat er Steuerquittungen gefälscht und Steuern selbst eingezogen. Die Gelder unterschlug er und schätzte, als die Verfehlungen entdeckt waren und die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben wurde. Ein Bureauassistent, der in einem Falle Kenntnis von der Verfehlung erhalten, aber keine Anzeige erstattet hatte, ergriff gleichfalls die Flucht, ist aber aus Hamburg zurückgekehrt. Zwei andere Assistenten haben Unterschriften hergegeben, die dem Destraubanten zur Verdeckung der Unterschlagungen dienen konnten. Erst im schwebenden Strafverfahren kann festgestellt werden, ob und wie weit diese drei Beamten dabei gefehlt haben, da der Destraubant Akten gefälscht und auch solche vernichtet hat.

„Die Athletik“

nennt sich ein neues Blatt, das als „Organ des Arbeiter-Athleten-Bundes Deutschlands“ herausgegeben wird. Welche Aufgaben sich das Blatt gestellt hat, erhellt aus dem Programm-Artikel: „Was wir wollen“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Wir erstreben, den Sport und vor allen Dingen den athletischen Sport in den Dienst des Volkes zu stellen. „Wort und Taten“, das war der Grundsatz der Griechen und Römer; leider ist heute in unserer Zeit der industriellen Ausbeutung der Kraft jedes einzelnen wenig Zeit zur Ausbreitung und Bildung des Sports vorhanden. Die ungeheure Entwicklung der Industrie hat es zu Wege gebracht, daß vor allem der Arbeiter körperlich und geistig der Degeneration anheimfällt. Aus diesem Grunde muß es Aufgabe der sportlichen Vereine sein, gerade die Arbeiterklasse zur regen Beteiligung am Sport heranzuziehen, da nach einem bekannten Grundsatz ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnen kann. Die Arbeiter brauchen mehr als jede andere Klasse der Bevölkerung eine sportliche Ausbildung ihres Körpers, weil sie in den allermeisten Fällen durch die fast in allen Industrien eingeführten Teilarbeiten selbst einseitig und körperlich zurückgeblieben sind. Es kann aber nicht Aufgabe der Arbeiterklasse sein, Vereinen anzugehören und Bestrebungen zu unterstützen, die dem Massenempfinden der Arbeiter direkt entgegenwirken; es kann nicht Aufgabe der Arbeiterklasse sein, sich dazu herzugeben unter dem Deckmantel Politik wird nicht getrieben“ und bei jeder Gelegenheit Hurra zu rufen.

Unsere Aufgabe soll es in Zukunft sein, die sportlichen Vereine unseres Verbandes dahin zu erziehen, daß vor allem der Grundsatz „Ordnung und Sterne begehre ich nicht“ in unseren Vereinen den höchsten Anlang findet.

Wir wollen den Sport nicht als ein Privilegium der Besitzenden betrachtet wissen, sondern wollen dem gesamten Arbeiterstande die nützliche, geistige und körperliche Wirkung zugänglich machen.

Wir wollen gegen eine Reihe allhergebrachter Gewohnheiten auch in den Reihen unserer Sportgenossen unsere Stimme erheben, es soll unsere Aufgabe sein, dem Reklamen- und Prämiens-Anwesen ein Ende zu bereiten und einer vernünftigen Anwendung der körperlichen Kraft und der Ausbreitung des Sports die Wege zu ebnen. Allen diesen Grundsätzen soll in Zukunft unsere Unterstützung gewidmet sein.

Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, durch unser Organ die Schäden und Mängel, welche unserem Sport anhaften, zu beseitigen. Lange Zeit hat es bedurft, ehe es gelungen ist, den Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands zu gründen. Klein ist noch die Zahl, aber mit dem Erscheinen unseres Organs hoffen wir auch die uns noch fernstehenden heranzuziehen.

Wir hoffen, daß „Die Athletik“ ein neuer Streiter im Kampf für sportliche Anerkennung der Arbeiterklasse sein wird.“

Im Passage-Theater debütierte eine vortrefflich gekulte japanische Akrobatentruppe, die Ki-ta-fuku. Sie erfreuen schon das Auge durch ihre farbenprächtigen, geschnittenen Gewänder. Schade, daß statt der Bühnendekoration im ausgearbeiteten Jugendstil nicht aus japanisches Milieu geboten wurde. Die Leistungen selbst zeugen von geschmeidigster Körperkultur. Besonders entzückten Vorführungen an der in Japan beliebten Stange und Fußhohlgitarre. Etwas graulich mutete der Sprung durch eine mit bloßen Schwertern gespidete Trommel an. Das Programm bot auch sonst Mannigfaches und Interessantes. Elegante Leistungen führten am Schwebereck The Drions vor. Viel belacht wurden die Exzentris Francis und Francis mit ihrer Stierkampfarodie. Durch floite Tänze — darunter den ungarischen Czardas — unterhielten Mizzi und Gega Varadi. Daß man sogar um die Ecke schielen kann, zeigten die kunstschönen Drowning. Eine Wiener Soubrette, ein italienischer Opernänger, die lomischen Improvisationen des reimehäftelnden Abnormitätenfängers Corradini sowie Georg Kaisers mimische Charakterisierungen vervollständigten das reichhaltige Programm.

Das Apollo-Theater bringt in seinem neuen Programm das Gastspiel eines Original-Hunde-Wauern-Theaters von Merian, welches das Rimodram „Ein ungetreues Weib“ — von dreifertigen Hunden dargestellt — zur Aufführung bringt und ohne Zweifel die Hauptnummer in dem amüsanten Programm bildet. Die „Künstlertruppe“ agiert, in entsprechende Kostime gekleidet, mit einer Ungeuertheit, als hätte sie nie andere als Bühnenluft geatmet und das alles, ohne daß der „Regisseur“ und Lehrmeister auf der Bühne anwesend ist und von hier aus dirigiert. In lustigen Szenen mit Kirmesmusik wird das Leben auf einem Dorfe vorgeführt, bis das eigentliche Liebesdrama einsetzt, das mit der Flucht des Nebenbuhlers aus dem Hause und mit einer obligaten Kauferei und Schieferei endet. Die Dressurkunst zeigte sich in ihrer ganzen Glorie. Aus der Fülle der übrigen Darbietungen sei besonders die Violin-Virtuosin Fel. Reih. J. rmen hervorgehoben, deren Vorträge „Frühlings Erwachen“ von Walter, Rigeurweisen von Sarafate und La Canarie (Imitation eines Kanarienvogels) lauten Beifall erzielten.

Zwei große Brände beschäftigten in der letzten Nacht und gestern früh die 5. Kompanie in der Wilhelmstr. 70a und Kommandantenstraße 72 an der Weststraße. In der Wilhelmstraße stand um Mitternacht das Hotel „Der Reichshof“ von E. Adlon in großer Ausdehnung in Flammen. Das Hotel wird zurzeit vollständig umgebaut und ist deshalb geschlossen. Als nach 10 Uhr der Brand bemerkt wurde, standen das zweite und dritte Stockwerk sowie das Dach des rechten Seitenflügels mit dem Dach des Quergebäudes schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten besonders an den überall herumliegenden Sandhölzern, Brettern usw. reiche Nahrung gefunden. Der 19. Zug fand bei seinem Eintreffen schon einen ausgebreiteten Brandherd vor. Der Angriff war wegen der großen Verqualmung der vielen Baumaterialien usw. sehr schwierig. Es wurde deshalb eine große mechanische Leiter vor dem Hause aufgestellt und über diese sowie über einen Hofeileitergang mit Erfolg mehrere Schlauchleitungen vorgenommen. Branddirektor Reichel, der bald nach Ausbruch des Brandes mit dem 17. und 18. Zuge eingetroffen war, ließ von vier Dampfstrahlen unausgesetzt

Gerichts-Zeitung.

Die Offiziersfälle in der Friedrichstadt.

Die Offiziersfälle in der Friedrichstadt unterlag gestern zum zweitenmal der Prüfung eines Gerichtshofes. Im kleinen Schwurgerichtssaale des alten Kriminalgerichtsgebäudes begannen die Verhandlungen einer umfangreichen Anklage gegen den Kaufmann Fritz Uhlig, der beschuldigt ist des Betruges, begangen an 42 Offizieren und acht anderen Personen, der Untreue, Urkundenfälschung, versuchten Rötigung und Verleitung zum Meineide. Es sind 30 Zeugen geladen, eine große Anzahl von Offizieren ist kommissarisch vernommen worden. Als psychiatrische Sachverständige sind die Gerichtsärzte Dr. Störmer, Dr. Marx und Oberarzt Dr. Falkenberg geladen. Es handelt sich bei der Anklage um Vorgänge aus den Jahren 1903 und 1904, um Darlehensschwindeln, die en gros betrieben worden sind. Uhlig betrieb in Gemeinschaft mit dem Kaufmann Fritz Schneider in der Friedrichstraße 127 ein Darlehensgeschäft unter der handelsgerichtlich eingetragenen Firma „Uhlig u. Co.“, das sich mit Finanzierungen, Grundstücksverkehr und Musikinstrumentenbetrieb befassen sollte. Der Sozias des jetzigen Angeklagten, Fritz Schneider, wurde vor Jahresfrist zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Er verfährt zurzeit diese Strafe und ist zum jetzigen Termin als Zeuge aus dem Zuchthause vorgeführt worden. Damals hatte der Gerichtshof als strafmildernd angenommen, daß Schneider unter dem Einflusse des Uhlig gestanden habe. Wenige Tage nach der Verurteilung des Schneiders wurde der Kriminalschuyman Otto Seifert zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er überführt war, Indiscretionen und Durchstreichereien zugunsten des Uhlig begangen zu haben, so daß dieser über alle Maßnahmen der Behörden in der gegen die Firma Uhlig u. Co. anhängig gemachten Strafsache und alle wichtigen Schritte der Kriminalpolizei unterrichtet gewesen sein soll. Gegen Uhlig selbst konnte damals nicht verhandelt werden, weil er durch ein psychiatrisches Gutachten als geistesgestört erklärt und nach der Irrenanstalt Herzberge übergeführt worden war. Er hat dort etwa achtzehn Monate zugebracht und ist schließlich als gesund erklärt worden. Uhlig u. Co. erließ in zahlreichen Berliner und auswärtigen Zeitungen Inserate, in welchen Darlehen für Kavaliere angeboten wurden. Die Hauptkunden der Firma Uhlig u. Co. waren junge Offiziere, die zur Erlangung größerer Darlehen Blanko-Wechsel ausstellten und allerlei Vorposten für Auskünfte und dergleichen zahlen mußten und dann entweder gar kein Geld oder nur einen ganz geringen Teil der von ihnen verlangten Summe erhielten. Die Firma Uhlig u. Co. hatte aber die Wechsel der Offiziere verkauft und am Fälligkeitstermine mußten sie in voller Höhe von den hineingefallenen Opfern der Firma eingelöst werden. Weigerte sich jemand, zu bezahlen, dann wurde mit einer Anzeige beim Regimentskommandeur gedroht. Häufig schidten die Offiziere, wenn sie kein Geld erhielten, Mahnbriefe, einzelne von ihnen begaben sich auch wohl persönlich in das Bureau der Firma. Unbequeme Mahner sollen auf originelle Weise um ihren Erfolg gebracht worden sein. Wie in dem Prozeß gegen Schneider zur Sprache kam, soll sich in dem an der Treppe belegenen Klosett ein kleines Gutlöch befunden haben, von wo aus immer inspiziert wurde, wer Einlaß gelehrt. War der Mann unbequem, dann soll der jeweilige anwesende Chef der Firma entweder im Klosett verblieben sein oder sich im Kleiderkasten versteckt haben.

Durch die Vernehmung des Angeklagten wurde u. a. festgestellt, daß dieser sich eine Zeitlang als Klavierspieler in Wirtschaften ernährt hat, dann ein Zigarrengeschäft betrieb und schließlich zur gewerbmäßigen Vermittlung von Darlehen überging. Seit Ende Mai 1903 war er mit Schneider in Verbindung getreten. Letzterer hatte schon vorher mit einem Kaufmann Franke unter der Firma „Franke u. Schneider, Bank- und Kommissionsgeschäft“ solche Darlehen vermittelt. Er war zuerst Buchhalter bei Uhlig, dieser nahm ihn Anfang Januar 1904 als Sozias auf und die eingetragene Firma Uhlig u. Co. beschäftigte sich neben dem Betrieb von Klavieren und Harmoniums hauptsächlich mit Darlehensvermittlungen. Die Seele des Geschäfts soll Uhlig gewesen sein; er soll die besonders schwierigen Geschäfte erledigt und den mündlichen Verkehr besorgt haben, Schneider besorgte mehr die Geschäfte mit den Offizieren und ihm lag die Verfilberung der Aktepte ob. Der Präsident hob u. a. auch hervor, daß trotz sorgfältigster Recherchen keinerlei Bücher über die Geschäfte der Firma Uhlig u. Co. aufgefunden werden konnten. Sie sollen verbrannt worden sein. Schneider hat eine große Anzahl von Darlehensanträgen, in denen sich die Offiziere zur Zahlung einer Provision verpflichtet hatten, gleichfalls besetzte schaffen wollen, indem er sie in die Spree warf. Sie sind aber herausgefischt worden. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Störmer, der den Angeklagten feinerzeit nach dessen Verhaftung längere Zeit beobachtet hat, hatte sich damals bei diesem im Zustand kombinatorischer Verwirrtheit herausentwickelt. Eine solche ist der Grundzug seiner Psychose. Heute haben sich die Symptome wesentlich abgeschwächt. Dieser Zustand ist erst während der Haft entstanden unter dem Druck der Einsamkeit und vielleicht auch der Gewissensbisse, doch entwickelte sich die mit Hysterie kombinierte Paranoia auf einem schon vorher vorhandenen vorbereiteten Boden. Uhlig erkrankte also erst in der Haft an der geistigen Störung, es zeigte sich Gröhen-, Beeinträchtigungs- und Verfolgungsideen. Die Geistesgestörtheit ist abgebläht, so daß heute mit dem Angeklagten verhandelt werden kann. Es ist nicht nachgewiesen, daß der Angeklagte zur Zeit der ihm jetzt zur Last fallenden Taten sich in einem Zustande befunden hat, der die Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches erheischen würde. Oberarzt Dr. Falkenberg, der den Angeklagten fast ein Jahr in der Anstalt Herzberge beobachtet hat, und der Gerichtsarzt Dr. Marx schlossen sich im wesentlichen diesem Gutachten an. Der Vorsitzende ging dann zur Erörterung der einzelnen Fälle über, auf die wir nur zurückkommen werden, wenn sie allgemeineres Interesse haben. Uhlig bestreitet in allen Fällen seine Schuld. Für die Verhandlung sind sechs Tage angelegt.

Heiratschwindler.

Als eine überaus niederträchtige und gemeine Handlungswette bezeichnete der Amtsanwalt einen Heiratschwindler, den der Schneidermeister Emil Zimmer gegen ein armes Dienstmädchen verübt hatte. Wegen Betruges, Verleumdung und Körperverletzung mußte sich Z. gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Das Dienstmädchen Anna W. diente bei einer Herrschaft, die bei dem Angeklagten arbeitete. Durch verschiedene Besorgungen, die das Mädchen für ihre Herrschaft bei Zimmer machen mußte, wurde sie mit dem Angeklagten befreundet. Aus dieser Bekanntschaft entwickelte sich bald ein Liebesverhältnis. Eines Tages klagte der Angeklagte dem Mädchen seine Not und erklärte, er würde sich erschlagen, wenn es ihm nicht gelänge, Geld aufzutreiben. Die W. gab ihm sofort aus Wittele 40 Mark. Da Zimmer ihr Heiratsausichten machte und viel von ihrer zukünftigen Wohnung sprach, war sie so vertrauensselig und händigte dem Angeklagten ihr Sparkastenschlüssel aus mit der Erlaubnis, 200 Mark davon abzuholen. Zimmer hob jedoch am nächsten Tage 500 Mark ab und verbrachte einen großen Teil des sauer ersparten Geldes in leichtsinniger Gesellschaft. Eines Tages erfuhr der Bruder des Angeklagten bei der W. und machte ihr Vorwürfe, daß sie sich mit einem verheirateten Manne einlasse. Nun erst erfuhr die Betrogene, daß der Angeklagte verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist. Trotzdem sie so schändlich betrogen und um ihre Ersparnisse gebracht worden war, nahm sie von einer Anzeige Abstand und wollte nur ihr Geld zurück haben. Als der Angeklagte nach Verlauf mehrerer Wochen keine Anstalten traf, das Geld zurückzugeben, schrieb die W. einen Brief an ihn. Am nächsten Tage erschien Zimmer während der Abwesenheit der Herrschaft bei der W.

Wasser geben, um ein Ueberspringen der Flammen nach dem Hause Nr. 71 zu verhüten. Die große Ausdehnung des Brandes ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß fast sämtliche Türen und Fenster offen waren und dadurch den Flammen unbehinderter Einlaß und schnelles Umsichgreifen erleichtert wurde. Nach mehrstündiger angestrengter Tätigkeit war die Nacht des entsehten Elementes gebrochen. Das Hotel hat durch den Brand sehr gelitten. Das Dach muß vollständig erneuert werden.

Nach der Kommandantenstr. 72, dem „Neuen Klubhause“, wurde die 5. Kompanie gestern früh um 7 Uhr gerufen. Dort stand der Dachstuhl des Hauses total in Flammen. Auch hier leisteten die mechanischen Leitern wertvolle Dienste. Die Verqualmung der Treppen erschwerte das Vordringen, weshalb mehrere Schlauchleitungen über die Leitern vorgenommen wurden. Die Flammen hatten an dem Hausrat der Mieter und dem Dachgebäl des alten vierstöckigen Hauses so reiche Nahrung gefunden, daß es längerer Lösbarkeit bedurfte, um des Feuers Herr zu werden. In beiden Fällen konnte die Entstehung des Brandes nicht mehr festgestellt werden. Außer diesen beiden großen Bränden mußten noch mehrere kleinere Brände in verschiedenen Stadtvierteln gelöscht werden.

„Feuer im königlichen Gebäude“ alarmierte gestern Abend kurz vor 7 Uhr mehrere Kompanien der Berliner Feuerwehr. Diese rückte wie bei „Mittelfeuer“ sofort mit 24 Fahrzeugen nach der gemeldeten Brandstelle in der Prinz Louis Ferdinandstraße 4 aus. Dort war im Keller des Kulissenhauses der königlichen Schauspiele an der Stadtbahn durch Unvorsichtigkeit Feuer ausgebrochen. Es brannten Spähne u. a. vorn nahe der Straße. Branddirektor Reichel ließ sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und es gelang, den Brand im Keime zu erlösen. Der Brand hatte wegen des großen Aufgebotes der Feuerwehr und der Polizei, sowie wegen der strengen Aufsichtung in dem verkehrsreichen Stadtviertel nahe den Linden und dem Bahnhof Friedrichstraße eine große Aufregung hervorgerufen, die sich erst legte, als die berittene Schymannschaft wieder abrückte.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerödorf.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Gewerbegerichts für das Jahr 1906 wurden 360 Klagen anhängig gemacht gegen 256 im Vorjahre. Von diesen wurden erledigt 70 durch Vergleich, 72 durch Verurteilung; Verurteilungsurteile wurden 58 gegen Beklagte und 3 gegen Kläger erlassen, 80 Klagen fanden durch Zurücknahme ihre Erledigung, abgewiesen wurden 49, unerledigt blieben 29 und dem Kaufmannsgericht überwiesen wurden 2 Klagen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 122 Klagen bis 20 M., bei 93 20—50 M., bei 71 50—100 M. und in 90 Fällen über 100 M. Als Einigungsamt trat das Gericht nicht zusammen. Das Kaufmannsgericht hatte im zweiten Jahre seines Bestehens 98 Klagen gegen 25 im Vorjahre zu erledigen. Von diesen betrug das Streitobjekt in 34 Fällen unter 100 Mark, über 100 M. in 63 Fällen; durch Vergleich wurden 21 Fälle erledigt, durch Verurteilung 7, abgewiesen 8, durch Zurücknahme 24, Verurteilungsurteile gegen Beklagte ergingen 18, unerledigt blieben 16 Fälle, dem Gewerbegericht wurden 4 Fälle überwiesen.

Grünevald.

Eine Erweiterung erfährt das Rathaus der Gemeinde Grünevald durch einen Anbau. Die neuen Räumlichkeiten werden zur Unterbringung des Gemeindebauamtes und anderer Verwaltungsbureaus dienen.

Pankow.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst der auf 12 Jahre gewählte zweite besoldete Schöffe Statwig aus Stolp in Pommern in sein Amt eingeführt; des weiteren die in der Gefängniswahl gewählten Gemeindeverordneten der ersten und zweiten Abteilung. Vor der Einführung wurde ein Beschluß über die Giltigkeit der Wahlen herbeigeführt, trotzdem von einem Wähler ein Protest gegen die Giltigkeit der Wahl eingegangen war. Der Protest stützte sich auf die Veränderung der Wahlzeit bei der Stichwahl; während bei der Hauptwahl die Wahlzeit von 3 bis 6 Uhr festgelegt war, wurde bei der Stichwahl die Zeit von 4 bis 6 Uhr bestimmt. Bei der Bewährung von Vertretungsgeldern für einen zu einer militärischen Übung eingezogenen Lehrer wurde von unseren Genossen Beschwerde geführt über das eigenmächtige Verhalten eines Gemeindegelders, welcher die Kinder um 10 Uhr nach Hause schickte, um dieselben dann an schulpflichten Nachmittagen von 1 bis 4 Uhr den Unterricht nachholen zu lassen. Der Grund dieser Maßnahme sei, daß der Herr Lehrer während der Schulzeit in der Kirche die Orgel spielt und deshalb des öfters auch nachmittags bei Trauungen die Kinder sich selbst überläßt. Der von der Gemeinde erworbene Kitzsch von Hornsche Park soll den Namen „Bürgerpark“ führen. Bei Bewilligung von Mitteln zur Entnahme von Wasser aus den Berliner Wasserwerken wurde wiederum die Wasserfrage angeschnitten. Die Angelegenheit wurde jedoch, da es sich um vertrauliche Mitteilungen handelte, für die nicht öffentliche Sitzung zurückgestellt. Die Gebühren für die Benutzung des medico-mechanischen Instituts im hiesigen Stranzenhause sind auf 1 M. pro Stunde herabgesetzt worden. Der für die Lehrer neu festgesetzte und erhöhte Besoldungsplan ist von der Regierung genehmigt worden.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der Gemeindevorsteher Schulz als Schöffe in sein neues Amt eingeführt. Da der Gemeindebezirk neu vermessen werden soll und dementsprechend neue Pläne anzufertigen sind, wurde der Landmesser Schulz aus Steinitz auf die Dauer von zwei Jahren als Landmesser der Gemeinde angestellt. Alsdann wurde beschlossen, für 1907 eine Kanalisationsgebühr von 3 Proz. zu erheben. Zur Beschlußfassung gelangten des weiteren die beiden folgenden Punkte der Tagesordnung: Verlegung der höheren Mädchenschule und Kündigung der im Klauschen Hause gemieteten Räume sowie Errichtung einer Anabensvorschule. Die Schulkommission hatte empfohlen, eine weitere Klasse neu einzurichten und zwar die siebente. In diese Klasse sollen wie bisher, auch Knaben aufgenommen und der Schule der Name „Höhere Mädchenschule mit Anabensvorschule“ beigelegt werden. Die Schule soll vom 1. Oktober nach der Buchholzstraße in das bisherige Volksschulgebäude verlegt werden, das durch den Schulhausneubau frei wird. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Der Baukommission wurde die Vollmacht erteilt, die Arbeiten für den Schulhausneubau und die Umpflasterung der Kaiser Wilhelmstraße in der von der Gemeindevertretung festgesetzten Höhe bis 10 000 M. zu vergeben. Außerdem ist der Kommission gestattet, Reparaturen bis zum Betrage von 500 M. selbst zu vergeben. Infolge der in letzter Zeit vorgekommenen Einbrüche wurde beantragt, etwas mehr für die öffentliche Sicherheit zu tun. Der Gemeindevorsteher versprach die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen und der Gemeindevertretung demnächst einen diesbezüglichen Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Zegel.

Mit einer Schusswunde im Halse aufgefunden wurde vorgestern in der ersten Abendstunde in der Nähe der Humboldtstraße der Schmied Franz Kuzner aus Friedrichshagen. Als zur genannten Zeit der Forstleibe Vogel den sogenannten Bromensadenweg passierte, vernahm er ein Stöhnen aus der Gegend der Humboldtstraße und entdeckte bald darauf den A. in einer großen Blutlache bewußtlos liegend. Der Schmied hatte sich aus einem neben ihm liegenden Revolver eine Kugel in den Hals gefügt, die jedoch nicht tödlich gewirkt hatte. Der sofort hinzugerufene Arzt, Dr. Röser aus Zegel, legte dem Schwerverwundeten einen Notverband an und veranlaßte die Ueberführung des Lebensmüden in das Virchow-Krankenhaus, wo der Schmied in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Anstatt ihres Geldes erhielt sie von Z. noch Prügel und wurde von ihm mit den gemeinsten Schimpfwörtern belegt. Nun erst erstattete das Mädchen eine Strafanzeige. — Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht auf die unglaublich niederträchtige und gemeine Handlungsmethode trotz der bisherigen Unbeholfenheit des Angeklagten eine empfindliche Strafe für angebracht und beantragte 9 Monate und 3 Wochen Gefängnis. Das Schöffengericht erkannte auf 6 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Polizei-Musterbrante.

Wegen öffentlicher Beleidigung und Verübung ruhestörender Lärmes ist am 18. Juli v. J. vom Landgericht Trier der Polizeidiener Johann Sebastian in B. zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Am 27. September 1905 lag der Angeklagte in einer Gastwirtschaft. An einem anderen Tische saß der Bürgermeistersekretär K. und erzählte zwei anderen Gästen davon, daß ein Lehrer einen Schüler geprügelt habe. Der Angeklagte mischte sich hinein und sagte: Ich habe auch einmal einen Lämmel geschlagen. Da er damit den Sohn des neben K. sitzenden B. meinte, fragte K. den Angeklagten, was er wolle. Der Angeklagte fing nun an sehr laut zu schimpfen, beschuldigte den K. der Unterschlagung eines Altenstückes und nannte ihn einen dummen Jungen. Schließlich warf der Wirt den Angeklagten hinaus. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Aufhebung erfolgte aus einem rein formellen Grunde: obwohl die Anklage auch auf Erregung ruhestörender Lärmes ging, ist doch aus dem Urteile nicht genau zu ersehen, ob eine Verurteilung nach dieser Richtung hin eingetreten ist oder nicht.

2. Wegen Amtsunterdrückung, Fälschung und Beileidigung von Urkunden und Beleidigung ist am 24. Juli v. J. vom Landgericht Bonn der Polizeikommissar Max Fischer in Gadesberg zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Chefrau des Bürgermeisters Engler ist die Befugnis zur Publikation des Urteils, soweit es wegen Beileidigung ergangen ist, zugesprochen worden. — Die vom Angeklagten eingelegte Revision wurde am Mittwoch vom Reichsgericht verworfen.

Vermischtes.

17 Personen verbrannt!

Bei dem Brande eines italienischen Hotels in San Francisco kamen 17 Personen ums Leben; 18 wurden schwer verletzt.

Ueber eine Schwindelaktion wird aus Bochum unterm 4. April berichtet: Ueber die für Juni geplante italienische Ausstellung für Rheinland und Westfalen werden aufsehenerregende Mitteilungen in der Presse veröffentlicht. Danach sind alle mitgeteilten Unterstützungserklärungen der italienischen Regierung gefälscht gewesen. Ebenso die angebliche Mitteilung der Königinwitwe von Italien, der Ausstellungseröffnung beizuwohnen. Die Meinung der westdeutschen Industrie zur Beschädigung der Ausstellung soll aus Grund gefälschter Urkunden und Dokumente erfolgt sein. Das Ausstellungslokal ist seit mehreren Tagen geschlossen. Der geschäftliche Direktor der Ausstellung, angeblich ein Professor Rosa, ist seit mehreren Tagen flüchtig. Er zeichnete als Mitglied der Universität Palermo. Eine weitere Nachforschung ergab jedoch, daß Rosa überhaupt kein Professor, sondern ein italienischer Ophthalmer namens Mangiameli ist, der Eingang in erste Handels- und Industriezweige gefunden und den ganzen Ausstellungsschwindel inszeniert hatte.

Fele und Diskantierklub „Vorwärts“. Heute (Freitag) Abend Sitzung bei Knollsch, Dittenber. 10.
Sozialdemokratischer Fele- und Diskantierklub „Johann Jacoby“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Sänge, Kottbuser-Allee 95: Sitzung.
Verein der Bekleidungs- und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Abteilung Charlottenburg. Sonnabend, den 6. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Kottbuserstr. 8: Versammlung. Vortrag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Handelstareitelle, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.
B. N. 50. Eine Kautionsrechnung ist nicht kaufmännischer Natur, wohl aber Invalidenversicherungspflichtig, wenn sie für einen Haushalt nötig ist. Wenn sie jedoch auch für eine Gastwirtschaft bestimmt ist, so ist sie auch kaufmännischer Natur. — B. M. Den Offenerungszeit müssen Sie leisten. Durch Leistung des Offenerungszeit gehen Ihnen keinerlei Rechte verloren. — S. 4. 1. Für das Jahr 1906. 2. Nein. Sie können aber einen Versuch damit machen. 3. Das ist zulässig. 4. In solchen Fällen kann Armenunterstützung gezahlt werden und wird es in der Regel in Berlin. 5. Der Armenrat wird gewählt. — R. 50. Nein, Sie müssen aber reklamieren. — P. S. 101. Da der Mieter nicht rechtzeitig (am 15.) gekündigt hat, so muß er die Miete auch für den folgenden Monat bezahlen. — S. S. 73. Die Verpflichtung zur Desinfektion besteht. Beantragen Sie bei der Stadt die unentgeltliche Bormahme. — P. M. 1908. — C. J. 100. Mädchen bedürfen der eierlichen Einwilligung zur Heirat bis zum vollendeten 21. Lebensjahre. — W. S. 65. Sie müssen die restlichen 30 M. zahlen. Sie können lediglich auf Rückgabe der 35 M. klagen, wenn Sie den Antrag zur Verfolgung stellen und vor Gericht beweisen, daß der Antrag absolut unzulässig ist. Ein solcher Beweis ist aber außerordentlich schwierig. — G. W. Reichensberger 103. Die Teilung ist durchaus in Ordnung. Es erbt die Witwe und die 4 Kinder. Die Witwe hat das Recht, einmaler nach männlichem Recht oder nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuches zu erben. Erbt sie nach männlichem Recht, so fällt ihr die Hälfte der Gesamtmasse zu, die aus ihrem Vermögen und dem des Verstorbenen gebildet wird. Erbt sie nach bürgerlichem Gesetzbuch, so steht ihr 1/2, den Kindern zu gleichen Teilen 1/4, des Nachlasses zu. Eine Vormundhaft erlischt mit erreichter Großjährigkeit der Minderen. — Karl Moabit 8. In Ihrem Falle ist es zweckmäßig, vor der Ehe einen Übertrag mit Einschluß der Verwaltung und Ausübung und unter Anerkennung des Eigentums der Braut zu schließen. Der Vertrag muß gerichtlich oder notariell geschlossen werden. Ein Beispiel für einen solchen Vertrag finden Sie S. 25 Nr. 23 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer durch das B. G. B. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — M. W. 88. 1. und 2. Ja

Witterungsübersicht vom 4. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in C. u. F.
Stettin	755	DE	4	halb bd.	6	Saparanda	771	CD	2	wolkf.	1
Danzburg	752	D	6	4 wolkf.	6	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	753	DE	3	wolkf.	6	St. Petersburg	741	DND	3	bedeck.	7
Königsberg	747	D	2	wolkf.	8	Abasco	745	ED	5	bedeck.	6
Wien	748	D	3	befrei.	2	Berlin	747	ED	2	bedeck.	5
Wien	753	ED	2	Regen	4						

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. April 1907.

Wolkf. wolkf., am Tage etwas kühler bei zeitlichen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wasserbureau.

Wasserstand am 4. April. Höhe bei Köpenick — Meter, bei Dresden + 1,04 sp. — Höhe bei Magdeburg 3,52 Meter. — Höhe bei Straßburg — Meter. — Oder bei Ratibor 3,17 Meter. — Oder bei Breslau + 0,90 Meter. — Rheingebirgung 3,29 Meter. Oder bei Breg 3,72 Meter.

